

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abo-Preis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telefon: 18688.
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorschreit 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilagen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamtausgabe, bei Zellauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die sächsische Regierung stellt schon Erörterungen über die Fleischnot an.

Im Maabter Prozeß wurde die Staatsanwaltschaft als das ausschließende Organ des Berliner Polizeipräsidiums gekennzeichnet.

In der Budgetkommission der belgischen Kammer wurde das Budget abgelehnt.

Die Konvention zwischen Marokko und Spanien wegen der Kosten des spanischen Marokkofeldzuges ist unterzeichnet worden.

In London wurde ein Abkommen unterzeichnet, daß die Finanzpolitik der europäischen Finanzmächte in China regelt.

Da capo.

Leipzig, 17. November.

Der Gottesfrieden in England ist zu Ende. Am Donnerstag voriger Woche erließ der Premierminister Asquith ein offizielles Kommunikat, worin der Welt mitgeteilt wurde, die Konferenz zwischen der Regierung und der Opposition sei abgebrochen und eine Verständigung über die Lordsfrage sei nicht erzielt worden. Darauf erschollen auf beiden Seiten die Kriegsanfänge, und Mann und Frau gingen zu ihren Reihen.

Eine furchterliche Stunde! Genau sechs Monate hofften alle „gemäßigten“ Elemente darauf, ein offener Verfassungskampf werde dem „Volke“ erspart werden, aber die unbarmherzige Dame Historie beschloß anders. Nicht die Schuld der Liberalen ist es, Gott bewahre! Mit einer rührenden Selbstopferung sind sie, denen die Lords so viel Böses angetan hatten, auf den Gedanken einer Aller-Welts-Verjährung eingegangen, bereit, alle Besiedigungen zu vergessen, auf jede so feierlich geschworene Rache zu verzichten, und sogar — der großen Sache wegen — ihre Bundesgenossen zu verraten. Oder gibt es etwa keinen heiligen Verrat, wie es eine heilige Lüge gibt? Sie hatten kurz vordem, am 14. April, eine Resolution im Unterhaus durchgebracht und in einer Gesetzesvorlage verkörpert, worin erklärt wurde, die Lordskammer dürfe Finanzvorlagen, die als solche vom Speaker (Vorsitzenden) des Unterhauses anerkannt worden waren, weder verworfen noch verändern, und sollte das Unterhaus dreimal nacheinander binnen zwei Sessionen eine Vorlage, die von der Lordskammer verworfen worden war, annehmen, dann werde die Vorlage ohne weiteres Gesetz.

Aber so edel und großmütig sind die Liberalen, daß als der Tod des Königs Eduard plötzlich anfangs Mai eintrat, sie mit einemmal auf die weitere Fortführung des Kampfes — es galt damals, die Gesetzesvorlage bei der Lordskammer selbst einzubringen und, falls sie sie verwerfen sollte, an die Krone zu appellieren — verzichteten und die Vorkämpfer der Lords zu einer Aussöhnungskonferenz einluden. Einundzwanzig Sitzungen hielt diese Konferenz ab und ist zuletzt ohne Resultat auseinander gegangen. Stellten etwa die Liberalen an ihre Gegner unmögliche Forderungen? Wollten sie an dem Grundsatz der höheren Autorität des Unterhauses festhalten? Ach nein! Sie waren bereit, von der Abschaffung und sogar der Auflösung des Vetorechts der Lords abzusehen und schlugen, im Falle eines Konflikts zwischen den beiden Kammern, eine gemeinsame Ausschüttung vor, in der die Entscheidung durch gewöhnliche Mehrheit vorgenommen werden sollte. Sie wollten nur, daß diese Ausschüsse gemäß den zurzeit bestehenden Kraftverhältnissen der Parteien im Unterhaus zusammengefaßt sein sollten, und darauf wollten die konservativen Führer nicht eingehen. Und so kam das Ende. Die Liberalen waren bereit, auf alles, außer auf ihre Mehrheit im Unterhaus, zu verzichten; ihre Gegner waren auch damit noch nicht zufrieden, und der Bruch wurde von den Lords herbeigeführt.

Man sieht, wer die Schuld für das nicht zustande gekommene Kompromiß trägt. Die verbissenen Junkerlords sind es gewesen, die, durch die Preisgabe aller Positionen seitens der Liberalen noch nicht bestiegt, selbst das Unterhaus durch ihre überwiegende Stärke in der Lordskammer zu majorisieren suchten. Sie vergleichen jetzt bittere Tränen darob, daß die liberalen Führer nicht genug Staatsmänner waren, um durch ein kluges Kompromiß den Gefahr einer tonnusvollen Weiterentwicklung der segensreichen britischen Konstitution vorzubeugen. Das sind aber leere Worte. Jeder Unbefangene muß anerkennen, daß die Liberalen alles, was das Wesen des Liberalismus bildet, aufgeopfert haben, um einen dauernden Frieden herzustellen. Es waren einzige und allein die Konservativen, die durch ihren grenzenlosen Machthunger die gute und heilige Sache vereitelt haben.

Und die Liberalen sind mit Recht ausgebracht! Jetzt gilt es, den Kampf, wo er in einer unheilsamen Stunde abgebrochen wurde, wieder aufzunehmen und ihn bis zum bitteren Ende zu führen. Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Alle Geschäfte — selbst das noch nicht zustande gebrachte Budget des laufenden Jahres — müssen beiseite geschoben werden. Selbst mit der Budgetvorlage braucht man sich eigentlich nicht weiter befassen, denn ist die Haltung der Lords, nachdem die konservativen Führer auf der Konferenz so gehandelt hatten, nicht genugsam bekannt? Es müssen sofort die notwendigen Schritte unternommen werden, um sich mit der

Krone zu verständigen, dann das Parlament aufzulösen und neue Wahlen verordnen, und dann, wenn die liberale Regierung zurückkehrt, werde sie die Lords entweder besiegen oder brechen!

So steht England wieder am Vorabend der Wahlen genau wie vor einem Jahre, als die Lords das Budget verworfen hatten. Warum eigentlich neue Wahlen stattfinden und nicht sofort die Schritte unternommen werden sollen, um schon in dieser Session den Widerstand der Lords gegen die Beschränkung ihres Vetorechts zu brechen, ist nicht recht ersichtlich für den, der sogar nach der Konferenzkomödie noch immer an den Ernst der Liberalen glaubt. Wer aber begreift, daß den Liberalen nichts Unangenehmeres passieren kann, als an dem Volkwerk der Reaktion ernsthaft zu tüfteln, wird auch den Sinn der abermaligen Auflösung des Parlaments so kurz nach der Einholung des Mandats zur Niederwerfung der Lords verstehen. Es handelt sich zum hundertsten Male darum, die Entscheidungsstunde so weit wie möglich hinauszuschieben, um so vielleicht wirklich zu einer friedlichen Verständigung mit dem Gegner zu kommen. Die Konferenz erklären die „gemäßigten“ Blätter in beiden Lagern, habe doch nicht umsonst stattgefunden: sie habe den Weg gezeigt, den zu betreten ein zweitesmal viel leichter sein werde.

Ob die Wählerschaft sich das zweitemal und genau auf dieselbe Weise narren lassen wird? Jetzt läßt sich das noch nicht feststellen, aber vermuten darf man, daß die Liberalen wieder eine Mehrheit der Stimmen bekommen werden. Zwar hat die Begeisterung für die liberale Strategie gegen die Lords bedeutend abgenommen, aber auch die Konservativen haben, dank der steigenden Konjunktur, die ihre protektionistische Agitation stark benachteiligt hat, nicht viel an Boden gewonnen. Außerdem besitzt die liberale Regierung eine Waffe, die ihre Wirkung bis jetzt noch nie verfehlt hat. Sie kann noch in den paar Wochen, die die Session des Parlaments noch dauern kann, eine kleine Reform zugunsten irgend einer Bevölkerungsschicht, wie etwa die bereits im vorigen Sommer eingebrachte Vorlage zur Regelung der Arbeitszeit: der Ladenangestellten, durchpeitschen, und dann noch mehrere wichtige, wie die Regelung der Osborne-Frage, die Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung usw., für die erste Session des nächsten Parlaments anfündigen. Freilich wurde über diese Gegenstände bereits im vergangenen Parlament gesprochen, und sicher wird die Labour Party, die gänzlich von den liberalen Stimmen abhängt, die erneuten Wahlmänner nicht zurückweisen. Auch die irischen Nationalisten werden nur allzu gern die liberale Regierung unterstützen. Nichts ist für ihre parlamentarische Karriere wichtiger, als das Interesse der irischen Bevölkerung für die Selbstregierung Irlands immer gespannt zu halten, und da sie jetzt aus Amerika, wo die Yankee-Iren

Seuilleton.

Rutland.

Erzählung von Jonas Lie.

Aus dem Norwegischen übersetzt von Emilie Stein.
Nachdruck verboten.
4)

Die Ankertetten am Borderrande einer Brigg, die mit ihrem Bug fast ganz an Rutlands Haf lag, begannen zu kittern. Das Schiff sollte in See stechen, und die Deute, die beim Bratspill hielten, stimmten nach ein paar einleitenden „aa-i-haa!“ unter der schrillen Führung eines Vorsängers folgenden Aufgesang an:

Nach Valparaiso fürtzlich fuhr
Heißhafsl ich hinüber.

Da hagelt's spanische Küsse nur

Und kostet kleinen Stilber.

Jungfer Gen verschwand plötzlich mit einer höchst indignantierten Miene im Kajütenraum.

Der Ausstellungen, Einwände und Bedingungen, die Jungfer Gen an jenem Nachmittag, ehe endlich ihre Einquartierung bewerkstelligt war, noch äußerte, waren nicht wenige. Schwierig rannte der Schiffsjunge hinauf und herunter, bis alles umgeschachtelt und soviel als möglich nach ihrem Kopfe geordnet war.

Jungfer Gen schlief.

Das wiegte und schaukelte, und sie war so müde geworden. Es war ein fremdartiges, aber nicht unbekanntes Gefühl und sie begann zu träumen, daß sie ganz vernünftig schnell fuhren, so daß sie sich ein und das andremal am Wagenlasten anhalten mußte; der Hardesvoigt aber kümmerte sich gar nicht darum, obwohl auch er und seine Frau unaufhörlich auf dem Rückzug hin und her geschleudert wurden und sich festhalten mußten, um nicht herauszu-

fallen. Die Fledern unter dem Wagen waren offenbar schlaff geworden, und die ganze Kutsche krachte, und der Weg wurde ärger und ärger . . . geradezu lebensgefährlich! . . . aber das nützte nichts, solange der Hardesvoigt selbst nicht etwas sagte . . . Wenn es bloß nicht so entsetzlich schwül in der Kalesche wäre! Könnte man nur das Fenster öffnen! . . . Aber solange der Hardesvoigt selbst nichts sagte . . .

Jungfer Gen erwachte. Ach ja, sie war ja hier, . . . auf See! Die Kajütendecke über ihr ging auf und nieder mit einer unerträglich schlängelnden Lampe, die einem allein Kopfschmerzen machen mußte. Wie das rollte und wälzte! . . . Und dies Gefühl, als rutschte alles einen langen Abhang hinab und erhöhte sich dann langsam wieder bis auf den Gipfel, und als müßte sie vom Sitz aufstehen, während das Fahrzeug wieder herab ging.

Ihr schwindelte und sie fühlte Übelkeit. Sie hatte gehört, daß es unter diesen Umständen das beste sei, in der Kajüte zu bleiben, und so widerstand sie der ersten plötzlichen Eingabe, aufzustehen und auf Deck zu gehen. Durch die Kajütenfenster fiel ein graues trübliches Tageslicht, und sie sah und hörte die Kämme der flaschengrünen unruhigen Wellen unaufhörlich heranrollen und plätschern, wie bei starkem Regen. Sie lag da und starnte auf ihren Rock, der an der Wand hing und unablässig hin und her schaukelte, bis diese regelmäßige Bewegung sie neuerdings in eine Art Dusel wiegte . . .

Eine gute Weile mußte vergangen sein, denn es war wieder finster geworden als sie die Augen aufschlug, und der Schiffsjunge stand bei der Lampe, um sie anzuzünden. Sie hatte eine dunkle Erinnerung, daß er ein paarmal unten gewesen war . . .

„Jetzt spülen wir uns, Jungfer!“

„Ist das gefährlich?“

„Behüt! — aber der Rutland ist nun mal so'n alter Nacker, der sich gern mit den Wellen herumbalgt. Jetzt hat er einen tüchtigen Nordwest auf dem Genick —“

Der Schiffer versprach mit doch ausdrücklich, in den Schären zu bleiben — in der Nähe des Landes.

„Da wäre es noch toller. Dadrinne geht die See ja haushoch, da wäre bald nicht so viel wie ein Zündholz von der ganzen Schute übrig!“

„Aber dann ist es ja doch lebensgefährlich!“ Im Nu hatte Jungfer Gen sich aufgerichtet und blickte, die Nachtblau auf dem Kopfe, den Schiffssjungen erschreckt an.

„Nich die Idee! — Nich so lang wir uns an den Wind hängen, wie wirs tun. Der Rutland weiß schon, wohin er soll, wenn er erst das Land geschnüffelt hat; der hat keine Lust, mit der Rose auf die Felsen zu stoßen, und Kristensen ist ein Seemann, wies keinen zweiten nich zwischen hier und England gibt! Er läßt die Jungfer grüßen und fragen, wie es stehe, und ihr raten, Erbien zu essen . . . denn essen muß man, das ist die beste Kur, sagt er, und so bald kriegen wir nicht wieder was Warmes in die Komüse, die See wascht schändlich!“

Jungfer Gen machte eine abwehrende Bewegung.
„Und ich müßte da zusehen, was in Sie hineinzukriegen, befahl er . . .“

Die Suppe dampfte so frisch. Jungfer Gen kostete, und die Folge war eine für ihre ganze fünfjährige Lebenszeit erworbene Überzeugung, daß es ein so beruhigenderes Mittel gegen Seelkrankheit wie eine Portion wohlzubereiteter Schiffsserbchen nicht mehr gebe.

Sie reichte ihm den geseckten Teller mit einer gnädigeren Miene hin, legte sich in dem Gefühl eines beginnenden Wohlbefindens wieder nieder und schlief ein.

Sie empfand undeutlich, daß Tauje über das Deck geschleift wurden, daß jemand umherstampfte und Kommandorufe erschollen und daß ihre Kajüte sie bald auf der einen, bald auf der andern Seite im Stich ließ. Das hatten sie also gemeint, als sie von einem Festhalten an der Kajüte sprachen . . .

Einige Leute kamen hinab in die Kajüte und suchten etwas in einem Schrank.

in ihrem unschuldigen Vertrauen zu den Herren Redmond und O'Conor an die bevorstehende Lösung jener Frage glauben, große Summen erhalten haben, so werden die Nationalisten mit Freuden einen neuen Wahlkampf aufnehmen und dabei ihren Wählern klar machen, daß ihr Bund mit den Liberalen der richtige Weg sei, um den großen Tag des Sieges näher zu bringen. Denn sollten sie anders handeln, dann verliert ihre ganze bisherige Taktik den Kredit, und die Insurgenten unter dem bestürzten O'Brien, der in seinem Misstrauen zu den Liberalen fast in das konservative Lager übergegangen ist, werden ihnen alle Sitze abnehmen.

So werden die neuen Wahlen, falls sie bald vorgenommen werden, voraussichtlich keine große Aenderung in den Parteiverhältnissen herbeiführen. Das Liedchen wird da capo gesungen, um Zeit zu gewinnen. Die Liberalen denken: Kommt Zeit, kommt Rat; denn zurzeit sind sie ratlos.

Moabiter Polizeikrawalle vor Gericht.

Hg. Berlin, 15. November.

Dritter Tag.

Die Verhandlungen in dem Moabiter Krawallprozeß wurden am Dienstag fortgesetzt. Vor der Vernehmung der Angeklagten eingetreten wurde, nahm Verteidiger Cohn das Wort: Die Verteidigung beabsichtigt, jetzt einen Antrag zu stellen, der gerade im gegenwärtigen Augenblick gestellt werden muß. Er betrifft die

Hafentlassung der Angeklagten.

Dieser Antrag wird jetzt gestellt, weil gerade in dem Augenblick, in dem wir uns befinden, in die Sache selbst einzugehen, es zweckmäßig sein wird, schon die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten auch mit von dem Standpunkt aus zu führen, ob es richtig war und noch weiter richtig ist, die Untersuchungshaft aufrecht zu erhalten. Eines der wichtigsten Kennzeichen dieses Verfahrens ist der *stürmische*, ja fast *immutuanische* Charakter, den die Staatsanwaltschaft durch die Verhaftung in jedem einzelnen Falle dem Verfahren gegeben hat. Nun, gebe ich zu, daß die Haftanträge zwar von der Staatsanwaltschaft ausgegangen sind, doch sie aber nicht aus sich herausgestellt hat, sondern daß sie in jedem einzelnen Falle nur das zu legitimieren versucht hat, was vorher auf dem

Polizeipräsidium

geschehen war. Das dient aber nicht zur Entlastung der Angeklagten. Sie hat die Pflicht, alle Maßnahmen der Polizeibehörde zu prüfen und dies um so mehr, wenn die Staatsanwaltschaft den Charakter erhalten soll, der ihr nach unserm Strafgesetzbuch zukommt. Die Staatsanwaltschaft ist keine politische Behörde, während das Polizeipräsidium eine eminent politische Behörde ist. Wenn man versteht, daß das Polizeipräsidium von Anfang an diesem Verfahren einen politischen Charakter zu verleihen versucht hat, so trifft die Anklage der schwere Vorwurf, daß sie blindlings in allen Fällen, in denen *Akriminalkommissar* Kuhn die vorläufige Festnahme angeordnet hat, die Verhaftung verfügt. Schon allein dadurch hat die Staatsanwaltschaft sich ihrer Prüfungspflicht entkleidet und sie hat sich eigentlich nur zum ausführenden Organ einer politischen Behörde

und einer politischen Person, nämlich des *Akriminalkommissars* Kuhn, gemacht. Überall hat dieser die Verhängung der Untersuchungshaft beantragt, während die Staatsanwaltschaft das hätte tun müssen, was jetzt auf unsern Hafentlassungsantrag hin, das Gericht tun muss, nämlich sich klar zuwerden über die Voraussetzungen und die Notwendigkeit der Untersuchungshaft. Ich befreue mich hier auf einen Mann, der mittin in den lebendigen Praxis steht, nämlich den Staatsanwalt Dr. Hoffmann ex ex, der gestern in Magdeburg in einem großen Prozeß die Anklage vertrat, der also kein verschöner Mann ist. Er hat vor wenigen Jahren im Auftrage der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung ein Gutachten über die Reform der Untersuchungshaft geschrieben und gesagt: Die Untersuchungshaft ist unter Umständen durchaus notwendig, aber sie darf nur Anwendung finden, wenn sie gerecht ist, und sie darf nur verhängt werden, wenn sie notwendig ist. — Die Untersuchungshaft ist aber nur dann gerecht, wenn sie notwendig ist. Notwendig aber ist die Untersuchungshaft nur dann, auch nach den jetzt geltenden Bestimmungen, wenn Tatsachen offenkundig gemacht werden, aus denen zu schließen ist, daß Fluchtverdacht oder Kollusionsgefahr vorliegen. Es ist der Versuch gemacht worden, die Untersuchungshaft im vorliegenden Falle zu rechtfertigen aus dem Gesichtspunkt der Kollusionsgefahr. Die Staatsanwaltschaft aber hat dafür

eine einzige Tatsache

anzuführen können. Nirgends finden sich Spuren irgendeiner Beugenbeeinflussung. Dann bleibt nur Fluchtverdacht übrig. Fluchtverdacht aber wird nicht durch Tatsachen bewiesen, sondern ganz schablonenmäßig ohne weitere Darlegung hergeleitet aus der Vermutung, daß eine hohe Strafe gegen die Angeklagten angeordnet werden würde.

Es war ein Taschenkompaß, und sie fanden ihn endlich. „Ist keine Gefahr?“ fragte sie aus ihrer Koje heraus. „Das Krachen hört sich so schrecklich an.“

Nicht solange wir offene See haben, Jungfer!“ scholl Kristensen's Stimme. „Nur guten Mut, am besten ist es, wenn Sie schlafen. Der Schiffsjunge hat Order, so oft wie möglich herunterzusehen. Ein wenig Kognak und Biskuit wäre gut.“

Sie eilten wieder hinauf. Es geschah etwas da oben, denn die Leute redeten ihr zuhäupten; man schleiste Täue und schrie ha—i—aa!“

Es schaukelte und schlingerte eine Weile ganz sinnlos, dann begann es noch ärger als vorher zu stoßen und zu rumpeln und in Balzen und Planken zu krachen. Ab und zu schien das ganze Fahrzeug stillzustehen; es zitterte und schüttete bis hinab in den Kotettisch, an dem sie festhielt, und sie hörte das Wasser über ihrem Kopfe über das Deck peitschen wie Sturzregen. Jetzt begann etwas unten auf dem Boden hin und her zu wandern. Es war ihr Koffer. Ein Schrank ging auf und zu — auf und zu! Eine Flasche und ein Glas fielen herab und gingen in Stücke.

Noch einmal ein solches Schlingern, und sie stand nicht mehr dafür ein, weiter in der Koje zu bleiben!“

Es war wieder Tageslicht, aber ein merkwürdig ängstliches. In gewissen Zwischenräumen wurde es ganz finster, als ob jemand die Kajütenfenster dicht verhinge, während zugleich vom Skylight ein matter, toter Schein herabsieß. Es war unmöglich, länger hier liegen zu bleiben! Sie mußte aufs Deck hinauf und sehen, was es eigentlich gebe.

Aber das Ankleiden war keine so leichte Sache auf diesem schwankenden Boden, auf dem man kaum stehen konnte. Bloß zu ihrem Kleiderrock zu gelangen, und dem Koffer auszuweichen, der dahergesegelt kam, bot seine Schwierigkeiten! Sie mußte sich mit der einen Hand stützen und mit der andern weiterhelfen.

Dieses Stigma ist der Anklage angehaftet worden durch *Akriminalkommissar* Kuhn. Die Verhaftung in dieser Massenhälfte ist noch niemals in einem andern Prozeß dagewesen. Die

Untersuchungshaft als Masseneheschluß gibt diesem Prozeß seinen Charakter, und zwar wird sie hergeleitet nicht aus sachlichen Motiven, sondern hergeleitet von einem politischen Beamten, dem die Staatsanwaltschaft rein schematisch gefolgt ist. Die Angeklagten sind meist nur wegen Vergehen angeklagt. In einigen Fällen beträgt die Höchstrafe zwar zwei Jahre Gefängnis, aber in der überwiegenden Mehrzahl bleibt die Höchstrafe unter einem Jahr Gefängnis. Es ist ständige Praxis in Deutschland gewesen, daß Fluchtverdacht erst bei einem Jahr Gefängnis begründet erscheint. Es gibt Fälle, in denen hier Untersuchungshaft verhängt worden ist, und in denen die Höchstrafe drei Monate Gefängnis und sechs Wochen Haft beträgt. Dafür ist ein Angeklagter seit dem 30. September in Untersuchungshaft, also

volle sieben Wochen.

Die bevorstehende Reform des Strafgesetzbuchs will sogar bei Verbrechen nicht ohne weiteres Fluchtverdacht annehmen. Es entspricht einer gefundenen Aussicht auch von den geltenden Gesetzesbestimmungen, nicht ohne weiteres Fluchtverdacht anzunehmen. Ein anderer Angeklagter hat als Höchstrafe sechs Monate Gefängnis zu gewartigen. Wo war es bisher in der deutschen Gerichtspraxis erhört, daß Fluchtverdacht ausgeschlossen?

Die Verhandlungen in dem Moabiter Krawallprozeß wurden am Dienstag fortgesetzt. Vor der Vernehmung der Angeklagten eingetreten wurde, nahm Verteidiger Cohn das Wort: Die Verteidigung beabsichtigt, jetzt einen Antrag zu stellen, der gerade im gegenwärtigen Augenblick gestellt werden muß. Er betrifft die

Hafentlassung der Angeklagten.

Dieser Antrag wird jetzt gestellt, weil gerade in dem Augenblick, in dem wir uns befinden, in die Sache selbst einzugehen, es zweckmäßig sein wird, schon die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten auch mit von dem Standpunkt aus zu führen, ob es richtig war und noch weiter richtig ist, die Untersuchungshaft aufrecht zu erhalten. Eines der wichtigsten Kennzeichen dieses Verfahrens ist der *stürmische*, ja fast *immutuanische* Charakter, den die Staatsanwaltschaft durch die Verhaftung in jedem einzelnen Falle dem Verfahren gegeben hat. Nun, gebe ich zu, daß die Haftanträge zwar von der Staatsanwaltschaft ausgegangen sind, doch sie aber nicht aus sich herausgestellt hat, sondern daß sie in jedem einzelnen Falle nur das zu legitimieren versucht hat, was vorher auf dem

Polizeipräsidium

geschehen war. Das dient aber nicht zur Entlastung der Angeklagten. Sie hat die Pflicht, alle Maßnahmen der Polizeibehörde zu prüfen und dies um so mehr, wenn die Staatsanwaltschaft den Charakter erhalten soll, der ihr nach unserem Strafgesetzbuch zukommt. Die Staatsanwaltschaft ist keine politische Behörde, während das Polizeipräsidium eine eminent politische Behörde ist. Wenn man versteht, daß das Polizeipräsidium von Anfang an diesem Verfahren einen politischen Charakter zu verleihen versucht hat, so trifft die Anklage der schwere Vorwurf, daß sie blindlings in allen Fällen, in denen *Akriminalkommissar* Kuhn die vorläufige Festnahme angeordnet hat, die Verhaftung verfügt. Schon allein dadurch hat die Staatsanwaltschaft sich ihrer Prüfungspflicht entkleidet und sie hat sich eigentlich nur zum ausführenden Organ einer politischen Behörde

und einer politischen Person, nämlich des *Akriminalkommissars* Kuhn, gemacht. Überall hat dieser die Verhängung der Untersuchungshaft beantragt, während die Staatsanwaltschaft das

hätte tun müssen, was jetzt auf unsern Hafentlassungsantrag hin, das Gericht tun muss, nämlich sich klar zuwerden über die Voraussetzungen und die Notwendigkeit der Untersuchungshaft.

Im streitigen Gegensatz zu der Anweisung des Justizministers gehandelt. 1908 hat der Justizminister eine neue Verfassung erlassen und der Staatsanwaltschaft zur Pflicht gemacht, die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Jugendlichen genau zu erforschen. Das hat die Staatsanwaltschaft in diesem Falle ebenfalls nicht getan, sondern hat nur die ihr von der Polizei imputierten politischen Rücksichten warten lassen. Sie hat nichts getan, um dieser Verfassung des Justizministers nachzuhören. Die besten Köpfe der juristischen Welt geben sich Mühe, auf eine Reform der Untersuchungshaft hinzuwirken und das Strafverfahren gegen Jugendliche auszugestalten. Aus rein wissenschaftlichen Gründen kann ich ein

Gefühl der Beschränkung

nicht unterdrücken, daß alles das, was uns bestens klappt an Material aufgehoben haben, so ohne jede Spur an der Anklagebehörde und der Eröffnungskammer vorliebgegangen ist. Nirgends ist eine Nachprüfung der Verhältnisse der einzelnen Angeklagten erfolgt, sondern immer leben wir nur die Befolgung der politischen Schablone des *Akriminalkommissars* Kuhn, die mitselbstlose Verhängung der Untersuchungshaft bis zum heutigen Tage. Der preußische Justizminister hat an die Staatsanwaltschaften im Dezember 1902 die dringende Aufforderung gerichtet, vor der Stellung von Haftanträgen in jedem einzelnen Falle sorgfältig zu erwägen, ob die Untersuchungshaft durch Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen begründet und geboten ist, und sich bei der Entscheidung über diese Frage der

großen Tragweite eines Eingriffes in die persönliche Freiheit regelmäßig bewußt zu sein. Den Rücksichtsinstanzen macht der Justizminister zur ernsten Pflicht, die Beachtung dieser Grundzüge zu überwachen und gegen Überschreitungen mit nachdrücklichen Ernst und gegebenenfalls auf Disziplinarweg einzuschreiten. Auch diese Vorschriften sind von der Staatsanwaltschaft nicht befolgt worden. Wenn die Angeklagten nicht dazu überzeugt sind, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und die Rücksichtsinstanzen anzuwenden, so sind sie eben Kaniot, die Europäers überwältigende Höflichkeit kannten, und sie dürfen mit dem ehrwürdigen Seume sagen: Wir Bilden sind doch bessere Menschen! Was Staatsanwaltschaft und Eröffnungskammer versäumt haben, muß die erkennende Kammer jetzt nachholen. Auf die erkennende Kammer ist das nobile officium übergegangen, zu prüfen, ob alles das richtig war, was *Akriminalkommissar* Kuhn und sein ausführendes Organ, die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I getan haben.

Landgerichtsdirektor Lieber: Ich habe Ihnen absichtlich den deutbar weitesten Spielraum gelassen, aber einen solchen Ausdruck dürfen Sie in Bezug auf die Staatsanwaltschaft nicht gebrauchen.

Verteidiger Dr. Cohn: Ich beantrage also nochmals die Hafentlassung der Angeklagten.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Der Verteidiger hat versucht, darzulegen, daß Staatsanwaltschaft und Eröffnungskammer

viele Unterlassungsfähigkeiten

begangen haben. Er begründet das damit, daß wir gewissermaßen ganz schematisch das ausgeführt haben, was uns das

Das Wasser sickerte und tropfte die Kajütentreppe herab und floß bis in die Kajüte herein. Sie knüpfte den Schal um, öffnete die Tür und wurde von dem feinen Staubregen einer Woge in Empfang genommen, die so eben das Deck überspült hatte.

Wie kühl und frisch es doch hier auf der Treppe unter dem Roof war im Vergleich zu der schwülten Kajütenluft. Da, . . . was war das? . . . sie hielt plötzlich inne bei dem Schauspiel das sich ihr bot!

Allüberall wildes grünes Meer unter einem flachen grauen Regenhimmel! Das Deck abhängig schief, so daß man nicht darauf stehen konnte, das Großsegel herabgesetzt, und gerade vor ihr im Achter beim Steuerrad Kristensen mit einem Mann neben sich, das Knie gegen eines der Steuerräder gestemmt. Das Fahrzeug hob eben das Achterende, so daß die beiden Gestalten sich gegen den Himmel zeichneten, und wieder ging es hinab in die Wogen. Hinab . . . und weiter hinab . . .

Das Segel versetzte plötzlich den Wind und hing schlaff, der Luvbaum schlingerte . . . Aber weiter — weiter noch ging es hinab in die Tiefe. Wie vier Mauern bauten sich rings um sie her flachengrüne Wogen auf, höher als das zerstörte Großsegel, so daß alle Aussicht verschwand, und sie begriff nun, warum es in gewissen Zwischenräumen unten in der Kajüte so finstern geworden war.

Jetzt stieg es wieder — höher — höher. Der Wind füllte wieder das Segel — höher, immer höher. Es zischte und pfiff fast ohrenzerreißend in den Tauen, und sie blickte hinaus über eine erschreckliche See mit schweren Wogen und weißen, mächtig heranwälzenden Schaumbergen. Steckte sie nur ein wenig den Kopf aus dem Roof, so vernahm der Wind ihr den Atem.

Da kam eine Welle und brach mit lautem Donnerkrachen vorüber. Das Wasser überspülte das ganze Achterdeck bis zu einem Fuß Höhe und floß wie ein Strom die Kajütentreppe hinab, auf der sie stand.

Polizeipräsidium überwies. Ich muß entgegnen, daß nach meiner Ansicht Staatsanwaltschaft und Gericht in allen Fällen geprüft haben, ob die Untersuchungshaft gerechtfertigt war oder nicht. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß wir es hier in der Tat mit ganz außnahmsweise schweren Straftaten zu tun haben. Moabit hat eine Woche hindurch sich

im Kriegszustand

besunden. Für diese schweren Ausschreitungen sind schwere Strafen geboten. Alle diejenigen, die dazu beigebracht haben, diesen Zustand herbeizuführen, haben schwere Strafen zu gewährten. Deshalb ist in allen Fällen, auch in den Fällen der Beleidigungen, die Untersuchungshaft verhängt worden. Es ist ein großer Unterschied, ob ich es auf der Strafe tue zu einer Zeit, wo die Schuhleute angegriffen werden und wo Ansammlungen stattfinden. Da werden durch Rufe, wie „Bluthunde“, die Leute angesteuert, von neuem auf die Beamten einzuhauen. Das muß berücksichtigt werden und serner, daß Ausdrücke, wie „Bluthunde“ gezeigt sind, die Beamten zu verbittern und zu kränken. In allen Fällen handelt es sich also um schwere Ausschreitungen und demnach auch um schwere Strafen. Wir haben ja von den tausend Missstätigkeiten, die eigentlich hätten verfolgt werden müssen, nur 50 zur Stelle bringen können. Allerdings haben

Verhaftungen in grohem Umfang

stattgefunden, und es war bei einigen Verhafteten nicht zu übersehen, wie weit sich die Sache in der Untersuchung entwickeln würde. Beileibe aber waren alle, die jetzt angeklagt sind, an den schweren Ausschreitungen, und die Schuldfrage erscheint bei den meisten vollkommen außer Zweifel. Deshalb ist in jedem einzelnen Falle auch vom Untersuchungsrichter nach Prüfung der Persönlichkeit der Angeklagten und nach Prüfung des Ermittelungsergebnisses entschieden worden, ob die Untersuchungshaft aufrecht zu erhalten war oder nicht. Der Untersuchungsrichter hat diese Prüfung mit großer Gründlichkeit vorgenommen, er hat zehn Personen aus der Haft entlassen. Vor Eröffnung der Hauptverhandlung ist dann der ganze Sachverhalt nochmals geprüft worden, und auch die Eröffnungskammer haben die Haftbefehle aufrecht erhalten. Was das Verfahren gegen die Jugendlichen anlangt, muß ich auch hier zurückweisen, daß wir schablonenmäßig vorgegangen wären.

Die Jugendlichen,

die hier angeklagt sind, haben sich schwer, sehr schwer vergangen. Sie waren aufcheinend verheilt von älteren Personen (1) und haben Steine aufgerissen und mit Steinen geworfen. Sie haben Beamte beschimpft und auf diese Weise das Publikum gereizt, weiter gegen die Beamten vorgezogen. Für die nicht erfolgte Abrechnung der Anklagen gegen die Jugendlichen waren dieselben Gründe maßgebend wie für die gemeinsame Verhandlung dieser Straftaten vor der dritten Strafkammer. Auch hier mußten die Handlungen beurteilt werden nach dem ganzen Milieu, in dem sie vor sich gegangen sind. Wir haben Ermittlungen über die Persönlichkeit der Jugendlichen angestellt und sind zur Aufrechterhaltung der Haftbefehle gekommen. Dann hat der Verteidiger gesagt, die Staatsanwaltschaft sei

das ausführende Organ des *Akriminalkommissars* Kuhn gewesen. Das muß ich energisch zurückweisen. Maßgebend für uns war lediglich der Inhalt der Akten. Der Untersuchungsrichter hat uns auch mitgeteilt, daß Beugenbeeinflussungen vorliegen sind, deshalb wurden gleichfalls die Haftbefehle aufrechterhalten. Nun ist tatsächlich anzugeben, daß das Verfahren sich lange hingezogen hat und daß wir auch eine lange Verhandlung vor uns haben. Deshalb stelle ich anheim, die Haftbefehle aufrecht zu erhalten, und daß wir auch eine lange Verhandlung gegen die Angeklagten Pfleider, Otto Weiß, Muslerowski und Monowoli aufzuheben, die übrigen Haftbefehle aber bestehen zu lassen.

Rechtsanwalt Dr. Heitmann: Der Geschäftspunkt der Beurteilung von Zeugen kann jetzt nicht mehr als Begründung der Untersuchungshaft aufrecht erhalten werden. Es ist deshalb zu prüfen, ob nicht über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen werden kann. Wenn man selbst zugeben will, daß der Auf Bluthunde in diesem Falle schwerer zu beurteilen sei wie sonst, dann kann die Strafe immer noch nicht so hoch werden, daß sie Fluchtverdacht und die Verhängung der Untersuchungshaft rechtfertigt. Durch die Haft wird auch die

Verleibungsmöglichkeit der Angeklagten

beschränkt. Wenn das Gericht nicht über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinausgehen will, dann muß im Laufe der Verhandlung in jedem Einzelfalle geprüft werden, ob sich die Ausrechthaltung der Haft noch rechtfertigt.

Der Verteidiger Cohn und Rosenfeld beantragen die Hafentlassung der Angeklagten Pilz, Kraatz, Klöck, Meyer und Schulz.

Rechtsanwalt Liebnecht: Die den Angeklagten Pilz und Kraatz zur Last gelegten Straftaten werden unter gewöhnlichen Verhältnissen mit 20 bis 25 Mr. bestraft. So einfach liegen diese Fälle, wie sich aus der Darstellung der Staatsanwaltschaft selbst ergibt. Trotzdem wird Pilz in Haft behalten, lediglich deshalb weil er nach Ansicht der Staatsanwaltschaft

„Es ist ein Stück der Schanzenverkleidung mitgegangen, Nils“, hörte sie den Schiffer zu seinem Nebenmann sagen. „Du mußt ihn und die Schote richten . . . Schôte Anton her!“

„als Partei- und Streitwirt“

ist stande sei, durch Zeugenbeeinflussung die Sache zu verdunkeln. Das ist eine Verdächtigung des Angeklagten Pilz, für die jede Grundlage fehlt. Pilz hat als Galtwirt einen großen Schaden durch die Haft. Er ist in der Lage, aus eigenen Mitteln Kauktion zu stellen, hat auch eine Kauktion von 1000 Mk. angeboten, aber trotzdem bleibt die Haft bestehen.

Staatsanwalt Steinbrecht: Im Falle Pilz hat das Kammergericht die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft beschlossen und die Kauktion abgelehnt. Gegen Pilz liegt der Verdacht vor, dass er Zeugen zu falschen Aussagen bewegen wird. Im Falle von Pilz ist ein Arbeitswilliger grösstlich misshandelt worden. Das kann nicht streng genug bestraft werden, wenn die Leute nach den vorausgegangenen Straftaten noch den Mut haben, Arbeitswillige zu verprügeln. Streit- und Parteiwirt ist Pilz, es ist doch ermittelt, dass die Verbands- und Streikleiter bei ihm zusammenkommen (1).

Rechtsanwalt Liebnecht: Kollusionsgefahr hat der Untersuchungsrichter bei Pilz nicht angenommen. Auch das Kammergericht, bei dem ich mich wegen der Haft beschwerde, sagt nichts von Kollusion. Es ist immer nur von Fluchtverdacht die Rede. Vielleicht hat man trotzdem Kollusionsgefahr angenommen. Anfänglich meiner Beschwerde beim Kammergericht begründete die Staatsanwaltschaft das Fortbestehen der Haft mit dem Hinweis,

dass Pilz Streitwirt sei.

Auf meine nochmalige Beschwerde wurde Pilz dann als Partei- und Streitwirt von der Staatsanwaltschaft bezeichnet und aus dieser Eigenschaft die Beeinflussung der Bevölkerung von Zeugen hergesetzte. Es ist nichts dafür erbracht, dass Pilz in seinem Vokal die Misshandlung von Arbeitswilligen gebüdet hat. Im Gegenteil, er hat auf Ruhe und Ordnung gehalten.

Staatsanwalt Steinbrecht: Pilz hat den Arbeitswilligen geschlagen und ihn wieder zurückgestoßen, als er fliehen wollte. Nicht weil Pilz Streitwirt ist, sondern weil die Gefahr der Zeugenbeeinflussung vorliegt, befindet er sich in Haft.

Rechtsanwalt Liebnecht: In den Alten steht nichts davon, dass Pilz auf den Arbeitswilligen eingeschlagen hat.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Der Erste Staatsanwalt sagte, die Diktatur des Verbandes

habe dahin geführt, dass die Arbeiter, die gar nicht streiken wollten, den Streik so lange fortgesetzt haben. Demgegenüber behauptet ich, dass von einer Diktatur des Verbandes keine Rede sein kann. Es wird bewiesen werden, dass der Verband gar nicht jene für den Streik war, aber die Arbeiter selbst drängten zum Streik. Kurz vor dem Streik übernahm der Verband einen Tarifvertrag an die Firma Kupfer und erklärte sich zur Verhandlung mit der Firma bereit. Das hat aber die Firma abgelehnt. Nachdem der Streik ausgebrochen war, hat wieder der Verband versucht, durch Vermittlung des Gewerbege richts und des Obersturzmeisters eine Einigung zu erzielen. Auch das hat die Firma abgelehnt. Nicht von einer Diktatur des Verbandes, sondern von einer

Diktatur der Firma Kupfer

muss also gesprochen werden.

Staatsanwalt Steinbrecht: Ich meine nicht, dass der Verband Diktatur ausübt hat. Über die Verbandsmitglieder haben es getan, die den Kohlenwagen folgten, nach ihnen waren und dadurch erreichen wollten, dass sich die Arbeitswilligen dem Streik anschließen sollten.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Ich konstatiere, dass der Erste Staatsanwalt die Behauptung von der Diktatur des Verbandes nicht aufrecht erhält. Es wird sich auch herausstellen, dass die Verbandsmitglieder keine Diktatur ausüben, haben.

Rechtsanwalt Liebnecht: Der Verdacht, Pilz könne Zeugen beeinflussen, ist fälschlich. Ich kann ja keinen von den Zeugen nachweisen, denn jeder von ihnen muss befrüchten, dass er bei Gegenüberstellung mit dem Arbeitswilligen von diesem der Teilnahme bezichtigt, dann eingelocht und angeklagt wird.

Vorsitzender Lieber verkündet nach einstimmiger Abstimmung folgendes:

Beschluss:

Das Gericht ist in eine Prüfung darüber eingetreten, ob es nach dem gegenwärtigen Stande des Verfahrens möglich ist, einzelne Angeklagte aus der Haft zu entlassen, und das Gericht hat infolgedessen entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft die Haftbefehle gegen die Angeklagten Plaster, Otto Weiß, Maßenski und Romanowski aufgehoben. Bezüglich der übrigen Angeklagten behält sich das Gericht die weitere Prüfung vor, bis sämtliche Angeklagte über die Anklage vernommen worden sind.

Es folgte nunmehr die

Bernehmung der Angeklagten.

Angeklagter Tiedemann war bei der Kohlenshma Kupfer u. Co. beschäftigt und gehörte zu den Streikenden. Die Anklage wirft ihm vor, dass er einen von Polizisten begleiteten und von Arbeitswilligen geführten Kohlentransport bis zur Potsdamer Straße gefolgt ist und behauptet, dass er mit anderen zusammen die Schuhleute durch die Worte: „Wir schlagen Euch die Knochen kaput“ und ähnliche Neuerungen beschimpft hat. Weiter soll er den Wagen mit Steinen beworfen haben. — Tiedemann: Ich habe den Transport zwar begleitet, aber ich habe niemanden bedroht. Dazu lag mir nicht auch gar keine Veranlassung vor. Ich habe nur das ausgeschaut, was mir von der Verbandsleitung aufgetragen war, nämlich den Transport zu beobachten. Von einer Menge habe ich nichts gesehen. Es gingen höchstens zehn Leute hinter dem Wagen her. Ich habe gesehen, dass mit einem Stein geworfen wurde, weiter nichts. Die Zusammenrottung, in der ich mich befunden habe, bestand aus mir und einem Kollegen. Ich bin zwar noch ein junger Arbeiter, aber ich bin vernünftig und weiss, was ich zu tun und zu lassen habe. Ich bin lediglich dem Wagen gefolgt und habe weiter nichts gemacht. Der Schuhmann hat schließlich meine Personalien aufgenommen, und später habe ich dann, ohne dass ich weiß weshalb, eine Anklage wegen Bandenfriedensbruch bekommen und bin verhaftet worden.

Auch die übrigen Angeklagten bestreiten jede Schuld. Der Angeklagte Kohlenarbeiter Merten gehörte ebenfalls zu den Streikenden. Er hat denselben Kohlenwagen begleitet wie Tiedemann. Er bestreitet, die Schuhleute beleidigt zu haben.

Arbeiter Räschke soll am 28. September in der Siedlerstraße sich in einer Menge befunden haben, die mit Steinen gegen die Schuhleute war. — Angell.: Ich war in der Menge, habe aber nichts getan. — Vors.: Wissen Sie, dass es schon strafbar ist, wenn man sich in einer Menge befindet, die Gewalttätigkeiten begeht, auch wenn man selbst gar nichts tut?

Dem Arbeiter Plaster wird zur Last gelegt, den Schuhleuten „Bluthunde“ zugesetzt zu haben. — Angell.: Ich habe das Wort „Bluthunde“ gebraucht, aber es waren nicht die Schuhleute damit gemeint, sondern die Arbeitswilligen. — Dem nächsten Angeklagten, Baufachmann Georg Meyer, liegt die Anklage zur Last, dass er mit Steinen und Kohlenstückchen nach einem Kohlenwagen der Firma Kupfer u. Co. geworfen hat. — Angell.: Ich habe lediglich mit einem kleinen Stück Kohle, das vom Wagen heruntergefallen war, nach den Arbeitswilligen geworfen, die einen Schuh abgeworfen hatten.

Der Malergeselle Muselmann soll gleichfalls „Bluthunde“ gerufen haben. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, dass er als Sohn der deutschen Sprache nicht ganz mächtig sei und deshalb auch nicht gewusst habe, was „Bluthunde“ eigentlich bedeutet. — Arbeiter Krämer soll einem Schuhmann zugesetzt

haben, er würde ihm „eins in die Fresse hauen“. Der Angeklagte bestreitet das und fügte hinzu, dass er auseinander habe, wie ein Polizeibeamter

ohne jeden Grund

einen Passanten am Kragen gekriegt hätte. Er bestreitet auch, sich des Überstandes schuldig gemacht zu haben, er sei vielmehr freiwillig mitgegangen.

Der nächste Angeklagte wird beschuldigt, wiederholst „Pfui“ gerufen und vor den Schuhleuten ausgeschaut zu haben. Er gab das zu, begründete es aber damit, dass die Schuhleute sehr höflich gegen das Publikum vorgegangen seien. Er sei der Meinung gewesen, dass ohne das Eingreifen der Schuhleute das Publikum ruhig nach Hause gegangen wäre. — Die Angeklagte Frau Dominiak soll vor dem Hanse-Nostoder Straße 25 einen Waschmeister in Gemeinschaft mit einer Menge so bedroht haben, dass er fliehen musste. Weiter soll sie ihm nachgerufen haben: Wenn wir keine Steuern bezahlen, hättest ihr Bande nichts zu fressen! Die Angeklagte erklärte auf das Bestimmteste, dass sie das nicht gesagt habe. Sie habe lediglich auf ihren Mann gewartet. — Arbeiter Breuer ist am 26. September mit seinem Wagen in die Menge hineingeraten und hat, wie er angab, abwechselnd von den Schuhleuten und vom Publikum, dass ihn für einen Streikbrecher hält, Prügel bekommen. Er habe daran äußerlich gesagt: Sie schlagen mich ja wie einen Hund! Diese Worte muss ein Schuhmann ironisch als „Bluthund“ aufgesagt haben.

Angeklagter Schlaffer Hagen erklärte, dass er erst im Laufe des 26. September aus dem Kirchhofkrankenhaus entlassen worden sei und dass er von den Moabitern Vorläufern nichts gewusst habe. Er habe sich auf sein Schiff, das in Moabit lag, begeben wollen, und sei deshalb in die Menge in Moabit hineingeraten. Es sei ihm der Hut vom Kopfe geschlagen worden, und dagegen habe er sich gewehrt. Dafür sei er dann gleich mit zur Wache genommen worden. — Angeklagter Schlosser Bock wird beschuldigt, in der Hüttenstraße einen Schuhmann mit einem bereit gehaltenen Messer in den Unterleib gestochen zu haben. — Angeklagter: Ich war überhaupt nicht in der Hüttenstraße, trotzdem hat man mich arretiert und auf der Wache mit Fäusten geschlagen.

Rechtsanwalt Liebnecht: In den Alten steht nichts davon, dass Pilz auf den Arbeitswilligen eingeschlagen hat.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Der Erste Staatsanwalt sagte,

Schö vor den Leib

erhalten. Deshalb habe sie ihrem Arger Lust gemacht mit den Worten: „Ihr Halunken!“ Sie sei daran zur Wache geschleppt worden, wo man sie beschimpft und geschlagen habe. Sie wurde auch nach dem Alexanderplatz transportiert. Bei der Rückkehr habe sie ihrem Mann von der ganzen Geschichte nichts erzählt, weil er darüber sehr unghalten gewesen wäre. Sie stammt aus guter Familie und habe sonst mit solchen Sachen nichts zu tun. — Angeklagter Heide bestreitet, sich einer Bekleidung schuldig gemacht zu haben. Er habe lediglich gesagt: „Verluste Maulaffen!“ Er habe auch nicht Widerstand geleistet. Auf der Wache habe man ihn mit Fäusten getreten, beschimpft, gesesselt und mit Stuhlbüchsen und Rohrständen geschlagen, so dass er ohnmächtig ins Krankenhaus gebracht wurde. Die Krankenwärter würden bezeugen, dass er Flecke am Körper hatte.

Hierauf wurde die Weiterverhandlung auf Donnerstag vertagt.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Die Reichstagskommission erörterte in der Sitzung am Sonnabend, zunächst einen Antrag des Zentrums, dass Vertriebsbeamte mit einem Gehalt bis 5000 Mk. in die Versicherungspflicht einzuschließen seien. Dr. Münden (Wolfsburg) erklärte sich gegen diesen Antrag; er wendet ein, dass nach dem Haftpflichtgesetz die Privatangestellten besser gestellt sind, als wenn die Versicherung durch die Reichsversicherungsordnung erfolgt. Demgegenüber betonen unsere Genossen, dass das Haftpflichtgesetz sehr viele Unfälle ausschließt, die nach der Reichsversicherungsordnung entshädigt werden. Es sei allerdings ein großer Fehlerstand, dass bei Bemessung der Entschädigung nicht der volle Arbeitsverdienst in Rechnung kommt. Aber für die Privatangestellten ist die Einbeziehung in die Versicherung doch vorzuziehen, gegenüber dem vollständigen Ausfall aus der Versicherungspflicht.

Die Abstimmung über diesen Antrag wird zurst gestellt, da die Kommission alle Anträge, die eine höhere Belastung zur Folge haben, in einer dritten Abstimmung erledigen will. Eine längere Debatte rief einen Antrag des Zentrums und der Volkspartei hervor, der folgenden § 508a einfügen will:

Durch Beschluss des Bundesrats kann die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufe ausgedehnt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, für die Durchführung besondere Vorschriften zu erlassen.

Die Regierung erklärt sich gegen den Antrag, da für einzelne Berufe die Belastung zu groß sei und gegenwärtig durch die Kranken- und Witwen- und Waisenversicherung die Personen gesorgt sei (1), die an einer Gewerbeberanktheit leiden.

Dr. (Centr.) ist selbstverständlich gegen den Antrag seiner Parteifreunde; er will z. B. die Bleierkrankungen im Malergewerbe nicht entshädigen. Unsere Genossen weisen darauf hin, dass sie, wie in erster Abstimmung, alle Gewerbeberanktheiten entshädigt wissen wollen. Aber der vorliegende Antrag macht einen Anfang mit der Entschädigung der Gewerbeberanktheiten, deshalb können wir ihm zustimmen. Der Antrag wird schliesslich mit 18 gegen 11 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Konservativen, Nationalliberalen und Dr. (Centr.).

Zu § 508a hatte das Zentrum den Antrag gestellt, dass der Lohn bis zu 1800 Mk. Jahresverdienst bei der Rentenberechnung voll in Ansatz gebracht werden soll. Bisher war die Grenze bei 1500 Mk. Unsere Genossen verlangen die volle Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes, erklären aber, dass sie für den Rentenanspruch stimmen. — Die Abstimmung wird ausgezogen.

In einem neuen § 508a wollen unsere Genossen festlegen, dass in Zeiträumen von 10 Jahren geprüft werden soll, ob und in welcher Weise die Löhne gestiegen sind, und dass entsprechend der Lohnsteigerung die bereits festgesetzten Renten erhöht werden. Gegen diesen Antrag erklären sich die bürgerlichen Parteien insgesamt.

Am Montag wurde über den sehr wichtigen Abschnitt der Unfallversicherung betreffend die

Nachsstellung der Ausländer verhandelt. Von unseren Genossen wurde leider vergeblich versucht, den § 614 wieder zu befreien, der den Hinterbliebenen der Ausländer jeden Rentenbezug dann versagen will, wenn sie im Auslande wohnen. Besonders eindeutig gestaltete sich die Bernehmung des Amtsgerichts Weidemann. Er hat geradezu haarräubende Beobachtungen über das Verhalten der Schuhleute gemacht und in der Empörung und Aufregung darüber hat er sich zu Bekleidungen hinreichen lassen. Obwohl er sich am andern Tage bei der Polizei entschuldigen wollte, sei er doch wie ein Sträfling behandelt worden. Er gibt der Nebenverhandlung Ausdruck, dass allein die Schuhleute für die Ausschreitungen verantwortlich seien.

Der Landsiedlungsbruchprozess, der heute wegen der Moabit-Borgänge vor dem Schwurgericht beginnen sollte, ist bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode vertagt worden.

treten wurde, in jedem Falle den Ausländer mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abzufinden. Das würde die Folge haben, dass bei schweren Unfällen der ausländische Arbeiter in erheblichem Maße ungünstig gestellt würde. Von Semler wurde rücksichtslos erklärt, die deutsche Industrie habe kein Interesse daran, ausländische Kräfte zu verpflegen, sie muss deshalb das Recht haben, sich diese Leute abzunehmen.

Über die letztere Bestimmung wurde noch eine Entscheidung getroffen, es soll erst in der nächsten Sitzung am Dienstag die Abstimmung über diesen wichtigen Antrag erfolgen.

Von Nah und Fern.

Hochwasser Nachrichten.

Köln, 17. November. Die Höhe des Rheins beträgt 4,06 m gegen 5,45 m am gestrigen Vormittag.

Berndorf, 18. November. Das Hochwasser, das seit einigen Tagen hier eingetreten ist, hat zehn Hütten bis ans Meer fortgeführt und den Bahndamm vom Bahnhof bis zum Hafen unterwassen. Der Sturm hat den griechischen Dampfer Leonidas, der auf der See lag, ans Ufer geworfen.

Paris, 17. November. Die Nachrichten aus den vom Hochwasser bedrohten Dörfern laufen wieder befriedigend. Man hofft, dass eine Katastrophe nicht eintreten wird, trocken seit 24 Stunden neue Regenfälle niedergehen. Das Wetter ist jetzt kalter geworden und man erwartet den Eintritt von Frost. In diesem Fall wird der sonst zu erwartende Höchststand nicht eintreten. Die Seine ist um 15 cm gefallen, dagegen wird vom Oberlauf der Seine ein Steigen von 48 cm gemeldet. Die Marne ist 34 cm gefallen. Die Behörden haben trotzdem umfassende Maßregeln getroffen. Es sind einige hundert Boote zur Verfügung gestellt, um im Notsack nach den am meisten bedrohten Dörfern entzogen zu werden.

Ein vermischter Balkon.

Essen a. d. R., 16. November. Von den am Sonntag in Gelsenkirchen aufgestiegenen neuen Ballons des Niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt sind acht gelandet. Der Ballon Saar, Führer Lieutenant Nommerer vom Infanterie-Regiment Nr. 70, Mittschr. Hauptmann Lange von demselben Regiment und Herr Zimmermann, Elbers, ist anscheinend auf die Nordsee hinausgetrieben worden. Zwanzig Torpedoboote sind abgesandt worden, um den Ballon Saar in der Nordsee zu suchen. Bis 8 Uhr abends war noch kein Ballon aufgefunden worden. Die Torpedoboote waren bis Norwegen.

Eine Springflut.

Wien, 16. November. Die Neue Freie Presse meldet aus Triest: Von der gestrigen Springflut wurden namenlich alle Geschäfte in den an die Merceser grenzenden Straßen betroffen. In den Kaffeehäusern erreichte das Wasser die Höhe der Sofas. Das Verdi-Theater wurde gleichfalls überschwemmt. Auch in dem bekannten Seebad Grade verursachte die Springflut großen Schaden. Am Strand wurden Männer und Badefrauen niedergeworfen. Die Insel bietet ein Bild traurigster Verwüstung. In Südtirol rückte der Sturm und die Flut gleichfalls großen Schaden an. Zwei Eisenbahnwaggons wurden umgeworfen und acht andere aus den Schienen gehoben. Die sehr hochgehende See war zahlreiche Boote um. Der Leuchtturm ist fast ganz zerstört in Venezia überschwemmte die Springflut den Markusplatz, so dass auf dem Platz die Gondeln verkehrten.

Explosion in einem Bergwerk.

Beuthen (Oberschlesien), 16. November. Auf dem Schacht Ida, der den Hohenloherwerken gehörigen Georggrube, ist gestern nachmittags bei Beförderung von Sprengstoffen in die Grube die Sprengstoff und der Schacht wurde teilweise zerstört. Durch die Explosion sind zwei Arbeiter getötet und zwei so schwer verletzt worden, dass an ihrem Aufkommen gegeworfen wird. Eine Anzahl weiterer Arbeiter hat leichte Verletzungen erlitten.

Unter Hausräumen begraben.

Wien, 17. November. Beim Abriss eines Hauses wurden auf dem Getreidemarkt durch eine einstürzende Mauer zahlreiche Arbeiter verschüttet. Drei wurden bisher tot aus den Trümmern hervorgezogen.

Eine nette Sparkasse.

Budapest, 17. November. Der Direktor der rumänischen Sparkasse Durana sowie der Kassierer und der Buchhalter sind verhaftet worden. Sie haben die Einlagen der Sparkasse vollständig ausgeplündert.

Lebte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 17. November. In der heutigen Sitzung der Moabit-Z. Strafammer wurde die Bernehmung der Angeklagten beendet. Ein Teil bestreitet, überhaupt an den Vorgängen beteiligt gewesen zu sein, andre Angeklagte geben zu, beleidigte Rufe gegen die Schuhleute ausgestossen zu haben, sie seien aber erst durch das brutale Vorgehen der Beamten dazu gezwungen worden. Übereinstimmend wird bekannt, dass die Polizisten blindwütig dringeschlagen haben, dass sie, die Angeklagten, gefesselt und auf den Wachen unmenschlich geprägt worden seien. Verschiedene Angeklagte haben von den Misshandlungen Wunden davongetragen, so dass sie sich ins Krankenhaus begeben mussten. Einem Angeklagten sind seine schweren Verletzungen nicht einmal ordentlich verbunden worden, so dass der Arzt auf der Unfallstation, den er später aussuchte, kopfschüttend fragt, wer denn den Verband angelegt habe. Zwei jugendliche Angeklagte geben an, mit Steinen nach Paternen geworfen zu haben, sie hätten dies aber nur getan in Wut und Aufregung über das brutale Vorgehen der Polizei. Andre Angeklagten behaupten, betrunkne gewesen zu sein. Bei einem der Angeklagten war bekanntlich ein Revolver in der Tasche gefunden worden. Er erklärt, dass er diesen erst ausfällig an dem Tage von einem Bekannten gekauft habe, und ersucht, diesen als Zeugen zu laden. In der Verhandlung wird auch festgestellt, dass keineswegs alle Angeklagten gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Ein Angeklagter betont, dass er mit der Sozialdemokratie nichts

Zentral-Verein der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen. Zahlstelle Leipzig.
Geschäftsstelle und Arbeitsnachweis im Volkshaus Zeltzer Str. 32, Saalbau rechts, Zimmer 17
Geschäftszzeit Werk 8-12 u. 3-7. Tel. 7512.

Sonntag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr
Ausserordentliche General-Versammlung
im **Volkshaus** (Gesellschaftssaal).

Tagesordnung: 1. Vortritt: Die Stellungnahme des Centralverbandes der Maschinisten und Heizer und die Rämpfe der Zeit. Referent: Verbands-Vorsitzender Kollege Schöffel. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge: a) Ablösung des 50-Pfg.-Beitrages an die Verbandskasse; b) Schaffung eines Kampfsonds. 4. Gewerkschaftliches.

Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. [21588] Der Vorstand.

AUSSTELLUNG
im Handelshof Leipzig
vom 18. bis 26. Nov. 1910



Die Elektrizität im HAUSHALT

Ausstellung
im „Handelshof“

Täglich geöffnet
vom vormittags 9 Uhr
bis abends 8 Uhr
Feiertags von 11 Uhr ab

Eingang Grimmaische Str.

Eintritt Sonn- u. Feiertags 30 Pfg.
Wochentags . . . 20 Pfg.
. . . Dauerkarten Mk. 1.— . . .

Ortsvereine L.-Ost und Thonberg-Neureudnitz.

Donnerstag, den 24. November im Saale des Albertgarten

Grosser Vortrags-Abend

mit Lichtbildern von Herrn Dr. K. Weigt, Hannover, über

Luftschiffahrt.

Saalöffnung 1/8 Uhr.

Eintrittskarten à 20 Pfg. sind im Vorverkauf bei sämtlichen Beikassierern der Vereine und in den Volkszeitungshäusern zu haben; an der Kasse 25 Pfg. Recht zahlreiche Beteiligung erwarten.

Anfang 1/9 Uhr.
Die Vorstände.

Freitag, den 16. und Sonnabend, den 17. Dezember, nachmittags 6 Uhr

im Saale des Albertgarten

Weihnachtsmärchen-Kinder-Vorstellung

Johannisnacht-Zauber.

Zutritt nur für schulpflichtige Kinder unserer Mitglieder gegen Karten. D. V.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

des Sozialdemokr. Vereins für den 18. sächs. Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 20. November 1910 (Totensonntag)

Theater-Abend

im Felsenkeller, L.-Plagwitz

ausgeführt von der Dramatischen Abteilung des Ortsvereins.

Einlass 7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. [21459]

Das verlorene Paradies

Schauspiel in 8 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Personen:

Julius Bernardi, Fabrikbesitzer	Hans Arndt, Techniker
Charlotte, seine Frau	Werkmeister Weber
Edith, seine Tochter	Mühlberger
Richard von Ottendorf	Kraus
D. Walter Heideck, Schriftsteller	Arbeiter
Lotte, seine Frau	Fränke
Ort der Handlung: Berlin. Der 1. und 8. Akt spielt im Hause Bernardi.	Rieke, Mühlbargers Tochter
Bernardi, der 2. Akt in dessen Fabrik.	Martin, Diener bei Bernardi

Eintrittskarte 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Mittwoch, den 30. November, und Freitag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Felsenkeller

Kinematographen-Vorstellung und deutsche Märchen mit Lichtbildern.

Eintritt 5 Pfg. Nur für Kinder.

Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Felsenkeller

Grosser Lichtbilder-Vortrag mit Kinematographen-Vorstellung.

Ausführender: Genosse R. Laube.

Eintritt im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Hierzu laden ein

Eintrittskarten: Volkszeitung, Lützner Str. 41; "Zwei Linden", Karl-Heine-Str.; Krübler, Zschöchersche Str.; Richter, Kamerun; Turnhalle, Calvißusstr.; Bibliothek und Einkassierer Cyrus.

Für Festlichkeiten jeder Art

empfiehlt mein reichhaltiges Lager von schönen, praktischen und preiswerten Gegenständen zu **Tombola, Prämienkegeln u. Preisschießen**. Ferner empfiehlt Spielwaren, Schulartikel, Schnitt- u. Wollwaren, Humor- u. Bockleder, Humor-Mützen u. Cotillon-Artikel. [5615*] Leipzig, Bayersche Str. 81

Südvorstädt. Kaufhaus Heinrich Lintzmeyer.

Gern auf 4706. Achtung! Ab 15. März 1911 Eisenstraße 30. Achtung!



Ich kauft meine Briketts nur bei
Benno Grimm
Tauchaer Strasse 41.

Uhren.

100 getragene
1300 neue
Taschen-Uhren
verkauft sehr billig [5955*]

Uhrmacher Hille, Reichsstr.

Schuhwaren-Haus
und Reparaturwerkstätte
Rich. Rumler L.-Lindenau Josephstr. 43.

Oeffentliche politische Versammlung.

Markranstädt.

Morgen Freitag, 18. November, abends 1/9 Uhr

Oeffentliche Versammlung
im Saale des Sonnenhofs.

Polizeiwirtschaft und Zivilhandlung. Referent: Genosse Mi. v. Lejewski.

Arbeiter, erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Heute Donnerstag abends 7 Uhr

Treffpunkt Parkschänke. Zahlreiche Beteiligung erwarten.

Gewerkschaftskartell u. Sozialdemokrat. Verein.

J. A.: H. Bleichrodt, Markranstädt, Parkstraße 5.

Kranken- u. Begräbniskasse f. Schmiede

u. in d. Metallbranche beschäft. Arbeiter

von Leipzig u. Umgegend.

Sonnabend, den 19. November 1910, abends 8 1/2 Uhr

Ausserordentl. General-Versammlung

im Saale des Tivoli, Windmühlenstr. 14/16.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Vorlegung der von der Kommission ausgearbeiteten Statuten und deren Genehmigung. 3. Verschiedenes. [21240*]

Es ist Pflicht der Mitglieder, plakat und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist an der Präsenzliste vorzuziehen. Schriftliche Entschuldigungen sind bis zum 18. November an den Unterzeichneten einzufinden. J. A.: St. Müller, Vorsitz.

Die Gartenstadt-Bewegung und ihre Bedeutung für das Wohnungswesen.

Dieses Thema wird am 18. November 1910, abends 1/9 Uhr in einem

Lightbildervortrag

von Herrn Bauamtmann Dr. Ing. W. Mackowsky und dem 2. Vorsitzenden der unterzeichneten Gesellschaft, Herrn Adolf Otto, in großer öffentlicher Versammlung behandelt.

Die Versammlung findet statt im großen Saale des

Sanssouci [21484*]

Leipzig, Ecke Elster- und Promenadenstraße.

Freier Eintritt! Freie Aussprache!

Erörterungen

Über die Begründung einer Gartenstadt für Leipzig auf gemeinnütziger Grundlage.

Alle Einwohner, die für Verbesserungen auf dem Gebiete des städtischen Wohnungswesens Interesse haben, werden zu dieser Versammlung eingeladen.

Deutsche Gartenstadtkgesellschaft (E. V.).

Johannes Wendt

Eisenbahnstr. 71 u. 79

: Wurzner Strasse 20 :

Tägl. Eingang v. Neuheit.

= Hüten, Mützen =

Krawatten, Wäsche

Handschuhe, Hosenträger

etc. [21254*]



Uhren und Goldwaren
in großer Auswahl bei Arno Eckert
D.-Schleußig, Könneritzstraße 58.

Ihre Petroleumlampe

leuchtet besser mit Sparvergaser à 1.50 Mk., sie brennt heller als Gas und billiger mit Gaslichtbrenner "Saxonia". Bringt Sie Bassin und Brenner mit! Die letzten Verbesserungen und neuere Mehlumstufen finden Sie im [4008*] Spezialgeschäft für Petroleum-Belichtung Baldwin Oehme, Leipzig, Auerbachs Hof 12.

Hüte

schwarz und farbig [3082*]
Schirme, Stöcke sämtliche Herren-Artikel.
Erste Lindenauer Handschuh-Fabrik Oskar Papesch, Merseburger Str. 82. Volkszeitung liegt auf.

Hamburger Keule

beliebteste 6-Pfg.-Zigarre mit 10 Proz. Rabatt von 10 Stück an. [1*] Alfred Simon Nachf., Wurzner Strasse 48.

Familienanzeigen.

Für die zahlreichen Beweise lieblicher Teilnahme und den reichen Blumenschmuck bei dem Hinscheiden meines unvergleichlichen Gatten, unseres guten Bruders, Schwagers, Schwiegersons und Onkels

Paul Loeblich

sage ich allen meinen herzlichen Dank. Vor allem Dank seinen hochverehrten Herren Chesa, seinen lieben Freunden und Kollegen für das ehrende Geleit, sowie dem Leipziger Buchbinderverband für den gewidmeten ehrenvollen Nachruf. [20578]

E. Neubröh, am Begräbnistage.

Emma verw. Loeblich geb. Brode im Namen aller Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Mutter

Frau A. Bräuer

am Montag sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefschläfrig an. Beerdigung Freitag 12 1/2 Uhr vom Plagwitzer Friedhof aus.

Moritz Bräuer.

Ortsverein L.-Gohlis.

Nach langer Krankheit verschied unser langjähriges Mitglied, der Mauer

Gustav Thäle

im Alter von 48 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand.

Sänger! Heute abend 1/9 Uhr, Mönchhof. Pflichtständchen. [21580]

Dienstag, vormittags 9 Uhr, verschied nach langerem Leiden mein lieber Sohn, unser Bruder, Schwager und Onkel Gustav Thäle im Alter von 48 Jahren. Dies zeigt tiefschläfrig an. L.-Gohlis, Göhner Str. 51, am 15. November 1910. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 18. November, vormittags 1/12 Uhr statt. [21005]

Politische Uebersicht.

Moabit.

Zu der ununterbrochenen Kette moralischer Niederlage, die die bisherigen Sitzungen der Staatsanwaltschaft und der politischen Justiz brachten, fügte der Dienstag mehrere neue Glieder. Der öffentliche Ankläger sah sich in die Rolle der Angeklagten gedrängt und nicht nur er allein.

Die Verteidigung führte einen Stoß, der ins Herz der feindlichen Stellung ging. Nicht besser als die Manöver, die die Angeklagten vor den Ausnahmegerichtshof brachten, war die Weise, wie die Untersuchungshaft gegen eine ganze Reihe von Angeklagten verhängt wurde. Es war eine Fabrikation von Haftbefehlen en masse; wen die Polizei festnahm, wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe, der war fast durchweg auch in den Augen der Staatsanwaltschaft, des Untersuchungsrichters und der Gründungskamern fluchtverdächtig und blieb in Haft, mochte sein Vergehen aussehen, wie es wollte, mochte seine Persönlichkeit sein, wie sie wollte. Der Verteidiger Dr. Cohn trug das bergehoch gehäufte Material darüber in einer ergreifenden, von Klug gebändigter, aber doch in der Wärme seines Tones deutlich zu spürnden Empörung erfüllten Rede vor. Es war eine Kritik, wie sie Schonungsloser vor Gericht an Taten der Justiz wohl selten geübt wird. Dabei war die Form so unangreifbar, daß Herr Lieber still mit anhören mußte, als der Verteidiger den Verantwortlichen für dieses Verfahren sagte, daß sie vor den Disziplinarrichter gehörten und daß die Angeklagten den Herren sagen können: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen!“ Erst als Dr. Cohn in bitterer Satire die Staatsanwaltschaft das ausführende Organ der Polizei nannte — das Verhältnis ist offiziell bekanntlich umgedreht — konnte Herr Lieber eine Rüge aussprechen, die den Eindruck derflammenden Anklage selbstredend nur erhöhte.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht konnte ihr nicht standhalten — er gab vier seiner Häftlinge preis, die denn das Gericht auch in Freiheit setzte. Durch eine Kanonade von großen Worten suchte der Vertreter der Anklage seinen Rückzug zu verdecken; aber was vermochten seine krampfhaften Versicherungen, daß jeder Fall sorgfältig geprüft worden sei, gegen das schlagende Tatssachenmaterial, das der Verteidiger angeführt hatte? Sie zerstörten ohnmächtig schon an dem einen gravierenden Faktum, daß die sorgfältig prüfenden Instanzen nicht einmal bemerkten, daß der Angeklagte Otto Weiß, den sie wegen der Höhe der Strafe, die ihn erwartete, für fluchtverdächtig erklärt, nach dem, was ihm die Anklage vorwarf, im Höchstfalle zu 3 Monaten Gefängnis und 6 Wochen Haft verurteilt werden konnte! Dagegen suchte Herr Steinbrecht die Inhaftierung der wegen einfacher Beleidigung Angeklagten damit zu rechtfertigen, daß er ihnen eine „schwere Strafe“ in Aussicht stellte. Denn nach seiner Meinung muß derjenige, der bei den aufregenden Vorgängen seine innere Empörung über das Vorgehen der Schuhleute nicht bändigen konnte und sich zu irgend einem Schimpfwort hinreißen ließ, als ein gefährlicher Verbrecher betrachtet werden. Kriegszustand habe in Moabit geherrscht, also — das sprach Herr Steinbrecht zwar nicht aus, aber das ist der Sinn seiner Ausführungen — muß Kriegsrecht gelten! Daß der Herr Erste Staatsanwalt alles getan hat, um die Angeklagten einem Verfahren auszufließen, das an das summarische kriegsgerichtliche Ausnahmeverfahren verzweigt erinnert, das paßt dazu!

Und wie sehen diese furchtbaren Verbrechen aus, die der Herr Erste Staatsanwalt so furchtbar rächen will? Eine Frau, die, nachdem sie von einem Schuhmann vor die Brust gestoßen worden war, weil sie bat, durch die Polizistinette gelassen zu werden, sagt, schon im Fortgehen begriffen, halblaut vor sich hin: „So'n Halunke!“ Jetzt sieht sie unter den Angeklagten des Riesenprozesses. Dabei passierte der Vorfall am Vormittag, da von Unruhen weit und breit nichts zu sehen war! Man muß diese brave Schuhmachersfrau ihre Leidensgeschichte in ihrer schlicht beredten, treuherzigen Weise selbst haben vortragen hören, um die ganze Ungeheuerlichkeit der Anklage zu fassen. Noch andere erbauliche Dinge führte die Vernehmung der Angeklagten zutage — empörende Mißhandlungen und Beschimpfungen, die mehrere der Verhafteten in Polizei gewahrsam erfuhrn. Einer teilte sogar mit, daß er von den Schuhleuten auf dem Kupferschen Kohlenhöhe den Arbeitswilligen ausgeliefert wurde, die ihn bestialisch verprügeln. Und nun mag ein Narr darauf warten, daß die Staatsanwaltschaft die schuldigen Schuhleute ermittelt und anklagt!

Sie hat ganz andre Sorgen. Gegen einen Haftentlassungsantrag des Gastwirts Pilz schrieb sie, daß er „als Partei- und Streikwirt“ besonders beide Zeugen beeinflussen könne. Besser hätte das der damalige Hamburger Staatsanwalt Römen auch nicht machen können. Der Verteidiger Dr. Th. Liebnecht wies in der Sitzung diese unerhörte Verdächtigung einer ganzen Partei mit gebührender Schärfe zurück, ohne daß Herr Steinbrecht etwas Stichhaltiges zu erwidern vermochte. Nicht besser ging es ihm mit der einem Vertreter der objektivsten Behörde besonders wohl anstehenden Behauptung, die Arbeitswilligen hätten unter die Diktatur des Verbandes gebracht werden sollen. Verteidiger Dr. Rosenfeld wies sofort schlägern nach, daß Diktaturgelüste lediglich bei der Firma Kupfer u. Co. zu finden seien. Nur Steinbrecht suchte den Reinsfall zu vertuschen, indem er seine Behauptung auf eine „Diktatur der Verbändler“ zu reduzieren suchte. Aber auch dagegen führte Dr. Rosenfeld sprechende Tatsachen an. Der Vertreter der Anklage schwieg. Den Tag wird er nicht unter die Siegertage buchen.

Deutsches Reich.

Anstatt Lohnerschüttungen — Reichsverbandsstudienkriisten.

Die innige Verbindung zwischen den Staatsbehörden und dem Bund der Liebhaber der Wahlfreunde, die sich bei den Wahlen 1907 so herrlich offenbarte, wird auch in der Zeit zwischen den Wahlen eifrig weiter gepflegt. Während alle Welt, die noch etwas aus politischer Reputation hält, energisch von dem Reichsverband und seinen Agitatoren abrückt, suchen die Behörden die im Kampf gegen die Sozialdemokratie so trefflich „erprobte“ Organisation nach Kräften zu fördern. Vor einigen Monaten hatte ein gewisser Dr. F. Stephan Neumann, der seine politische Brauchbarkeit schon dadurch bewies, daß er sich vom Redakteur der antisemitisch-konservativen Täglichen Rundschau zum Leiter der parteiamtlichen Nationalen Korrespondenz entwickelte und dort die von uns kürzlich gekennzeichneten Lügen über die „Mißwirtschaft in den sozialdemokratischen Ortsvereinen“ in die Welt setzte, im Auftrage des Reichslügnerverbandes eine Studienkriiste über: Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin herausgegeben, die mit dem üblichen Tamtam vertrieben wurde. Dieses Reichsverbandsmachwerk strohte ganz nach der Art der Lügenbeutelei über die „sozialdemokratischen“ Krankenkassen von Unwahrheiten und schiefen Darstellungen, wird aber trotzdem oder gerade deswegen in den kommenden Wahlkämpfen voraussichtlich zu den meistbenutzten Waffen unserer ehrenwerten Gegner zählen. Von dieser Studienkriiste sind, wie in einem „streng vertraulichen“ Zirkular der Verlagsgesellschaft rühmend verkündet wird, bis jetzt über 40 000 Exemplare hergestellt worden. Das genügt den politischen Gutsfabrikanten aber noch nicht, und so werden in den erwähnten Zirkularen die verehrlichen Unternehmer, Behörden usw. darauf aufmerksam gemacht, daß für den Massenvertrieb unter Arbeitern und Angestellten eine billige „Vollausgabe“ hergestellt ist, die anstatt 1.20 Mark „nur“ 50 Pfennige kostet. Die Adressaten werden aufgefordert, von diesem preiswerten Angebot zur radikalen Vernichtung der Sozialdemokratie ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Was uns an dem Schreiben aber ganz besonders interessiert, ist die darin enthaltene Liste der bisherigen Besitzer der Neumannschen Schrift. Sie führt folgende Korporationen auf:

Berlin. Königliche Eisenbahndirektion	5800 Exemplare
Hannover. Königliche Kanalbaudirektion	122 "
Essen. Königliche Kanalbaudirektion	100 "
Strasburg. Königliche Eisenbahndirektion	125 "
Potsdam. Königliches Hauptbauamt	300 "
Die Herren Regierungspräsidenten von Aachen, Arnsdorf, Auriach, Breslau, Bromberg, Essen, Hannover, Hildesheim, Kassel, Köln, Münster, Merseburg, Münster, Osnabrück, Potsdam, Stade, Stettin, Stralsund, Trier, Wiesbaden zusammen	2500 "
Berlin. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie	800 "
Berlin. Bund der Arbeiter-Vereine	200 "
Berlin. Nationalliberale Partei	1050 "
Berlin. N. A.	2000 "
Berlin. N. A.	600 "
Breslau. Direktion der Bismarckhütte	300 "
Dresden. Verband sächsischer Industrieller	100 "
Dresden. Verband der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden	100 "
Düsseldorf. Stahlwerksverband N. A.	450 "
Gießen. Direktion der Mansfeldischen Kupferschleiferbauenden Gewerkschaften	150 "
Ebing. F. Schlesien	200 "
Essen. Rhein-Westf. Kohlensyndikat	900 "
Essen. Betzenverband	800 "
Halle. Arbeitgeberverband d. deutsch. Braunkohlen-Industrie-Vereine	1802 "
Hamburg-Altona. Arbeitgeberverband	900 "
Hattorf a. S. Eg. Sieling, Gräber u. Co.	500 "
Köln. Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften	100 "
Mannheim. Verband der Metallindustriellen Badens	1000 "
Mannheim. Allgemein-Arbeitgeber-Verband	209 "
Mülhausen i. Els. Schlumberger u. Co.	100 "
Niehlau. C. H. Diekholz u. Co.	150 "
Overhausen 2. Gute Hoffnungshütte	400 "
Salzdorf. Kaliwerke N. A.	100 "
Schwerin. Württembergische Uhrenfabrik	100 "
Wohlbom. H. Wülfing	100 "
Waldenburg. F. Schl. Verein für Bergbauliche Interessen	100 "
Wien XVI. Freier Arbeiterverein	900 "
Wien I. Deusterr. Arbeitgeberverband	410 "
Wien I. Deusterr. Arbeitgeber-Hauptverb.	500 "
Wien VIII. Deutsch-Deusterr. Gewerbeverbund	1000 "
Wolframshausen. Elektro-Industrie-Werke u. chem. Fabriken	200 "
Ziegenhals. Papierfabrik Ziegenhals	200 "

Eine Anzahl weiterer Besitzer sind nicht genannt zu werden.

Ferner bestellten 20 Firmen zwischen 50 und 100 Exemplare auf.

Nachfolgende Verbände haben ihren Mitgliedern die Massenverteilung der Schrift empfohlen:

Berlin: Zentralverband Deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Verband Deutscher Lackfabrikanten. Breslau: Verband schlesischer Metallindustriellen. Düsseldorf: Verein der deutschen Textilindustriellen. Essen: Betzenverband, Niederrhein: Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des westfälischen Kalk- und Zementgewerbes, Berg- und Hüttentümmler Verein für die Lahn, Dill und benachbarte Reviere u. a. m.

Wir sehen hier im trauten Verein mit den verrufenen Scharfmäherverbänden, die mit Freuden jedes noch so anrüchige Mittel zur Bekämpfung der sanatisch gehafteten Arbeiterbewegung anwenden, den gelben Aucharbeiterorganisationen und der Partei des mobilen Großkapitals, den Nationalliberalen, das Kölner Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften und, was das bezeichnendste dabei ist, eine Reihe von preußischen Regierungsbehörden. Sie alle tragen keinen Anstand, die schmutigen Waffen des Herrn Neumann und seiner reichsverbandlerischen Hintermänner ihrem Arsenal einzuleben oder den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern auszuhändigen. Soweit es sich dabei um private Korpo-

rationen handelt, hat die Sache für uns natürlich nur ein untergeordnetes Interesse; die Partei wird der Neumannschen Schwindsucht zu begegnen wissen, und außerdem sind ja die angeführten Bezugsdifferenzen, wenn man die Zahl der von den scharfmäherischen Verbänden und Einzelverbänden beschäftigten Arbeiter in Betracht zieht, wahnsinnig nicht imponierend. Die Sache gewinnt aber ein ganz anderes Gesicht, soweit unter den Besitzern der reichsverbandlerischen Sudenkschrift staatliche Behörden sind. Die preußischen Steuerzahler muß es ganz besonders interessieren, daß Staatsbehörden ihre Steuergroschen in dieser Weise verschwenden. Anstatt den Staatsarbeitern ihre standlos niedrigen Löhne etwas auszubessern, werden ihnen von ihren Vorgesetzten die verlogenen Stilübungen eines gewissenlosen Skribenten in die Hände gedrückt. Über diese Praktiken wird im preußischen Landtag ein ernstes Wörtchen zu sagen sein.

Freisinnsdemokraten.

Der Erfolg der Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. hat die dortigen Fortschrittsler und Nationalliberalen schwer verstimmt. Diese Stimmung kam gleich in der ersten Sitzung der Stadtverordneten nach dem Wahltag recht drastisch zum Ausdruck. Unsere Genossen hatten einen Dringlichkeitsantrag eingebrochen, der verlangte, der Magistrat möge die Korrespondenz mit dem Regierungspräsidenten in Sachen der Sonntagswahl mittelen. Bekanntlich hat der Regierungspräsident in Wiesbaden in einem Schreiben an den Oberbürgermeister sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Wahl auf einen Sonntag festgesetzt wurde, und dabei den Wunsch ausgedrückt, die Wahlen möchten möglichst wieder an einem Werktag vorgenommen werden. Unsere Genossen hatten nun guten Grund, die Antwort des Magistrats an den Regierungspräsidenten lernen zu lernen, und darum das Ersuchen, die Christliche mitzuteilen. Bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation kam es dann zu stürmischen Zusammenstößen unserer Genossen mit den Fortschrittsler und mit dem freisinnigen Vorsitzenden. Genosse Wendel begründete die Interpellation. Er bezeichnete das Vorgehen des Regierungspräsidenten als einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden und einen Ausdruck des Jungergrimm in Preußen. Dieser Eingriff in die Rechte des Stadtparlaments könne nicht energisch genug zurückgewiesen werden. Als Wendel von dem Regierungspräsidenten als einem preußischen Bureaukraten sprach, rügte der fortschrittliche Vorsitzende Dr. Herz diesen Ausdruck. Wendel fortwährt sich dann und sagte „preußischer Bureaubeamter“. Auch diese Bezeichnung war dem fortschrittlichen Vorsitzenden zu schwarz, und Wendel bekam nochmals eine Rüge, der ein Ordnungsruh folgte, als Wendel sich gegen die Rüge wandte. Unter großer Unruhe der Fortschrittsler schloß Wendel: hoffentlich sei die politische Rückenmark darüber der Fortschrittsler, die sich durch ihre Verbindung mit Kleinkrämern in den Wahlen gezeigt habe, nicht soweit fortgeschritten, daß sie auch hier Schwäche zeigten. Dieser Rüge habe heute gesessen und die Herren Freisinnsdemokraten verlangten stürmisch als Sühne einen Ordnungsruh. Diesem Verlangen kam der fortschrittliche Vorsitzende auch bereitwillig nach.

Der Führer der Fortschrittsler, Landtagsabg. Gund, sprach sich namens seiner Fraktion gegen den sozialdemokratischen Antrag aus. Die Stadtverordnetenversammlung habe ein Recht, ein beratendes Ersuchen an den Magistrat zu stellen. Genosse Duarck bezeichnete diese Ausführungen als direkte Empfehlung an den Magistrat, den Schriftwechsel nicht vorzulegen. Die Stadtverordnetenversammlung habe wohl ein Recht, zu wissen, was der Magistrat antwortet habe. In der weiteren stürmischen Debatte holte sich Genosse Zielowski noch zwei Ordnungsruhe, weil er das Verhalten des Vorsitzenden als „Kleidermanieren“ kennzeichnete. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. So gaben die Fortschrittsler wieder einmal einen Beweis freisinnsdemokratischen „Mannesmutes“.

Eine Absage.

Die Württembergische Industrie, das Organ des Verbandes Württembergischer Industrieller, richtet an den Zentralverband Deutscher Industrieller eine scharfe Abfrage. Das württembergische Industriellenorgan hält dem Zentralverband vor, daß er seit Jahrzehnten gesündigt habe. Als die Großgrundbesitzer des Ostens und die Großindustriellen des Westens ihr Bündnis eingingen, habe man wie den Bauern, so auch der verarbeitende Industrie einige Vorteile zugeworfen und es mit Geschick fertiggebracht, daß sie Weitstand leistete und der Zentralverband in den Vordergrund treten konnte mit dem Anspruch, daß er mit seiner Hochhuzgopolitik die Industrie vertrete. Die Folge sei aber, daß der verarbeitende Industrie die Konkurrenzfähigkeit benommen werde. Nicht nur, daß die verarbeitende Industrie die Rohstoffe und Halbfabrikate zu außerordentlich gestiegenen Preisen beziehen müsse, werde der ausländische Wettbewerb von jener Großindustrie geradezu gefördert, da sie ihren Überschuß zu billigen Preisen ins Ausland abschiebe, so daß die ausländische Konkurrenz das Material billiger bekomme, als die inländische verarbeitende Industrie. Daß die schwere Industrie das tun könne, liege gerade in den übermäßigen Preisen, die der verarbeitende Industrie mit Hilfe der hohen Zölle abgewonnen werden. Dies, die künstlich verteuerte Lebenshaltung und die schlechten Handelsverträge nehmen dieser Industrie Vicht und Lust. Darum sei entschieden gegen die vom Zentralverband und vom Bund der Landwirte gemeinsam betriebene Wirtschaftspolitik Front zu machen.

Bekanntlich sind fürstlich erst die Verschreibungen des Zentralverbandes, die Organisation der württembergischen Industriellen sich anzugliedern, völlig gescheitert.

Berlin, 17. November. Dem Reichstag gingen die vom Bundesrat beschlossenen Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern in den Meiereien zu.

Zum Kampf gegen den Fleischwucher. Der Bezirkstag des Unterelsaß beschloß in seiner Dienstagsitzung auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, bei der Regierung die Öffnung sämtlicher Grenzen und die unbeschränkte Zulassung ausländischen Viehs zu beantragen.

Die mecklenburgische Handelskammer sprach sich in ihrer letzten Sitzung dahin aus, daß zur Linderung der Fleischsteuerung die Grenzen geöffnet werden sollten.

Verbüchige Else. Wie bürgerliche Blätter mitteilen, legt die Regierung Wert darauf, daß die Novelle zum Strafgesetzbuch noch vor Weihnachten vom Reichstage erledigt wird. Zu dieser Novelle wollen bekanntlich die Reaktionäre eine Anzahl Verschärfungsanträge stellen, die sie mit den Vorgängen in Moabit zu begründen gedenken. Es scheint, als ob es zwischen

ihnen und der Negierung zu einem Einverständnis gekommen ist. Unter diesen Umständen würde man sich im Reichstage schou gleich bei seinem Zusammentritt auf scharfe Auseinandersetzungen gesetzt machen können.

Schack kann wieder klagen. Der fröhliche antisemitische Abgeordnete Schack scheint von seiner Triebenheit wieder hergestellt zu sein. Vor seiner Affäre klage er gegen den Königlicher Vorstand des Leipziger Kaufmannsverbandes, die Klage wurde aber dann infolge der Krankheit Schacks nicht erledigt. Wie jetzt gemeldet wird, so nimmt die Verhandlung auf den 8. Dezember angesetzt. Bei dieser Gelegenheit erinnert übrigens das Berliner Tageblatt daran, daß der Posten des Vorsitzenden im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband noch immer unbesetzt ist. Sollte er etwa für den brauen Trieben-Schack offen gehalten werden? Möglicher wäre das schon.

Kleine politische Nachrichten. Das Amtsblatt der kroatischen Regierung kündigt die Einberufung des Landtages für den 22. November und dessen soziale Vertragung an, weil der Versuch des Barons Tomashoff, eine Arbeitsmehrheit zu bilden, gescheitert ist. — Die tschechischen Abgeordneten stellen eine Versammlung ab, in der sie die von den Deutschen gemachten Vorhildige als unannehmbar erklären. — Die Reichsregierung hat einen Antrag des Abgeordneten Thielichow angenommen, wonach in das Unterrichtsprogramm der Volksschulen die Lehre von der Schäßlichkeit des Altkonservatismus aufgenommen werden soll. — Das Petersburger Alstengebiet ist für pestbedroht erklärt worden. — Nach zuverlässigen Nachrichten ist zwischen den Mitgliedern des tschechischen Kabinetts ein Einvernehmen dahin erzielt worden, daß der Belagerungszustand mit dem 18. April 1911 aufgehoben werden soll. Dagegen soll das Preßgesetz verschärft werden.

Frankreich.

Das Flottenprogramm.

Paris, 15. November. Die Marinakommission der Kammer hat mit allen gegen zwei Stimmen das Flottenprogramm der Regierung angenommen. Die Schlachtkriege wird danach aus 28 Panzerschiffen gebildet, die in vier Geschwader von je sechs Panzer- und vier Erfah-Panzerschiffen eingeteilt werden.

Ein Opfer des Eisenbahnstreiks.

Paris, 16. November. Vor dem Kriegsgericht des 8. Armeekorps in Bourges erklärte ein Soldat des 85. Infanterie-Regiments, der sich geweigert hatte, während des Ausstandes der Eisenbahner auf dem Bahnhof Posten zu stehen, er sei Anhänger der Syndikatsbewegung und habe als solcher den Aufstand der Eisenbahner gebilligt und nicht gegen diese marschiert wollen. Das Kriegsgericht verurteilte den Soldaten unter Zuhilfenahme der umstehenden Umstände zu sechs Monaten Gefängnis.

Belgien.

Ablehnung des Budgets.

Brüssel, 17. November. In der zweiten Sektion der Kammer, in der sich die Liberalen in der Mehrheit befinden, wurde gestern das Budget glatt abgelehnt. Die Liberalen begründeten ihren Schritt damit, daß sie kein Vertrauen zu der herzöglischen Regierung hätten. Der Kriegsminister wiederaufbaute hin, daß diese Taktik für die Zukunft gefährlich sei und schwere Folgen nach sich ziehen wird. Die Haltung der Liberalen ist eine Folge der Taktik, die darin besteht, der legenden Regierung, die nicht mehr die tatsächliche Mehrheit des Landes hinter sich hat, das Bestehen unmöglich zu machen und ihren Sturz herbeizuführen, wie dies bereits von den Sozialisten gefordert wurde.

Großbritannien.

Der Oberhausskonsult.

London, 18. November. Das Parlament versammelte sich gestern für die Herbstsession. Infolge der kritischen politischen Lage war das Haus in allen Zeilen gedrängt besetzt. Alle Parteiführer, mit Ausnahme von Asquith, waren zugegen. Der Schatzkanzler Lloyd George erklärte, es seien Umstände eingetreten, die es nach Ansicht der Regierung nicht wünschenswert machten, daß das Haus zur Tagessordnung übergehe. Es würde für Asquith nicht genügend sein, vor Donnerstag eine Erklärung abzugeben. Er schlage deshalb vor, das Haus bis zum Donnerstag zu vertagen. Auf Wunsch Balfours wurde die Vertagung bis Freitag beschlossen.

Im Oberhaus brachte Earl of Crewe die Parlamentsbill ein. Sie wurde in erster Lesung formell angenommen. Earl of Crewe führte noch aus, das Oberhaus sei berechtigt, seiner Ansicht über das Veto-Bill Ausdruck zu geben, aber die Regierung könne keine Amänderungen diskutieren. Die Regierung sei bereit, die Bill dem Hause vorzulegen, damit es diese annehme oder ablehne, aber es würde ein vollständiges Postenspiel sein, zu versuchen, im Hause alle die Punkte zu diskutieren, die in der Konferenz diskutiert worden seien. Nachdem Lord Rosebery sodann angekündigt hatte, daß er seine Reform-Resolutionen beantragen werde, erklärte Lord Lansdowne, in Abrede der Regierung des Earl of Crewe eine Diskussion von Amänderungen zugelassen sei, es zweifelhaft, ob die Veto-Bill überhaupt mit Augen diskutiert werden könnte. Aber er werde seine Kollegen über diese Angelegenheit befragen.

Dem Bernehmen nach wird die zweite Lesung der Parlaments-Veto-Bill im Oberhause am Montag stattfinden.

Marokko.

Die Auslieferung des Missgebets an Spanien.

Madrid, 19. November. Die Konvention zwischen Spanien und Marokko wurde heute abend von El Moro und dem Minister des Innern unterzeichnet. Die Entschädigungssumme, die Marokko an Spanien für den Missißtug zu zahlen hat, ist auf 8 Millionen Franken festgesetzt worden. Der Ansatz beträgt 8 Prozent. Correspondencia de Espana teilt mit, daß die in dem spanisch-marokkanischen Abkommen festgesetzte Kriegsentschädigung innerhalb 70 Jahren von Marokko zu zahlen ist. Nach der Correspondencia militar sollen die spanischen Truppen das Missgebiet bis zur völligen Tilgung der Kriegsentschädigung befreien und dort unbeschränkte Autorität ausüben. Als Sicherheit für die Zahlung habe der Marokko 85 Prozent des ihm aus den Bergwerksabgaben zustehenden und nicht für öffentliche Arbeiten bestimmten Anteils verpfändet. Nach weiteren Blättermeldungen hat Spanien außer der Entschädigungssumme von Marokko die Errichtung einer aus Eingeborenen bestehenden Polizeitruppe in Ceuta angesagt erhalten, die von spanischen Offizieren kommandiert werden soll. Ferner habe Marokko in die Errichtung einer Zollstation an der Grenze des spanischen Uagers von Ceuta eingewilligt.

China.

Die Geier eignen sich.

London, 19. November. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist vor kurzem in London zwischen Vertretern der englischen, amerikanischen, deutschen und französischen Gruppen wegen der chinesischen Auseinanderliebe das Abkommen unterzeichnet worden, daß für eine Reihe von Jahren gelten soll. Das Abkommen gewährt zwar jeder Nation völlige Handlungsfreiheit, bestätigt jedoch die finanziellen Einflusszonen und macht der alten Politik des Auspielen einer finanziellen Gruppe gegen eine andere ein Ende. Da es schwer eine gleiche Beteiligung an den auswärtigen Anleihen in jedem Teile von China sicher stellt, bestätigt es den Gedanken einer Eroberung Chinas durch Vahabiten der einen oder der anderen Macht.

Nordamerika.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Aus New York schreibt man uns unter dem 8. November: Mit siegreichen Fäden ist die amerikanische Sozialdemokratie aus den Wahlen des 7. November hervorgegangen. Wir schreiben diesen vorläufigen Bericht nach Mittwochabend des Wahltages und die lebte zusammenfassende Meldung aus dem Landesbüro der Partei, die nach New York gelangt, besagt, daß im ganzen Lande eine gewaltige, vielleicht 100-prozentige Stimmenzunahme der Partei stattgefunden habe und in den Staaten Wisconsin, Ohio, Minnesota und Massachusetts insgesamt 35 sozialistische Staatslegislaturen gewählt seien. Die Berichte aus Kalifornien deuten auf eine Verschiebung der Parteistimmen hin. Den größten Enthusiasmus erregten aber die Nachrichten aus Illinois, das den Stuhm gewonnen hat, die ersten sozialistischen Volksvertreter nach der Bundeshauptstadt zu entenden, einen Stuhm, in dem sich nur noch die Parteigegner von Columbus in Ohio setzen. In Milwaukee sind zu Abgeordneten für das Bundesparlament gewählt die Genossen Victor Berger und Winslow Weyl. Außerdem haben die Arbeiter des Countys (Wahlkreisabgeordneten) in Milwaukee rein sozialistische County-Behörden gewählt, so daß die Sozialdemokratie heute in der Stadt, wie im County Milwaukee gebietet. In der Person des Genossen Jabel wurde dort auch der erste sozialistische Staatsanwalt der Vereinigten Staaten gewählt. Die sozialistische Fraktion in der Volkskammer des Staates Wisconsin (dessen wirtschaftliche Hauptstadt Milwaukee ist) wurde von sechs auf elf Männer verstärkt. Zugleich hat unsere Partei gestern von einer anderen Stadt Wisconsin, Holy, West ergriffen. Nach den telegraphischen Meldungen aus der sozialdemokratischen Großstadt am Michigan-See feierten unerwarteten Genossen ihren Triumph durch großartige Straßendemonstrationen.

In der Stadt New York haben wir zwar nicht so glänzende Erfolge zu verzeichnen, aber immerhin haben wir auch hier, in der Metropole des amerikanischen Kapitalismus mit all seinen formvollen Einflüssen, einen Schritt vorwärts gemacht. Die Wahlen aus allen Bezirken Gross-New Yorks ergeben eine Zunahme unserer Stimmenzahl gegen die Staats- und Kongresswahlen von 1908 und erst recht gegen die vorjährigen städtischen Wahlen. Die Newyorker Volkszeitung, deren erste Exemplare nach 1 Uhr die Presse verlassen, nimmt an, daß der Staat New York 50.000 sozialistische Stimmen gelesert hat, von denen auf die Stadt New York etwa die Hälfte entfallen. Damit hätte unsere Partei die von dem "gelben" Zeitungsmillionär Hoar geschaffene "Unabhängigkeitstafel" von der dritten Stelle verdrängt. In der unteren Ostseite New Yorks kandidierte Genosse Meyer-London, der nur dadurch unterlag, daß sich Demokraten und Republikaner in einer Stunde gegen den Sozialisten vereinigten. Immerhin hat Genosse Meyer-London über ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Im Staat New York haben wir durchweg Fortschritte gemacht, die teilweise geradezu überraschend sind. So sprang unsere Stimmenzahl in Buffalo von 700 auf 8000, in Schenectady von 888 auf 2550, in Rochester von 1188 auf 2284. Auch aus Pennsylvania, Massachusetts, Connecticut und New Jersey laufen ähnliche Berichte ein.

Das direkte Ergebnis der Wahlen ist die Eroberung wenigstens der Staaten New York, New Jersey, Massachusetts und Connecticut durch die Demokraten, die über eine Mehrheit in dem nächsten Repräsentantenhaus verspielen werden.

Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberale Mittelstandsetter.

Der Nationalliberale Verein zu Plauen erörterte in einer Kreissammlung, zu der auch die Führer der lokalen Mittelstandsbewegung eingeladen worden waren, die Mittelstandfrage nach den Verhandlungen auf dem Kesseler Parteitag. Der Referent, Seminaroberlehrer Baumgärtel, hatte zu diesem Thema annähernd zwei Dutzend Thesen aufgestellt. Darin wird u. a. gefordert eine Vermehrung des Bauernstandes und die Schaffung der Arbeit auf dem Lande. Wie durch diese Fesselung der Arbeiter an die Scholle dem Mittelstand ausgeschlossen werden soll, erfährt man aus dem Bericht in der bürgerlichen Presse leider nicht. Über die Lage im Detailistenseitstand kann nach den Thesen erst eine Reichsstatistik sichere Unterlagen bringen. Besondere Kleinhändelslammern werden abgelehnt. Eine erhöhte Umsatzsteuer werde die Warenhäuser nicht bestimmen. Für Wunderlager soll zunächst die Bedürfnisfrage geprüft und eine Wertsteuer gefordert werden, die Abzahlungsgeschäfte müssen wirksam überwacht werden. Für Beamtenkundjunktionen kann kein Bedürfnis anerkannt werden, auf jeden Fall müssen Steuervergünstigungen ausgeschlossen werden. Konsumvereine, die sich in den politischen Dienst (?) stellen, werden als eine schwere Gefahr für den Staat bezeichnet. Der große Bevölkerungsnachweis wird abgelehnt. Meisterkurse und Lehrerwerkstätten müssen unterstützt werden. Die Sozialpolitik hat bisweilen schädigend gewirkt. Man sieht, die Nationalliberalen bewegen sich, wenn man von der Differenz in der Frage der Konsumvereinsbesteuerung absieht, auf der Höhe der mittelständischen Rückwärtsserei. In seinen Schlussbemerkungen konnte deshalb der Referent sagen, der Fürsorge der Nationalliberalen könne der Mittelstand so sicher sein, wie bei jeder andern Partei. Man solle daher den Vorwurf lassen, als ob sich die nationalliberale Partei lediglich mit den Interessen der oberen Zehntausend beschäftigte.

Begrüßlich, daß die anwesenden Mittelstandsführer über diese nationalliberale Phrasendreherei ganz entschlossen waren. Einige Ausstellungen hatten sie aber doch zu machen. Ein Redner meinte, die Gewerbesteuer sollte auch die Mittelstandsvereinigung nicht aufzugeben, nur einige Ausnahmen sollten bestätigt werden. Am weitesten gingen die Meinungen auseinander in der Frage der Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine. Natürlich bestehen die Mittelständler auf der Einführung der Umsatzsteuer, die als ein Gebot der Gerechtigkeit bezeichnet wird. Selbstverständlich bekämpfen sie auch die Konsumvereine, die im Dienste der Sozialdemokratie stehen. Ein anderer Redner meinte, es habe unter den Gewerbetreibenden in Dresden große Misströmung hervorgerufen, daß unter den Gegnern der Umsatzsteuer auch die Herren Dr. Strosemann und Dr. Vogel gewesen seien. Das seien Vorgänge, die den Gewerbestand immer wieder mit Misstrauen erfüllen müssten. Der freisinnige Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann Hindelisen meinte zwar, daß die Warenhausfrage mit der Besteuerung der Warenhäuser nicht gelöst werde, ist aber dennoch durchaus dafür, daß die Warenhäuser zu den Lasten der Gemeinde, aus der sie Millionen herausholten, entsprechend herangezogen werden. Es müsse bedauert werden, daß sich die Führer der Nationalliberalen nicht zu dieser Auseinandersetzung hinzubringen hätten. Ein echtes Freisinnstüddlein! Der Referent Baumgärtel antwortete dem Freisinnmann,

auf der Kasseler Tagung sei ausdrücklich anerkannt worden, daß die Warenhäuser einer Besteuerung unterworfen werden müssten. Na also! Wenn die Nationalliberalen für die Besteuerung der Warenhäuser sind, werden sie sich auch der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß auch die Konsumvereine blechen müssen. Was ist dann noch für ein Unterschied zwischen den extremsten Mittelständlern und den nationalliberalen Mollusken?

Der Sozialdemokratie kann es natürlich gleichgültig sein, ob sich die Mittelständler von den Konservativen oder Nationalliberalen goldene Berge versprechen lassen, die niemals verwirklicht werden können. Glücklicherweise verbreitet sich auch unter den kleinen Gewerbetreibenden immer mehr die Erkenntnis, daß alle diese Mittel dem Mittelstand nichts nützen, daß sie den kleinen Gewerbetreibenden nur belästigen, daß die Umsatzsteuer nur zu einer weiteren Besteuerung der Lebensmittel der Arbeiter und kleinen Leute führen und daß namentlich die bürgerlichen Parteien durch ihre Reichssteuerpolitik den Mittelstand am meisten schaden. Trotz ihrer Anpassung an die alten klassischen Mittelstandsetter werden daher die Nationalliberalen bei ihrem Wettkampf um die Gunst der Mittelstandslute nicht viel Erfolg haben.

Gegen die Fleischnot.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion fordert von der Regierung in einer Eingabe Maßnahmen gegen die immer mehr zunehmende Fleischnot.

Auch der Vorstand des Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine hat eine Resolution an die Regierung beschlossen, in der mitgeteilt wird, daß die im Verband zusammengefügten Mitglieder über die herrschende Fleischnot bedient, lebhaft Klage führen. Die Regierung wird darum gebeten, im Bundesrat dahin zu wirken, daß 1. die Grenzen für die Einfuhr von lebendem Vieh in größerem Umfang als bisher geöffnet werden, 2. die Einfuhrzölle auf Lebendvieh und Fleisch ermäßigt werden, 3. Erhebungen über die Rolle des Zwischenhandels auf dem Fleischmarkt veranlaßt werden.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, stellt die Regierung zurzeit Erörterungen an, wie die Fleischnot gelindert werden könnte. Diese Erörterungen werden jedenfalls ergeben, daß — wie Friedrich August fürstlich Interessenten mitteilte — keine Mittel vorhanden seien, der Fleischnot zu begegnen. Für die Minister dürfte es schließlich nochzureichen, die Kritik des Landtages aber braucht die Regierung vorläufig nicht zu fürchten, da das Bundesparlament ja erst im nächsten Jahre wieder zusammentritt.

Kommunale Mutterhausbewilligung.

Die Stadtverordneten in Sebnitz hatten sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Mutterhausbewilligung auf Einführung einer Mutterhausbewilligung zu beschäftigen. Den Stadtverordneten lag eine Denkschrift sowie der Entwurf zu einem Gesetzstatut über die Mutterhausbewilligung vor. Stadtrat Dr. Hesse, der sich um die Angelegenheit sehr bemüht hat, ergänzte den vorliegenden schriftlichen Bericht durch längere Ausführungen und meinte, daß vom Weise in Sachen der Mutterhausbewilligung nichts zu erwarten sei, müsse in anderer Weise für Abhilfe gesorgt werden. Wenn die Arbeitnehmer in gesunden Tagen ein sehr gesuchter Artikel (1) seien, habe man auch die Pflicht, sie in Krankheitsfällen zu unterstützen. Auch der Bürgermeister verteidigte in warmen Worten die Vorlage und bat um Annahme im ganzen. Erfahrungen seien auf diesem Gebiete noch nicht gemacht, man müsse deshalb die Erfahrungen abwarten. Der Vorsteher erklärte, daß er mit der Vorlage einverstanden sei, wollte jedoch nicht, daß auch Kinder die Mutterhausbewilligung erwerben könnten. Er befürchtet, daß dadurch die Unstimmigkeit gefordert (1) und eine Erhöhung der Zahl der unehelichen Kinder einzutreten würde (1). Die Einrichtung betrachtet er insofern als eine Prämie auf die Unstimmigkeit (1). Er möchte aber schließlich selbst angeben, daß dies noch altmodische Ansichten seien und forderte deshalb, daß die Wohltaten dieser Einrichtung auch den unehelichen Kindern zugute kommen sollen, da für diese der Schutz am notwendigsten sei. Ein Stadtverordneter meinte, daß die Zahl der unehelichen Kinder in den letzten Jahren ziemlich gleich geblieben und von einer Zunahme nichts zu bemerken sei. Es sei wohl auch nicht zu erwarten, daß die unehelichen Kinder wegen der Unterstützung an Zahl zunehmen würden. Nachdem Dr. Hesse und der Bürgermeister noch einmal für das Zustandekommen der Vorlage eingetreten waren, wurde diese gegen eine Stimme angenommen.

Gegen die Wahlrechtsverschlechterung.

Die vom Stadtrat zu Aue geplante Verschlechterung des Gemeindewahlrechts hat, wie nicht anders zu erwarten war, in weiten Kreisen der Einwohnerschaft berechtigte Empörung hervorgerufen. Eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Einwohnerversammlung, die überaus zahlreich besucht war, protestierte gegen den Plan des Stadtrats und vertrat die Anwendung aller Mittel, um zu verhindern, daß der stadtälteste Entwurf Gesetz werde. In einer Resolution werden die Stadtverordneten ersucht, die neue Wahlrechtsvorlage zu verwerfen und das gegenwärtige Wahlrecht beizubehalten. Der Vorstand des fortschrittlichen Volksvereins beschäftigte sich ebenfalls mit der Frage und nahm eine Resolution an, worin es heißt: Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei verneint zunächst (1) die Notwendigkeit einer solchen Änderung, bezweckt aber insbesondere den vorliegenden Entwurf als durchaus unzulässig (1). „Zunächst“ verneinen also auch die Fortschrittshelden die Notwendigkeit der Wahlrechtsänderung. Unter Umständen sind sie also auch für eine Verschlechterung in der vorliegenden Form nicht zu halten. Es bleibt nun abzuwarten, ob die bürgerliche Stadtverordnetenmeiheit den Mut haben wird, dem stadtältesten Wahlrechtsmonstrum zugestimmen und dadurch die Einführung der unteren Volksfraktionen herbeizuführen.

Die Prozesse gegen den freisinnigen Landtagsabgeordneten Schwager, die die freisinnigen Vertreter an der Handelskammer Stephanus, Leipzig u. Co. in Gelsenkirchen-Döhlen, die Herren bei Pniß und Mai, angestrengt hatten, wurden legten Dienstag in Bitterfeld abermals in dreistündig Verhandlung verhandelt. Dom Schwager wird von den Klägern zur Last gelegt, sie bei ihrem Eintritt in die Gesellschaft von dem schlechten Stand nicht genügend unterrichtet zu haben. Die Gesellschaft hatte vor dem Eintritt des Pniß mit einem Betrag von 140.000 Mk. gearbeitet, der durch eine Sanierung bestätigt worden war. Es wird nun behauptet und das ergibt sich auch aus der Verhandlung, daß man bei diesem Betrag aber noch nicht die notwendigen Abschreibungen beim Maschinenkonto vorgenommen hat. Weiter hatte man das Gebäude- und Grundstückskonto um 100.000 Mk. heraufgelegt, wodurch eine plumpere Bilanz hergestellt wurde. Zu dieser Manipulation hält man sich für berechtigt, weil man die Gebäude zu billigen Preisen erworben hatte. In der Verhandlung Mai gegen Schwager spielte auch ein Brief eine Rolle, den Schwager an den Direktor Stollin der genannten Firma geschrieben haben soll. Obgleich der Brief von dem eine Abschrift durch den Rechtsanwalt Dr. Knispel-Löbau verlesen wurde, die Unter-

Schrift E. Schwager trug, wollte Schwager nichts von der Existenz dieses Briefes wissen. In dem Briefe wird Stolln erachtet, den Mat zum Eintritt in die Eltern zu bewegen. Beide Prozesse wurden abermals vertagt und zwar bis zum 14. Dezember. Dann wird auch das Original des Briefes vorgelegt werden müssen. Gespannt kann man sein, wie die Sachen noch auslaufen.

Dresden. Zur Frage der Erweiterung der schulärztlichen Tätigkeit und der sonstigen Neuregelungen auf dem Gebiete des Schularztes hat der Rat eine Anzahl Beschlüsse gefasst. Die in höhere als die unterste Klasse der Volksschulen neu eintretenden Schulkinder sollen künftig gleichfalls durch den Schularzt untersucht werden. Die schulärztliche Untersuchung der Neuangemommenen soll in gleicher Weise auf die Bürgerschulen ausgedehnt werden. Sodann soll die Schularztsuntersuchung auf die höheren Schulen ausgedehnt werden.

Die am Montag im Städtischen Vieh- und Schlachthof ausgetriebenen, aber wegen des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche nicht ausgesichteten 788 Rinderv, 277 Kalber, 885 Schafe und 2835 Schweine sind abgeschlachtet worden. Die Entfouzung des Vieh- und Schlachthofes wird mit allen Kräften durchgeführt.

Glauchau. Die städtischen Kollegien haben in Aussicht genommen, vorläufig für 40 Kinder eine Waldschule auf südlicher Kosten zu errichten.

Werbau. Der Gemeinderat zu Oppach hatte auf Drängen der Einwohnergemeinde die Einführung öffentlicher Gemeinderatsitzungen beschlossen. Obwohl der Beschluss einstimmig gefasst worden war, hat die Amtshauptmannschaft ihre Zustimmung versagt. Der Gemeinderat erzielte nunmehr der Bewohnerchaft den Rat, sich in Petitionen an die Aufsichtsbehörde zu wenden.

Pirna. Die geschäftsführende Kasse der Ortskrankenkassen in der Amtshauptmannschaft hat den beteiligten Gemeindebehörden mitgeteilt, daß aus dem Bau eines Gefangenshauses in Südniederschlesien nicht zu erwarten ist und die Kassen selbst sich nicht genügend beteiligt haben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Kaufmann und Fabrikbesitzer Rudolf Küller aus Stolpen war mit seiner Frau in Dresden in einem Hotel abgelegen, um hente eine längere Reise anzutreten. Am andern Morgen stürzte er sich vor den Augen seiner Frau zum Fenster auf das Pfaster des Hofes hinab und wurde mit zertrümmertem Schädel aufgehoben. Der Tod trat bald ein. Der 40 Jahre alte Mann beging die Tat infolge hochgradiger Nervosität. — Beim Einfahren von Prenczholz im Dörschgrund bei Herrndreßchen wurden die vor einen Wagen gespannten Pferde schwer. Der 28 Jahre alte Aufseher Biener und Jonsdorf wurde vom Wagen geschleudert und erhielt von einem der Pferde einen verletzenden Schlag gegen den Kopf, daß er nach kurzer Zeit starb. — Pastor Käyser von der Landesschule und Pflegeanstalt Sonnenstein fuhr mit seiner Frau in der Nacht in einem Automobil von Gottleuba nach Pirna. In der Nähe der Haltestelle Dohna soll ein Hindernis quer über der Straße gelegen haben, eine Telefonleitung, die vom Sturme umgebrochen war. Das Automobil stieß gegen dieses Hindernis und die Insassen stürzten heraus, wobei sie beträchtliche Verlebungen erlitten. Der Wagen ist sehr schwer beschädigt. — Das Schwurgericht Chemnitz verurteilte den Handarbeiter Karl Max Hermann Mann aus Mittweida, der angeklagt war, am 21. März in dem von ihm bewohnten Hause in Mittweida seine beiden Kinder sowie die Ehefrau seines Handwirtes Lehme und deren 15jährige Tochter vorsätzlich getötet und dann das Haus in Brand gesteckt zu haben, wegen Mords und Totschlags in je zwei Fällen sowie Brandstiftung zweimal zum Tode sowie zu 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. — In Überlungswih macht ein 18 Jahre alter Schuhmacher in Abwesenheit der Eltern Feuer im Ofen und benützte hierzu Petroleum, wobei die Flanne explodierte und das brennende Petroleum sich über den Oberkörper des Knaben ergoss. Auf seine Flammenreise eilten Nachbarn herbei, die die Flammen schließlich ersticken. Trotzdem hat er schwere Brandwunden erlitten. — In Chemnitz erholt der 25 Jahre alte Kaufmann Jülicher in seinem Bett die stellunglose 15jährige Kellnerin Else Dietel und verlegte sich dann selbst lebensgefährlich durch einen Schuß in die Schläfe.

Haus den Nachbargebieten.

Berunreinigung der Flüsse.

Unter der Überschrift: Berunreinigung der Unstrut, Saale und Elbe lesen wir in der Magdeburger Zeitung: Schon seit einer Reihe von Jahren sind in dem Stromgebiet der Saale und Elbe eine große Anzahl von Kaliwerken entstanden, die ihre bei der Fabrikation der konzentrierten KaliSalze entstehenden schädlichen Abwasser — sogen. Endlängen — den nächstgelegenen Flüssen aufzuladen und damit deren Wasser stetig mehr und mehr verschlechtern. Wenn auch von verschiedenen zuständigen Behörden die Ableitung der Endlängen in die Flüsse nur in begrenztem Umfang angeordnet wird, so wird wiederum von anderen Behörden wenig oder gar nichts getan, um der immer mehr zunehmenden Berunreinigung, Versalzung und Verhärtung der Flüsse Einhalt zu tun.

Zum Teil tragen hieran allerdings die Interessenten selbst die Schuld, da sie es verabsäumen, Einspruch gegen diese stetig zunehmende Verschlechterung des Flusswassers zu erheben, zum Teil gelangt aber die Entstehung neuer Kaliwerke gar nicht oder zu spät zur Kenntnis der Interessenten, da die betroffenen Betriebsführungen meist nur in den amtlichen Sitzungen des betreffenden Bezirks (Stadtbezirk, Kreis, Fürstentum pp. oder Regierungsbezirk) erscheinen. Am oberen und mittleren Laufe der Unstrut entstehen wiederum 8 (acht) neue Kaliwerke, von welchen 2 ihr Vorhaben zur Ableitung der Endlängen in die Unstrut durch die zuständigen Behörden augenblicklich bekannt geben. Es sind dies die Gewerkschaften Walter und Sachsenburg, beide in Oberholzhausen, Kreis GutsMuthsberg. Jedes der beiden Werke will die Unstrut, welche höher nur 80 bis 40 Härtegrade besitzt, um weitere 20 deutsche Härtegrade verhärten, d. h. um rund das dreifache ihres bisherigen Härtes und Salzgehaltes. Dazu fangen auch bereits andere Kaliwerke, die eine Konzession zur Verhärtung des Unstrutwassers bis zu 80 Grad bereits besitzen, an, ihre Endlängen der Unstrut in größeren Mengen zuzufüllen. Wir können daher bei etwaiger Errichtung der vorgenannten Konzessionen anstatt des bisherigen Härtegehalts von rund 20 deutschen Graden in Zukunft mit einem solchen von weitestens 100 Graden rechnen. Für die Saale würde sich der Härtegehalt allerdings nur um die Hälfte erhöhen, so daß für sie mit 80 bis 70 Härtegraden, anstatt jetzt nur circa 20 bis 25 Härtegraden zu rechnen ist, das heißt ohne die zahlreichen Kaliwerke, die in nächster Zeit mit ähnlichen Konzessionsanträgen noch kommen werden. Welche Zustände dann an der Unstrut, Saale und auch der Elbe — die Stadt Magdeburg erhebt schon seit Jahren gegen jede neue Konzession dieser Art Einspruch wegen Verschlechterung ihres Trinkwassers, das sie als Filterbrunnen an der Elbe entnimmt — entstehen werden, ist vorzusehen. Alle Interessenten — Städte, Gemeinden, Rittergüter, Zuckerfabriken, Mühlen, Fischer und Private, als Anleger an den vorunreinigten Flüssen — sollten es sich daher zur Pflicht machen, gegen die Ableitung von Endlängen eines jeden neuen Kaliwerkes Einspruch zu erheben.

Magdeburg. Vor unverheiratete Dentist Karl Krause ist in seiner Wohnung als Letzte aufgefunden worden. Verwandte hatten Briefe erhalten, in denen er ihnen die Absicht eines Selbstmordes bekannt gegeben hat. Das gab Veranlassung zum Entfernen der Wohnungstür, d. lag unbedeckt und blutüberströmmt im Arbeitszimmer. Die nähere Untersuchung ergab eine schwere Verlebung der Schädeldecke. Es scheint sich vorher drastisch beläuft zu haben. Instrumente und entsprechende Mittel lagen in unmittelbarer Nähe des Bettes, wo sich auch ein blutbefleckter Hammer befand.

Elster. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden vier Sozialdemokraten und fünf Bürgerliche gewählt. Unseren Genossen fehlten nur wenige Stimmen, um auch einen einzigen bürgerlichen Kandidaten zu verdrängen. Von circa 4000 Wahlberechtigten stimmten 3128 ihr Wahlrecht aus. Für die sozialdemokratischen Kandidaten wurden 1200 reine Stimmen abgegeben gegenüber 708 im Jahre 1908. Der Zuwachs betrug demnach über 400 Stimmen.

Notiz. In Rathlow hat der Eigentümer Krüger seinem erwachsenen Sohne aus Unmut darüber, daß ihm dieser Geld für Schnaps verweigerte, das Messer in das Herz gestoßen. Der Sohn war sofort tot.

Haus der Umgebung.

Echte Vaterlandsliebe.

Die armen geplagten „Nationalen“! Es ist nicht zu sagen, was die armen Kerle für Pech haben. Sie geben sich Jahrtausende, um die erdenklichste Milie, der Mittwoch zu beweisen, wie wahrhaftig ihre Existenz ist, und wie viel ihr Patriotismus dazu beiträgt, den bedrängten Staat vor dem Verlust in der roten Flut zu retten. Haben sie es nicht hundertmal hinausgezögert, daß sie hinauszögern wollen in die Lande, um den roten Drachen niedergezuwerfen und alle Unzufriedenheit in einem Meer von Patriotismus zu erschaffen? Getan haben sie freilich noch nicht. Aber ungähnliche Male haben sie schon am Stammtisch oder in einer verschwiegenen Ecke des Klubzimmers hinter einem vollen Seidel die sorgenvollen Häupter zusammengetragen und die schönsten Pläne ausgeheckt. Und wenn dann alles sorgsam vorbereitet war, haben sie sich auch wohl einmal an die „Desertlichkeit“ gewagt. Freilich waren sie dabei immer sehr vom Mißgeschick verfolgt und holten sich statt der ersehnten Vorräte eine gründliche Blamage.

Das sollte endlich einmal anders werden. Die Patrioten der Nachbargemeinde Wahren hatten es sich vorgenommen, die Ehe der vaterländischen Vereine zu retten. Alles war aufs Beste vorbereitet für einen gewaltigen Streich gegen den inneren Feind, jeder Posten verteilt, sogar das nötige Publikum war schon bestimmt. Nur eines machte noch arges Kopfschmerzen, der Referent. Wollte man gegen einen so mächtigen Gegner, wie die Sozialdemokratie, etwas ausrichten, dann mußte man schon „grobes Geschly“ ausspielen. Eine der gewöhnlichen abgegriffenen Reichsverbandsprüfen tut da nicht. Das hatten auch die Wahrener Vaterlandsfreunde eingeschenkt. Sie versprachen sich deshalb einen leibhaftigen Pastor, wenn auch a. T., der es der roten Bande einmal gründlich besorgen sollte.

Der große Tag kam. Ungefähr 40 Männer hatten sich eingefunden. Daneben waren ein Dutzend Weiblein erschienen, die der Meinung waren, daß das Königsberger Kaiserwort, nach dem die Frau ins Haus gehöre und sich von dem politischen Treiben fernzuhalten habe, nur für Proletarierfrauen gälte, und herbeigekommen waren, das „Fest“ zu verschönern und „den patriotischen Kreis“ zu vergrößern. Mit freudestrahlenden Gesichtern harrte die anderseitige Gesellschaft der großen Dinge, die da kommen sollten.

Endlich begann der Held des Tages, Herr Sparwald, aufzutreten. Er sprach über „echte Vaterlandsliebe“, die jedem schon angeboren sei. Schon kleine Kinder verlangen nach Hause, wenn sie mit der Mutter spazieren gehen. Lange sprach Herr Sparwald von Kindheit, Jugend und goldner Zeit, vom nationalen und internationalen Geiste. Endlich wurde er wärmer: Der Huren-Patriotismus sei eine Speichelkette und eines deutschen Mannes unwürdig. Kaiser und Könige seien auch bloß Menschen; das wisse doch jedes Kind. Einige der Herren Patrioten machten schon recht lange Gesichter; einige anderen wurde der Kragen an eng. Aber es kam noch besser. Herr Sparwald sprach über Moabit. Rundschau ganz im patriotischen Sinne nach den Schädeln der bürgerlichen patriotischen Presse. Dann aber meinte er, es müsse noch mehr darunter kommen, damit die Leute endlich einmal einschauen lernen. Denn manche hätten nicht bloß ein Brett, sondern eine Pfeife vor dem Kopf. Die Kinder wären manchmal geschockt wie die Alten, denn jeder 14jährige Junge singt heute den Arbeitersong.

Die armen Patrioten schwiegen und wandten sich auf ihren Stühlen, als wenn sie heftiges Bauchgrauen hätten. Die meisten von ihnen gehörten zu denselben, die bei allen patriotischen Festen schon tagzuvor vor dem Spiegel stehen und prachtvolle Weste und Gürtel „auf den richtigen Sit“ probieren. Und nun mußte man sich sagen lassen, daß Hurrenpatriotismus Sp. . . . Aber nein. Das war ja geradezu nichtzuverdächtig. Da sollte man doch gleich . . . Ein Glöcklein läutete den Riedner, daß er Pastor a. D. war. Wer weiß, was sonst passiert wäre.

Nachdem man sich noch kurz über den Wert des Vaterländischen Bundes unterhalten hatte, zogen die Herrschaften von dannen, die meisten sollen recht pessimistisch gestimmt worden sein. Es gibt aber auch Leute, die gar nichts mehr lernen. Und einige der Kampfshähne sollen ganz grimmig gegrollt haben: Diesmal war es ja freilich noch nichts. Aber wartet nur, das nächste Mal!

Auf Hochwahld im 20. ländlichen Landtagswahlkreis.

Der freisinnige Arbeiterverein zu Leipzig hat zur Landtagswahl in dem durch den Tod des bisherigen Landtagsabgeordneten Dr. verwaisten Landtagswahlkreis Leipzig-Land eine Sitzung genommen und beschloßen, nur einen von den gesamten liberalen Parteien aufgestellten Kandidaten zu unterstützen, der jedoch ein Abhänger der Fortschrittslichen Volkspartei sein soll. Der in Aussicht genommene Kandidat, mit dem die Verbündeten zwar noch schwanken, dürfte aber auch bei den Nationalliberalen Einigegeworden sein.

Leider wurde aus „besonderen Gründen“ der Name des merkwürdigen Kandidaten verschwiegen, so daß man sich schon noch eine Weile gedulden muß, bis man den nach der Bekanntmachung recht interessanten „Außenwählten“ kennen lernt. Neben diesen werden die bestehenden Wünche des Ortschaftsverbandes der sozialen Freiheitlichen Arbeiters die Entschließung der Wähler im bürgerlichen reaktionären Lager nicht beeinflussen. Die Herren dürfen wohl bei der Wahl als Stimmblock für die bürgerlichen Standarten fungieren, sonst haben sie aber nix zu leggen.

Pausendorf. Aus dem Gemeinderate. In der letzten Sitzung verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Rate der Stadt Leipzig, der sich bereit erklärt, die Bestrebungen des Gemeinderates wegen der Verlängerung der Linie 4 der elektrischen Straßenbahn zu fördern. — Der Bebauungsplan A (am Rathaus) ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Gegen die Baugesuche des Herrn Wende sowie des Herrn Kießel wurden keine Einwendungen erhoben. — Das Wasserwerk ist vom Bezirksarzt revidiert worden; einige geringfügige Veränderungen stimmt man ohne weiteres zu. — Die Bützowische des Sächsischen Landesverbandes gegen den Missbrauch geistiger Getränke sowie des Sächsischen Landesverbandes Blaues Kreuz werden zur Kenntnis genommen. — Nach § 14 des Baugesetzes für den Bebauungsplan der Firma Lene u. Weise war bisher

die Errichtung gewerblicher Anlagen ungültig. Einem Gesuch um Aufhebung dieser Einschränkung wurde zugestimmt: Es können, wenn nachgeprüft wird, Ausnahmen gestattet werden. — Weiter beschloß der Gemeinderat, im Rathaus einen Tresorschrank mit über 100 Schließfächern, die an Interessenten vermietet werden, einzumauern zu lassen. — Die Eisenkonstruktionsarbeiten zum Rathausbau wurden an die Firma Karl Schiege-Pausendorf vergeben. — Wie wir bereits in der Sonnabendnummer berichtet, ist die Feststellung der Wahl des Genossen Schubert zum Gemeinderäte vom Amtshauptmann vertragt worden. Gewählt wurde Herr Albrecht mit 8 Stimmen, 7 Stimmen fielen auf Herrn Karl Hecht. — Gegen den in der letzten Sitzung von den Unionslistigen eingebrachten Antrag, eine Wirtschaftssteuer einzuführen, war vom Handelsverein ein Schreiben eingegangen. Es wurde darin gebeten, die Veratung und Verabschaffung über diesen Antrag zu verlagern bis die Reichsverfassungswahler ihre Erledigung im Reichstage gefunden hat. Lehrer Heine machte die Eingabe zur Selingen. Mit 11 gegen 4 Stimmen wurde im Sinne der Eingabe beschlossen. — Auf eine Anregung der Aufsichtsbehörde wurde mit 10 gegen 5 Stimmen beschlossen, beim Ministerium um Dispens von § 55,1 der Landgemeindeordnung nachzusuchen. Es handelt sich hierbei um das Ausscheiden aus dem Gemeinderat durch Veränderung in der Klassenzugehörigkeit.

Nämlich. In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Vorsitzende bekannt, daß er zu der am 1. Dezember stattfindenden Volkszählung der Olpe einiger freiwilliger Hälter benötigte. Zur Zählkommission wurden bestimmt die Herren Baumüller Döbler und Handelsberater Karl Schilde. — Die Meldungssprechung der Abrechnung über den Schleusenbau wurde bis zur nächsten Sitzung verlegt. — Die Amtshauptmannschaft hat wiederum über den Stand der Wasserversorgungsangelegenheit angesetzt. Es wurde beschlossen, die Wasserversorgung nunmehr einzuführen, vorausgesetzt, daß die Stadt Brandis die damals gestellten Bedingungen erfüllt. — Da das Stromnetz zur elektrischen Beleuchtung jetzt ausgesetzt wird, wurde beschlossen, auch die Straßenbeleuchtung einzuführen. Hierüber sollen erst Kostenabschläge eingefordert werden. — Beim der vorigen Wahl vollständig neuengangt worden ist, mußten die Auscheidenden ausgelost werden. Dieses Jahr scheiden aus Gutsbesitzer Paul Winkler und Handelsberater H. Kühn; 1912 scheiden aus Baumüller Robert Döbler und Handelsberater Karl Schilde; 1914 Gutsbesitzer Gustav Storl und Steinarbeiter Wilhelm König. Die Neuwahl soll an einem Sonntag im Dezember stattfinden. Das Ältere wird noch bekanntgegeben.

Leipzig. Ein schwerer Vauvaufall ereignete sich gestern an einem Villenneubau am Großzschorneweg. Dort waren Zimmerleute mit dem Aufbauen von Dachlatten beschäftigt. Dabei wurden die Zimmerer Albert Winkler aus Störmthal und Martin Brauer aus Auelshausen, die oben auf einer Weltkugel standen, über zehn Meter hoch herabgeschleudert. Brauer erhielt anscheinend nur leichte Verlebungen, während Winkler eine schwere Rückenverletzung davontrug und mit dem Krankenwagen in das Leipziger Krankenhaus geschafft werden mußte.

Wöhltz-Ehrenberg. Vauenossenschaft. In einer vor einigen Tagen im Saale des Restaurants von Kriegerherdt abgehaltenen Versammlung, in der der Vorsitzende des Leipzig-Mietvereins, A. Naumann referierte, wurde die Gründung einer Vauenossenschaft beschlossen. Die nötigen Vorbereitungen wurden einer fünzehngliedrigen Kommission übertragen.

Anautleeburg. Achtung, Gemeindewähler! Die Gemeinderatswahl für Anautleeburg findet am 11. Dezember 1910 im Gasthof zum weißen Storch statt, und zwar für die erste und zweite Klasse von 1 Uhr bis 4 Uhr, für die dritte Klasse von 4½ Uhr bis 4¾ Uhr. Die Wählerlisten liegen vom 20. November bis 7. Dezember auf dem Gemeindeamt und im Gasthof zum weißen Storch zur Einsicht aus. Pflicht eines jeden Wählers ist es, die Wählerlisten einzusehen oder, wenn die Zeit dazu fehlt, den Genossen Apelt damit zu beauftragen. Die Einspruchsfrist läuft am 30. November ab. Die Stimmenzählung erfolgt, soweit es der Raum gestattet, öffentlich.

Görlitz. Der Konsumverein für Eilenburg und Umgebung hat seinen Geschäftsbereich über das 18. Geschäftsjahr herausgegeben. An der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen und der Genossenschaft im besonderen hat sich seit Jahresfrist, so führt der Vorstand in seinem Bericht aus, nicht viel geändert. Die Wirtschaftskrise ist gewichen, aber nur langsam erholt sich die Kaufkraft der davon Betroffenen. Ein Wehrumlauf von ungefähr 20 000 M. ist erreicht. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des Geschäftsjahrs 2010 (1890). Der Gesamtumsatz beträgt 888.62 M. gegen 849.702.57 M. im Vorjahr, es wurden also mehr umgesetzt 25.021.05 M. Auf den Umsatz bei den Fleischarmen entfallen 20.546 M., so daß der Umsatz im eigenen Geschäft die Höhe von 842.887.03 M. erreichte. Die Haushalte aller Mitglieder beziffern sich auf 80 000 (50 400) M. Die Mitgliederanteile haben eine Höhe von 40.750.22 (40.881.72) M. erreicht. — Sterbenunterstützung gewährte die Genossenschaft in 70 Fällen, die einen Betrag von insgesamt 1180 M. ausmacht. — Die Sparkasse, von deren Gläubigern fünf Scheckkästen sofort verfügbar bei der Großraumgenossenschaft in Hamburg angelegt sind, hat folgende Bewegung aufzuweisen: Am 30. September 1909 hatte sie einen Bestand von 17.882.44 M., den am Einschlußtag und am 1. November 1910 auf 20.000 M. angestiegen. Ein Wehrumlauf von ungefähr 1125.11 M. geleistet. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Bestand an Einlagen von 20.101.29 M. ab. — Nach der Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich der Reinewert nach den erforderlichen Abreibungen auf 48.800.74 M., der mit 10 Prozent Dividende = 48.845.27 M. ein Projekt Altersverlösung = 228.20 M., Überweisung zum Dispositionsfonds = 10.60.08 M. und Gratifikation an die Verwaltung mit 2000 M. verteilt wird.

Geschäftsschluß der Barbiere an den weiteren Feiertagen. Nach einem Referat des Kollegen Steinmüller aus Leipzig, der über: Der Verband der Freizeitgesellschaften im Kampf zur Verstärkung der Arbeitszeit sprach, schlossen sich sämtliche hier beschäftigten Gehilfen in den Verbänden an. Der Vertreter vom Kartell sprach den Gehilfen die Unterstützung der Arbeiterschaft zu. Da in Eilenburg noch fast die längste Arbeitszeit im Friseurgewerbe vorhanden ist, beschlossen die Gehilfen, sofort eine Verstärkung anstreben, und zwar soll versucht werden, den Geschäftsschluß an den 2. Feiertagen durchzuführen.

Modlitz. Berichtigung. In einer Notiz in der Nummer vom 9. November unter der Spalte: Wen die Gnadenonne beschreibt, war u. a. gesagt, daß der Gemeindewähler Hößler mit Gründen zum Sandraum gezogen sei, wo beide gemeinschaftlich um Gnade flehten. Herr Hößler teilt uns in einer Zuschrift mit, daß diese Behauptung unwahr sei. Wir erwarten, daß sich unser Verfassungsrichter noch zu der Sache äußert.

kufeka Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhoe, Kindermährung, Krankheit Darmkatarrh, etc.

Verein Leipzig für Verbesserung der Frauenkleidung

Ausstellung

verbesserter und künstlerischer Kleidung, verbunden mit Vorträgen, im Saale der Alten Börse am Naschmarkt.

Geöffnet: Sonnabend, den 19. November, vormittags 9 bis abends 8 Uhr
Sonntag, " 20. " 11 " 6 "
Montag, " 21. " 9 " 8 "

VORTRÄGE finden statt: Sonnabend, 1/2 6 Uhr, und Montag, 1/2 12 Uhr.

Eintrittspreis: 30 Pfg. — Sonntags von 2 bis 6 Uhr frei.

[21576]

Felsenkeller

Heute Grosser Elite-Gala-Abend des Bunten Theaters.

Hierauf: Vornehmste Ballmusik des Westens.

Anfang 8 Uhr. — Felsenkeller-Karten gültig. — Eintritt 30 Pfg. [21582]

Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag, den 17. November: 807. Abonnement-Vorstellung (3. Serie, weiß).

Ließland.

Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Akten nach H. Gutmera vom Stud. Lothar.

Musik von Eugen d'Albert.

(Ohne Ouvertüre.)

Regie: Regisseur Marion. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Vorst.

Pedro, ein Hirte Dr. Ulrich [meiner] Grubelberger Dr. Lippert

Moreuccio, Mähd. Dr. Staudenb. Tommaso, d. Meister Dr. Diabol

Frederick Maria Dr. Marx der Gemeinde Der Warter

Eva Dr. Barthol. Das Stück spielt auf einer Hoch-

Antonia Dr. Schädiger alpe des Phrenden, teils im spanischen

Natalia Dr. Gladberger Land von Catalonien, am Fuße

Kurt Dr. Nodinger der Phrenden.

Mando, ein Hirte Dr. Schönbecker

Baude nach dem 1. Akt.

Eintritt 4,50 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Opern-Brettle.

Spielplan: Freitag: Die Frau vom Meer. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag, den 17. November, abends 1/2 9 Uhr:

Der Graf von Burgemburg.

Operette in 3 Akten von H. W. Wölker und Robert Bodanzky.

Musik von Heinz Lehár.

Regie: Oberregisseur Karl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Kühnlein.

Renee, Graf von Burgemburg Dr. Heine Anatol Souville Dr. Cornel

Fürst Ball Hollermann Dr. Haas Henry Boulangier Dr. Leymann

Grafina Salafotosek Dr. Duke Charles Lavigne Dr. Schröder

Hermann Briffard, Maler Dr. Claus Robert Marchand Dr. Steffens

Engelie Dibier, Sängerin Dr. Mauth

Oper in Paris Dr. Bischur Karoline Modeste Dr. Weißbach

Julieta Verment Dr. Reich-Groh. Dr. Henning

Sergej Menschikof. Müller Dr. Henning

Natascha Dr. Pöhl Dr. Henning

Wolvel v. Pavlovitsch, russisch. Welschhofstorf Dr. Hermann Dr. Henning

Belogrin, Municipalbeamter Dr. Wedlich

Der 1. Akt spielt im Atelier des Malers Triffard, 2. Akt im Palais der

Sängerin Dibier, 3. Akt im Vestibül des Pariser Grand-Hotel.

Ort der Handlung: Paris. — Zeit: Gegenwart.

Tänze arrangiert vom Oberregisseur Karl.

Baude nach dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 7 Uhr. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gewöhnliche Brettle.

Spielplan: Freitag: Algeanerlebe. Anfang 1/2 8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Gobbinstraße 12.

Donnerstag, den 17. November, abends 7, 11 Uhr:

Vorstellung an beiden Brettern.

Tänze.

Schauspiel in 4 Akten von Melchior Lenghel.

In Scena gelegt von Director Anton Hartmann.

Dr. Alphonse Tolerano Karl Ostwaldt Frau Dr. Dupont E. Winterberg

Tomu Yoshitaka Hans Leibell Charles Bernard

Yoshio Nobukoshi Dr. Wilhemain Brünsky, Schriftsteller Dr. Wolfram

Yone Ostromari Otto Groß Georges Pontac, Diener

Dr. Shibusawa Omari Dr. Schäfer der Tolerano R. Beittermann

Yoshi Potomo Hans Kreissl Alfred Wöbel

Dr. Agnes Amaranu Karl Wolfram Stadtbaudirekt. Ernst Bornstädt

Asafai Mikasa Franca v. Helmolt Willi Braune

Holme Haroche Lore Dusch Herm. Groher

Udoche Meunier Lore Mayo Ein Geflügeltes

Dr. Theodore Dupont, Professor Heinrich Walpus

Das Stück spielt im heutigen Paris.

Längere Baude nach dem 2. Akt.

Anfang 7, 11 Uhr. Ende 10 Uhr.

Gewöhnliche Brettle.

Spielplan: Freitag: Simfon und Della. Anfang 7, 11 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Neutral-Theater.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 Uhr:

Lord Piccolo.

Operette in 3 Akten von Rudolph Schäfer und Karl Lindau.

Musik von Heinrich Berdnik.

Der 1. Akt: In Paris im Hof Cabarin. Der 2. Akt: Im Schottland auf dem

Gut Goederdein. Der 3. Akt: In einem Pariser Hotel. — Zeit: Gegenwart.

Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10, 11 Uhr.

Gewöhnliche Brettle.

Spielplan: Freitag: Lord Piccolo. Anfang 8 Uhr.

Battenberg.

Boller Broth.

Kunstradfahrer in höchster Vollendung.

Willi Manns

mit seinen dressierten Elefanten.

Willi Agoston

in seinem Musikalakt.

7 Perezoff

Eine Soirée bei Madam Maxim.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8 1/2 Uhr: Schützenfest. Pesse mit Gesang in 4 Akten

von Leon Trepow. Musik von 6. Stellen.

Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: Der Dornenweg. Schauspiel in 3 Akten von Philippo

Verkauf numerierter Billets bei Frau Stöck, Markt 16 und Paul Pfügner, neben Battenberg.

...

Liebmans Restaurant u. Frühstücksstube

20 Gerichtsweg 20.

Inhaber: Max Kluge

Treffpunkt aller Landsleute von Düben, Ellenburg, Pretzsch, Torgau

u. Umg. 2 Min. v. Eisenburger Bahnhof. — Börsig'sche Biere.

H. Hof-Bräu, Bamberg, 1/2 20 Pfg. — Kräf. Mittagsbistro.

Gutes Billard. Sonnabends: Schweinstochken. Achtungsvoll D. O.

Köstlicher Geschmack u. feinstes Butteraroma

zeichnen die allerorts beliebte und gern gekaufte Pflanzenbutter-Margarine

Bonella

als anerkannt besten Butter-Ersatz aus.

Bonella wird aus dem reinen Pflanzenfett der Kokosnuss unter Zusatz von Sahne und Eigelb hergestellt. Bonella stellt das Feinste dar, was in diesem Produkt in den Handel gebracht wird. Bonella kommt in jeder Verwendungsart bester Naturbutter gleich.

Alleinige Fabrikanten:

Wahnschaffe, Müller & Co., G.m.b.H., Cleve a. Niederrh.

Filiale: Leipzig, Eutritzscher Str. 20. Teleph. 2952 und 1510.

Arbeiter-Frauen!

Bezieht Euch bei Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung.

Krystall-Palast-Theater

Gänzlich neuer Spielplan.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 4,50.

Talquelle, Talstrasse 18.

Freundliches Arbeiter-Verkehrslokal. — Täglich Unterhaltungsmusik. — Speisen und Getränke in bekannter Güte. Freundlichkeit lädt ein [17207*] H. Neßlmann.

Kohlgarten

Weidmannstrasse 14

2050* Fernspr. 11012.

Empfiehlt meine freundlichen Volksläden mit Gesellschafts-Zimmer, Garten u. Regelbahngesetzgebung. Biere, Altkerzen, no. Gebräu Paul Soyerth.

Formerheim, Restaurant, Lindenau, Kanziestr. 46.

Empfiehlt mein freundl. Lokal zur ges. Benutzung. Speisen und Getränke hochfein. — Freitag und Sonnabend Schweinsköchen. — Sonnabend von 10 Uhr abends an Speckküchen. Hochachtungsvoll Oskar Schmidt.

Das Urteil ist gefällt!



und lautet dahin, daß nur die

Firma Carl Gentner in Göppingen

berechtigt ist, das wegen seiner

reizenden Geschenkkästen so beliebte Vollchampignonpulver

Goldperle

herzustellen. Nur echt mit dem

Namen „Goldperle“ und Schutz-

marke Kamtscher.

Alljähriger Fabrikant:

Carl Gentner, Göppingen.

Fritz Grundmann

Fleischmeister, L.-Kleinsohner, Diesau u. Antoniustr. etc.

[8818]

Pa. Fleisch- und Wurstwaren

Auf schnitt, russischen Salat sowie geschmackvoll garnierte Platten für Festlichkeiten jeder Art.

Gutgepflegte Rot- u. Weissweine

in grosser Auswahl,

Medizinal-Weine

Alten Malaga

empfiehlt die Anger-Drogerie

Zweinadzester Straße 6. [*]

Leipziger Buchdruckerei A.G.

Abteilung Buchhandlung

Tauchaer Strasse 19/21.

Wir empfehlen

Protokolle:

Landeskongress für Sachsen 1910

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. November.

Geschichtsalender. 17. November 1807: Schweizerbund auf dem Hütt. 1824: Der Mysterie und Theosoph Jakob Böhme in Görlitz gestorben (* 1575). 1747: Der französische Dichter Jean René Lefèvre in Boulogne-sur-Mer gestorben (* 1688). 1778: Der Geschichtsschreiber Friedrich Christoph Schlosser in Jever geboren (* 1861). 1881: Botschaft Wilhelms I. wegen Versicherung der Arbeiter.

Sonnenaufgang: 7,26, Sonnenuntergang: 4,3. Monduntergang: 7,54 vorm., Mondaufgang: 4,18 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. November. Südwestwind, heiter, kalt, vorwiegend trocken.

Die nimmersatten Stellenvermittler.

Das neue Stellenvermittlergesetz, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, bedeutet — wie wir in verschiedenen Artikeln nachgewiesen haben — nur einen ganz geringen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen. Aber dessenungeachtet gehen die Bestimmungen des Gesetzes den Stellenvermittlern noch viel zu weit. Nachdem der Rat durch Bekanntmachung vom 18. Oktober, nach Anhörung der Beteiligten, die Höchstgebühren für vermittelte Stellen festgesetzt hat, gebärden sich die Stellenvermittler wie toll und richten eine Eingabe nach der andern an den Rat, um ihn zur Änderung der Gebühren zu veranlassen. In der neuesten Eingabe „steht sich der Verein der Leipziger Stellenvermittler“ veranlaßt, gegen den Gehöhrrentarif Prototyp einzulegen, und zwar richtet sich dieselbe 1. gegen das Verfahren bei der Anhörung, 2. gegen die Höhe der vom Rat festgesetzten Gebühren“. Die Begründung, die die Stellenvermittler ihrem Protest beigegeben, zeigt so recht, wie wohl sich diese Paräsatzen am Wirtschaftsleibper bisher ohne gesetzliche Bestimmungen befunden haben. Die vom Rat festgesetzten Gebühren sollen „zum Teil oder überhaupt zu niedrig angesehen“ sein. Daher fordern sie erneut die Annahme der von ihnen vorgeschlagenen Tagen. Diese sind aber fast durchweg um 100, ja 125 Prozent höher als die vom Rat festgesetzten Gebühren. So z. B. ist in der Bekanntmachung des Rates enthalten, daß für die Vermittlung von Verwaltungs- und Aufsichtspersonal die Höchsttaxe 10 M. betrugen soll, die Stellenvermittler verlangen ganz ungentert 20 Mark; für Aufsichtspersonal im Gaft- und Handelswirtschaftsgewerbe soll die Höchsttaxe 8 M. betragen, die Stellenvermittler dagegen fordern 20 M. Und diese Beispiele von unverschämtem Ausbeutungshunger ließen sich vielfach vermehren. Dabei sind die Stellenvermittler dreist genug, die Heraufsetzung der Gebühren „im Interesse der schwachen und unbemittelten Stellungsfuchenden“ zu verlangen. Sie wollen sich nämlich die Möglichkeit vorbehalten, auch unter der Taxe arbeiten zu können, bei einer zu niedrigen Taxe sei das aber unmöglich. An einer andern Stelle der Eingabe sind sie freischärflicher, da heißt es, daß eine zu niedrige Taxe den Ruhm der Stellenvermittler bedeute, daß die von ihnen eingerichtete Taxe die äußerste Grenze ihrer Existenzmöglichkeit darstelle usw. Da ist von einer Rücknahmehandlung auf die Stellungsfuchenden nicht mehr die Rede, sondern hier kommt nur noch das Interesse für ihren Geldbeutel in Frage, wie auch der Schlussatz der Eingabe treffend beweist. Dieser lautet nämlich: „Die Stadtbehörden werden nicht wollen, daß viele Familienväter mit ihren Angehörigen und viele Witfrauen, die ehrlich und unbescholten ihren Lebensunterhalt verdient haben, in Not und Armut geraten und zuletzt der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen. Dieses will auch der Gesetzgeber nicht!“ Das wollten die Gesetzgeber allerdings nicht. Aber die ehrhaftesten Auswüchse, die das Stellenvermittlergewerbe gezeigt hatte, sollen beseitigt werden. Und zu diesem Ziele ist das neue Gesetz nur erst ein ganz schwacher Versuch. Man darf hoffen, daß die neueste Eingabe der Stellenvermittler das Schicksal findet, das sie verdient — Nichtberücksichtigung.

Die Verdächtigungen der Leipziger Ortskrankenkasse, die seinerzeit mit Hilfe von Beamten der Kasse durch die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Leipziger Abendzeitung und die Bittauer Morgenzeitung betrieben wurden, führten tatsächlich zu einer Bekleidungsklage des Vorständen der Kasse, Pollender, gegen die Redakteure der genannten Blätter, da der Kassenvorstand selbstverständlich in den Presseäußerungen der genannten Blätter eine systematische Agitation gegen das Selbstverwaltungtrecht der Ortskrankenkassen erblieb.

Die Redakteure Dr. Grautoff von den Leipziger Neuesten Nachrichten und Steinsdorf von der Bittauer Morgenzeitung wurden denn auch in erster Instanz wegen Bekleidung zu 30 resp. 10 M. Geldstrafe verurteilt, während Redakteur Nobolski von der Leipziger Abendzeitung freigesprochen wurde.

Der Kassenvorstand Pollender, und nach ihm auch die Verurteilten, legten Berufung gegen das Urteil ein. Am Donnerstag den 10. November stand die Berufungsverhandlung vor der fünfsten Strafammer an. Redakteur Nobolski war inzwischen bekanntlich durch Abgabe einer Erklärung aus der Verhandlung ausgeschieden. Vor dem Eintritt in die Verhandlung regte der Geschäftshof, wie üblich, einen Vergleich an. Der Kassenvorstand erklärte, daß in der bürgerlichen Presse fortwährend von Missständen in den Ortskrankenkassen erzählt werde, um die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zu vernichten und dem Gesetzgeber dazu die Handhaben zu liefern. Er könne deshalb nur unter der Voraussetzung auf einen Vergleich eingehen, daß von der Gegenseite eine vollständig befriedigende Erklärung abgegeben werde. Der Kassenvorstand habe das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

Gern Dr. Grautoff wurde hierauf vom Geschäftshof bedeckt, daß er erklären könne und dazu als ehrlicher Mann auch verpflichtet sei, daß er seine Behauptungen nicht in allen Punkten aufrecht erhalten könne. Dr. Grautoff erklärte jedoch zunächst, daß er, wenn er eine solche Erklärung abgebe, nicht Lust habe, sich von der Leipziger Volkszeitung

zu trennen zu lassen. Schließlich aber ließ Dr. Grautoff auf eindringliches Burendurch den Geschäftshof sich doch herbei, in eine Erklärung zu willigen, die diesen Wortlaut enthält:

Dr. Grautoff erklärt, daß er bei der Abfassung der Artikel vom 5. und 10. Juli 1910 der Überzeugung gewesen sei, daß die darin enthaltenen Vorwürfe sämtlich begründet seien, daß er aber durch die erhobenen Beweise sich überzeugt habe, daß nicht in allen Punkten sich die gerügten Missstände haben nachweisen lassen. Der Privatkläger verzweigt sich dagegen, daß die gerügten Zustände als Missstände anzusehen seien, und erklärt, daß er sich vielmehr stets bemüht habe, in Gemeinschaft mit den übrigen Kassenmitgliedern die Kasse nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu verwirken.

Redakteur Steinsdorf aus Bittau, der sich darüber beklagte, daß ihn die mehrfachen Reisekosten teurer zu stehen kämen, als eine Strafe, schloß sich dem Sinne nach dieser Erklärung an. Vorsitzender Pollender jedoch gab bekannt, daß ihm wie auch einigen im Gerichtssaal anwesenden Vorstandsmitgliedern die Erklärung nicht genüge. Er behalte sich bis zum 17. November einen Widerruf des Vergleichs vor, wenn der Gesamt-Kassenvorstand dem Vergleich nicht zustimmen sollte.

Wie wir erfahren, hat sich jedoch die Mehrheit des Kassenvorstandes mit dem Vergleich einverstanden erklärt, so daß damit das gerichtliche Verfahren sein Ende erreicht hat.

Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend auf die Zeit vom 1. Januar bis mit 31. Oktober 1910.

Die Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse betrug bei Beginn des Jahres 171074, am 31. Oktober einschließlich 18108 freilwilliger Mitglieder 180705 und zwar 18064 männliche und 59431 weibliche Mitglieder, demnach 17821 Mitglieder mehr als zu Anfang des Jahres. Der höchste Mitgliedsstand entfällt auf den 30. September ex. mit 190321 Mitgliedern. Es gingen bis mit Ende Oktober für die Kranken- und Invalidenversicherung im ganzen ein: 530006 Meldungen, und zwar 278703 An- und 252202 Abmeldungen. Im Durchschnitt entfallen auf den Arbeitstag ca. 2124 Meldungen; der stärkste Meldetag war der 18. April mit 5500 Meldungen, der schwächste Meldetag der 29. Januar mit 917 Meldungen. Die Zahl der von der Krankenversicherung zu versorgenden Personen betrug insgesamt 1039, mitin ca. der 170. Teil der Anmeldungen.

Neben der Hauptmeldestelle bestehen im Bezirk der Stadt Leipzig 22 und auf dem Lande 19 Zweigmeldestellen, zusammen 51 Meldestellen. Der Personalkarten-Katalog, an Stelle des Mitgliederverzeichnisses eingeführt,zählte am 31. Oktober 2104078 Karten. Kranken-Personal-Karten, an Stelle des Kantenbuches eingeführt, sind 588232 angelegt. Mitgliedsbücher wurden 40822 ausgefertigt und an die Unternehmer abgesendet. Wegen unvollständig eingerichteter Meldungen etc. machten sich 5207 Anfragen notwendig. Die Zahl der laufenden Unternehmen: Konten betrug am 31. Oktober 20804 Stück; das stärkste mit 2182 Mitgliedern. Außer dem Konto, welches bei der Verwaltung bleibt, besteht noch ein für den Unternehmer bestimmtes Duplikat. 15800 Konten sind in Kartensformat, 11094 übennmäßig angelegt. Beitragsposten wurden in den 10 Monaten 754874 bearbeitet, und zwar 8755198 für die Kranken- und 8700476 für die Invalidenversicherung bei 15 verschiedenen Beitragklassen und unter Berücksichtigung des fortwährenden Zu- und Abgangs. Von diesen 15 Beitragklassen entfallen 10 auf die Kranken- und 5 auf die Invalidenversicherung.

Das Löschchen der Beiträge auf den Unternehmerkonten ausschließlich der Duplikat-Konten der Unternehmer erfolgte in 161484 und auf denjenigen der freiwilligen Mitglieder in 122180, zusammen in 278028 Fällen. Auf entsprechenden Antrag waren bei 50781 Mitgliedern und sonstigen Versicherten Klasseverleihungen für beide Versicherungen vorzunehmen, während infolge erfüllt wurden 14. bzw. 16. Lebensjahres und auf Grund der seitens des Bureaus angestellten Erörterungen 8806 Versegungen in höhere Klassen eintraten, und zwar 8148 für die Kranken- und 5000 für die Invalidenversicherung. Die Zahl der schriftlichen Eingänge betrug 170044 — für den Werktag 674. Krankheitsfälle, mit Erwerbsunfähigkeit verbunden, lamen 5817, und zwar 37725 männliche und 18502 weibliche, sowie 2504 Wöchnerinnen zur Anmeldung. Der Krankenbestand betrug Ende Oktober 2,87 Prozent, geringster Prozentsatz am 1. Oktober 2,80 Prozent, höchster Prozentsatz am 29. Januar 3,10 Prozent. Sterbegeld wurde gewährt bis Ende Oktober für 1004 Mitglieder — 821 männliche und 273 weibliche — 275 Ehesfrauen und 2009 Kinder. Am Heilmittel wurden bis Ende Oktober bewilligt: 1018 Brillen, 2407 Bruchbänder, 52 Inhalationsapparate, 478 Gummis und sonstige Binden, 205 Gummidruckpfe und Stoffen, 125 Nasendüschen, 18 Eisbeutel, 1175 Einlegesohlen, 70 Fingerlinge, 60 Knöchelstücke, 24 Spritzen, 12 Zerknäbler, 688 Spülkannen, 25418 Bäder der verschiedenen Art, 103 Fläschchen Wein, 51 Fläschchen Mineralwasser, 40427 Liter Milch und 784 verschiedene andere Heilmittel. Aufnahme in Krankenanstalten erhielten an Kosten der Kasse 7188 Mitglieder, mitin ungefähr der 8. Teil der sämtlichen erwerbsfähig Erkrankten.

In den 51 Tafelzählstellen haben in der Berichtszeit im ganzen 193004 Personen an den Sonnabenden Krankengeld erhoben, und zwar in L.-Neudorf 81988, L.-Neustadt 29111, L.-Plagwitz 21068, L.-Lindenau 27889, L.-Gohlis 21810, L.-Cronenwitz 14052, im Volkshaus 23855, und in der im Kassengrundstück errichteten Nebenstelle 24425 Personen. Besuch der Krankenbesucher waren Ende Oktober 18 tätig. Dieselben machten 185001 Besuche im Bezirk der Stadt und weiteren 881 Ortschaften in der Umgegend. Die z. B. in 31 Kontrollbezirken tätigen 308 freiwilligen Krankenbesucher haben nach den vorliegenden Angaben bis zum 31. Oktober 1. J. 188888 Besuche abgestattet. Von den Beauftragten wurden 9407 Mitglieder einer Nachuntersuchung unterzogen, hiervon betrafen 4015 Untersuchungen die Aufnahme in den Heilstätten und die Gewährung von Landaufenthalt. Ferner wurden 1450 Personen untersucht, die Aufnahme als freiwillige Mitglieder begehrten.

Wegen Zuwidderhandlung gegen das Statut, insbesondere wegen Überschreitung der Gütekategorie, Wiederanträge der Arbeit ohne vorherige Gesundheitsmeldung usw. wurden 7028 Angelegen erstatzt. In 5062 Fällen wurden Geldstrafen verhängt. Entlastungen der Mitgliedschaft gingen bis 30. September 487 ein, gegen 254 im Jahre 1909.

In den Genesungsheimen Augustusbad, Börstel und Gleesberg, sowie dem Scholungshaus Naunhof fanden insgesamt 2270 Kassenmitglieder

Aufnahme, und zwar:

in Augustusbad 1117 (677 Männer, 440 Frauen)

in Börstel 351 Frauen,

in Gleesberg 459 Frauen, darunter 26 aus dem Jahre 1909

in Naunhof 348 Männer, " 18 " " 1909

2270 Mitglieder.

Gerner fanden noch Aufnahme in der Dr. Hebstreit gehörigen Heilstätte in Oberholz 108 weibliche Kassenmitglieder.

Nach der Ausführungsverordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 2. Mai 1909 und 30. November 1909 ist die Kasse gemäß § 148 des Invalidenversicherungsgesetzes

gleich Organ der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen und hat als solches die Ausstellung von und den Umtausch

der Quittungskarten, die Einziehung der Beiträge für die Versicherten, den Ankauf, das Einkleben und das Entfernen der Beitragsmarken zu besorgen.

Der Bestand der Quittungskarten für die Invalidenversicherung betrug am 31. Oktober 188170 Stück.

Beitragsmarken kamen zur Verwendung in Lohnklasse I für 12004 Beitragswochen = 0,82 %, in Lohnklasse II für 715325 Beitragswochen = 17,71 %, in Lohnklasse III für 745828 Beitragswochen = 18,40 %, in Lohnklasse IV für 506520 Beitragswochen = 14,77 %, und in Lohnklasse V für 1067034 Beitragswochen = 48,74 %. Der Gesamtwert dieser für 4038020 Beitragswochen verwendeten Marken beläuft sich auf 1211105 M.

und 22 Pf.

Nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes wurden im laufenden Jahre insgesamt 1855 Anträge (1288 von männlichen, 589 von weiblichen Personen) auf Übernahme des Heilverschaffens für erkrankte Versicherte beim Vorstande der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen gestellt. Davon fanden 689 (1024 für männliche, 245 für weibliche Personen) Versicherung, während 685 (492 für männliche, 283 für weibliche Personen) ohne Erfolg blieben. In 98 Fällen erledigte sich der Antrag teils durch eingetretene Genesung, Wiederaufnahme der Arbeit und Wegzug von Leipzig, teils aber dadurch, daß Patienten ihre Anträge wegen Familienvorhängen etc. selbst zurückzogen. 283 Anträge von 189 männlichen und 84 weiblichen Personen schweben zurzeit noch. Von den 689 Patienten, deren Gesuche Erfolg hatten, wurden in der Heilstätte Schönbald bei Neustadt 184 (männliche), in Börstendorf 51 (22 männliche, 29 weibliche), in Alberndorf 20 (männliche), in Heidsberg 38 (weibliche), in Carolagrün 38 (weibliche), in der Lungenheilstätte Römhild 10 (weibliche), in der Leipziger Heilstätte bei Adorf 103 (männliche), im Genesungsheim Gottselius 67 (66 männliche, 1 weibliche), in Augustusbad 59 (33 männliche, 26 weibliche) und in sonstigen Heilstätten 110 (75 männliche und 44 weibliche) Personen verpflegt. In 100 Fällen (141 männliche, 58 weibliche) wurden Geldbezüge zur Bezahlung von Jahnschätzchen, Stichkorsets etc. verwilligt.

Konservatives Denunziantentum treibt im Vaterland der konserватiven Zeitschrift, edle Blüten. In einem Artikel dieses Wahrheitspapiers wird behauptet, die Lehrer hätten den Reformvorschlägen des Genossen Holzmeyer in den beiden Volksversammlungen zugestimmt. Der Artikel schließt mit der Denunziation:

Den Annäherungsversuchen, die zwischen einzelnen radikalen Lehrern und der Sozialdemokratie stattfinden, sollte im Interesse der Staatsautorität ein für alle mal ein Auge vorgeschoben werden.

Die Denunziation ist um so gemeiner, als der Schmierfinst aus dem Versammlungsbericht der Volkszeitung hätte erscheinen können, daß die Lehrer, die sich an der Debatte beteiligt haben, sich für die Beibehaltung des Religionsunterrichts ausgesprochen haben, und zwar im Sinne der Zwicker Thesen. Gerade wegen ihrer rückständigen Auffassung wurden die Herren Lehrer in den Versammlungen angegriffen, was doch nicht geschehen wäre, wenn sie sich mit den sozialdemokratischen Reformvorschlägen einverstanden erklärt, oder sich auch nur freundlich zu ihnen gestellt hätten. An dieer schäbigen Denunziation können die Lehrer zugleich sehen, wie schwer sie sich an sich selbst versündigen, wenn sie den Konservativen direkt oder indirekt politische Unterstützung gewähren.

Der Vorstand der Baugenossenschaft des Leipziger Mietervereins, C. G. m. b. H., sendet uns folgende Berichtigung: 1. Der frühere Hausmann der Kleinschönerchen Grundstücke, vor dem übrigend schon der Vorbesitzer gewarnt hatte, wurde nicht wegen der Unterierung abgesetzt, sondern aus andern Gründen. 2. Es ist unwahr, daß die Unterierung verboten ist; im Gegenteil heißt es in den Mietverträgen § 7: „Unterierung ist, Altervermietung nicht gestattet.“ Der Mieter darf jedoch höchstens an zwei Personen gleichen Geschlechts und höchstens einen Raum weiter vermieten. 3. Es ist unwahr, daß der Hausmann die Wäscheleine weggeschnitten hat; im Gegenteil wurden sogar einem Mieter, der zum Vorstande hielt, die Leinen auf dem Trockenboden von einem andern Mieter zerschnitten. 4. Die Ausführungen wegen der Mietzinszahlung zeigen deutlich, wie dem unentbehrlich und ehrenamtlich arbeitenden Vorstand die Geschäftsführung erschwert wurde, da einzelne Mieter trotz besserer Wissens in schikanöser Weise die Miete bald bei dieser, bald bei jener Zahlstelle zahlten, so daß der Vorstand nicht wußte, ob die Miete überhaupt bezahlt war. So erklärten sich auch die Mahnungen durch den Rechtsanwalt. 5. Es ist unwahr, daß die Mieter nicht hätten erfahren können, inwiefern sie gegen die Haushaltung verstoßen hätten. Im Gegenteil sind sie höchstens schriftlich hierauf aufmerksam gemacht worden. 6. Die zum Vorstande haltende Gruppe von Mietern, die die Mehrheit darstellt, sind sämtlich Mitglieder des Konsumvereins, Jahre lange Abonnenten der Volkszeitung und größtenteils organisierte Arbeiter. Zum Schluss mag noch hervorgehoben werden, daß der Vorstand auf eine weitere Diskussion in dieser Angelegenheit nicht eingehen wird. Erstens besteht der Streit für die Allgemeinheit viel zu bedeutungslos sein. Außerdem ist aber die Zahl der mit den Anordnungen des Vorstandes unzufriedenen Mieter ganz geringfügig im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder, und es lassen sich daher aus jenen Streitigkeiten irgendwelche Folgerungen zuungunsten der Genossenschaft, wie dies beabsichtigt wird, auch schon deswegen nicht herleiten, weil es in jeder Organisation unzufriedene Elemente gibt. Damit schließen wir die Diskussion über diese Angelegenheit.

Von der Bahn. Der Sonnabends nachmittags 5,5 Uhr auf dem Dresdner Bahnhof abgehende, nicht fahrplanmäßige Vorortzug nach Grimma, verkehrt auch an den Vorabenden vor Feiertagen. Hoffentlich bleibt diese Einrichtung ständig. Um den Montags früh 6,30 Uhr in Leipzig eintreffenden Arbeiterrug von Riesa, der meist mit Verspätung hier eintrifft, zu entlasten, hat die Bahnverwaltung in Würzen von Montag an einen sogenannten Vorläufer eingelegt, der nunmehr den Verkehr besser regelt. Zu wünschen wäre nur, daß dieser Vorläufer auch an den anderen Wochentagen verkehrt, wodurch einem wirklichen Bedürfnis abgeholfen würde, da die Zugverspätungen bei dem Riesa Zug sich zu einem chronischen Lebel herangebildet haben, wodurch viele Arbeiter in ihrem Arbeitsverhältnis geschädigt wurden.

Strafzug. Morgen früh um sechs Uhr wird Karl Koppius, das einträgliche Sensationsobjekt der bürgerlichen Presse in den letzten Monaten, vom Schriftschriftenbrand geköpft werden.

Einen Selbstmordversuch mache in der Nacht zum Mittwoch in der Mariannenstraße ein 42 Jahre alter Arbeiter, indem er sich mit einem

Rauchwarendiebstahl. Am 15. November, abends in der Zeit von 7 bis 10 Uhr, ist aus dem Wagen einer Rauchwarenläden auf der Fahrt vom Brühl nach Böddorf ein Korb mit 200 bis 220 Stück silbernen Schmuckstücken im Wert von 10 000 Mark gestohlen worden. Die Helle sind M II gezeichnet.

Diebstähle. Mit Hilfe von Nachschlüsseln entwendeten Diebe aus einem Laden in Lennewitz 100 M. und aus einer Wohnung der Zweinaudorfer Straße 70 M., eine goldene Damenuhr, einen goldenen Damerring mit einem grünen und zwei roten Steinen, einen goldenen Ring mit einem Opal, eine lange goldene Damenuhrkette, eine goldene breitgliedrige Herrenuhrkette mit Medallion, eine goldene Brosche in Herzform und eine Perlmuttbrotsche; aus einem Fleischwarenladen in der Gemeindestraße sind auf dieselbe Weise Fleischwaren gestohlen worden.

In einem Geschäft im Brühle wurde einer Dame ein wildlederner Geldbeutel mit einem größeren Geldbetrag aus der Tasche gestohlen. Es wurden auch noch mehrere andere Taschediebstähle gemeldet. Bei einem solchen erbeutete ein Spitzbube ein Portemonnaie mit 310 M.

Fahrräder der Marken Westfalenrad und Tellrad sind in der Grimmaischen Straße und in der Reichsstraße gestohlen worden.

Berbstungen. Beim Stehlen ergriffen wurde in Lennewitz ein 14-jähriger Flirvorzeigling aus Altenburg, der kürzlich einem Transporteur, der ihn in die Besserungsanstalt zurückbringen sollte, entwichen war.

Ein 20-jähriger galizischer Arbeiter wurde festgenommen, weil er verdächtig ist, einkassierte Gelder in Höhe von 100 Mark unterschlagen zu haben.

Weiter wurde wegen der Unterschlagung von Geschäftsgeldern ein in einem Geschäft des Nordviertels tätig gewesener 17-jähriger Markthelfer festgenommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Sozialpolitik der Schärmacher.

Wir haben kürzlich in einer Besprechung der ersten beiden Bände des Buches von Dr. Alexander Tille: Die Berufspolitik des Gewerbe- und Handelstandes, auf die wahrhafte Delirien dieses Schärmachers földings hingewiesen. Es kann da wohl niemand wundernehmen, wenn er im dritten Band in der bisherigen Weise fortfährt. Der Unterschied ist nur der, daß jetzt für die auf politischen Gebiete angeblich für das Unternehmertum bestehenden Mithilfe in erster Linie die Beamten und die Arbeiter verantwortlich gemacht werden. Ganz besonders ist ihm die politische Betätigung der Arbeiterklasse und ihr Einfluß, den diese sich auf die Gesetzgebung zu verschaffen gewünscht hat, verhasst. Er verlangt deshalb eine Änderung des unfauligen Wahlrechts, das nicht einmal die "Bürgerinnen, die Männer und Toischläger von der Wahl ausschließt". Mit der Einführung der Sozialversicherung — die er konsequent "Klassenversicherung" nennt — hätte eine Wahlrechtsänderung Hand in Hand gehen müssen: "Wenn man in Abetracht der allgemeinen Wehrpflicht im Reiche das Recht einer Wahlstimme der untersten Volkschicht nicht nehmen wollte, so hätte man die Inhaberschaft einer Wahlstimme doch wie in England an die Inhaberschaft eines eigenen Haushalts knüpfen und den handwirtschaftlichen Vollständigen eine Mehrstimme zuerkennen müssen." (Band 2, Seite 18.)

Als das Reich gegründet worden sei, seien alle Deutschen vor dem Gesetz gleich gewesen. Durch die Versicherungsgesetzgebung seien, so wird weiter ausgeführt, die unteren Klassen jedoch bevorzugt worden, weil sie Renten erhielten. Es sei daher eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, wenn man denen, die nicht unter die Versicherungsgesetzgebung fallen, zwei und drei Wahlstimmen einräumt. Der beschuldigte gesetzliche Schutz gegen die rücksichtlose Ausbeutung der Arbeiterschaft durch den Kapitalismus und die wahrlich nicht minder beschuldigten sozialpolitischen Gesetze erregen begreiflicherweise ganz besonders den hellen Zorn des Herrn Tille. Von der geplanten Witwen- und Waisenversicherung, die mit ihren erstaunlich niedrigen Sätzen die Witwe vielfach schlechter stellen wird, als das heute, wo die Armenverwaltung für die bedürftige Witwe einzustehen hat, der Fall ist, sagt er, daß sie "dem Arbeiter auch noch die leichte Julianshöre, die Sorge um Weib und Kind nach seinem Tode", abnehme. Der ganze Satz, den dieser kapitalistische Soldschreiber gegen unsre sozialpolitischen Einrichtungen hat, kommt in folgendem Ausspruch in seiner ganzen Brutalität zum Ausdruck: "Die Krankenrente ist durch ihre Höhe vielfach eine Gabe an feiernde Faulenzer geworden, die Unfallrente, seit Renten von 120 vom Hundert möglich sind, eine Brämie auf den Unfall. Invalidenrenten werden von Lohnarbeitern bezogen, welche noch sehr wohl arbeitsfähig sind. Damit ist die Krankenversicherung zu einem Mittel der Ausbeutung derer geworden, welche ihre Kosten tragen." (Band 2, Seite 183.)

Es ist glatt aus den Fingern gesogen, daß jemand 120 Prozent seines Arbeitsverdienstes als Rente erhält. Die Vollrente beträgt bekanntlich nur zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes und nur, wenn der Verletzte infolge des Unfalls völlig hilflos ist und fremder Pflege und Wartung bedarf, erhält er die Rente bis zur Höhe des Jahresarbeitsverdienstes. Die 1500 M. übersteigenden Beträge werden bei Vergleichung des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittel eingestellt. Dafür wird aber den Arbeitern, die nicht auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzten Tagelohn verdienen (wobei der Gelehrte die jugendlichen und älteren Arbeiter im Auge hat), dieser ortsübliche Tagelohn bei Berechnung ihres Arbeitsverdienstes zugrunde gelegt. Es ist geradezu unerhört, in welcher Weise die Arbeiterschaft hier beschimpft wird: das Krankengeld ist eine Gabe an die Faulenzer, das Versicherungswesen ist zu einer Ausbeutung der Unternehmer durch die Arbeiter geworden. Herr Tille kommt in seinem frankhaften Bestreben zu dem geradzu verrückten Schluss, die Tatsachen direkt auf den Kopf zu stellen, indem er aus dem ausgebeuteten Arbeiter den Ausbeuter macht und den Unternehmer als das Ausbeutungsbobjekt bezeichnet. Herr Tille, der Soldschreiber der Unternehmer, hält die Lohnarbeiterschaft noch nicht für reif für den Bezug einer Krankenrente in der heutigen Höhe und er verlangt deshalb, daß das Krankengeld unter seinen Umständen, also auch bei Doppelversicherungen, nicht mehr betragen dürfe, als die Hälfte des in gesunden Tagen verdienten Lohnes. Wie die Krankenrenten, so sind Herrn Tille natürlich auch die Unfallrenten viel zu hoch. Aber nicht nur die unfallversicherten Arbeiter sind ihm eine sitzenlose, unmoralische Gesellschaft, die „unverbundene Lohnzuschüsse aus fremden Taschen“ für sich beanspruchen, sondern er kann es sich nicht einmal versagen, die des Ernährers beraubte Witwe in gleicher Weise zu beschimpfen. Er wendet sich gegen die Schiedsgerichte, die nach seiner Ansicht immer gezeigt haben, anzunehmen, daß der Tod eines Arbeiters durch die zuletzt geleistete Betriebsarbeit zwar nicht verursacht, aber vermutlich beschleunigt worden sei. Das genügt nicht Leiten, um der Witwe, die sich in vielen Fällen bald darauf einem nicht gerade einwandfreien Leben ergibt, ziellos hierzu auf Genossenschaftssrenten die Mittel zu bewilligen. "Und die Berufsgenossenschaft habe dann zum Schluss so und so viel Todesfälle mehr, für welche die Profitwut der Unternehmer von einer tendenziösen Press verantwortlich gemacht wird. Ins Jäschchen lachen sich dabei die Leutchen, welche bei dem betriebenen Schwund als Verteil, Rechtsbeistand oder Zeuge bewußt dazu mitgewirkt haben, aus einer ihnen längst bekannten Krankheitsfolge eine Unfallfolge zu machen." (Band 2, Seite 193/194.) Die ostpreußische Landwirtschaftskammer hat vor einigen Jahren die kleinen Renten als „Schoppsrenten“ bezeichnet,

womit ausgedrückt werden sollte, daß die Rentenempfänger den Arbeiter die erhaltenen Beträge zum Schnapsgenuss verwenden. Herr Tille geht weiter, denn ohne auch nur den Schatten eines Beweises für seine gemeine Unterstellung zu haben, behauptet er mit dreister Stirn, daß den Witwen die Renten „in vielen Fällen“ dazu dienen, um einen unsittlichen Lebenswandel zu führen. Das kann in diesem Zusammenhang gar nicht anders heißen, als daß sie „in vielen Fällen“ die Beiträge der Unfallrente dazu verwenden, um sich einen Galan zu halten. Phil Teufel! Ebenso gemein ist die Unterstellung, daß die Arzte — die hier vorsichtig Zeugen genannt werden — über die Todesurzüge falsche Zeugnisse aufstellen und somit den angeblichen Schwund erst ermöglichen. Der Soldschreiber eines rücksichtslosen, ausbeuterischen Unternehmertums hat, um die Schulden der Unternehmer an der ständig steigenden Unfallziffer scheinbar befreiten zu können, allerdings alle Ursache, die Unfallziffern als solche abzuleugnen. Wie ungeheuerlich hoch die Zahl der Betriebsunfälle mit tödlichem Ausgang überhaupt ist, geht aus folgenden erstaunlich hohen Ziffern hervor: Es betrifft die Zahl der durch Unfälle Getöteter im Deutschen Reich 1891: 6848, 1908: 8449 und 1908: 9856. Die Zahl derjenigen Personen, bei denen man möglicherweise im Zweifel sein könnte, ob der Unfall die direkte Ursache des Todes gewesen ist, ist, wie die unmittelbare Beobachtung lehrt, zur Zahl der Gesamtzahl lediglich so gering, daß auch der vorsichtigste Statistiker darüber hinwegsehen kann. Aber nichtsdestoweniger bringt es Herr Tille fertig, auf eine rein willkürliche, durch keinerlei Tatsachen gestützte Annahme hin, von „vielen Fällen“ zu sprechen und darauf die Witwen, die Arzte und das Reichsversicherungsamt, das doch in letzter Instanz über die Ansprüche der Witwen zu entscheiden hat, auf das schwere zu beleidigen.

Leipzig und Umgebung.

Arbeiter-, Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Die Liste der Barbier- und Friseurgehäuse kann umständlicher erst morgen, Freitag abend, veröffentlicht werden. Da diese Liste wieder einige neue Firmen aufweisen wird — wir haben mit einigen Prinzipalen noch Verhandlungen angebahnt — bitten wir, diese Liste genau zu beachten.

Verband der Friseurgehäuse Deutschlands

Zweigverein Leipzig.

Achtung, Kürschner und Münzenmacher! Bei der Firma C. A. Herzig & Söhne, Berlin, Leipziger Straße 8/11, haben 82 Kürscher und Näherinnen wegen brutaler Behandlung die Arbeit niedergelegt.

Bei der Firma G. A. Hoffmann, Münzenfabrik, Berlin, Gneisenaustraße 33, haben 180 Kollegen und Kolleginnen wegen Lohnreduzierung ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng zu vermeiden.

Deutscher Kürschner-Verband (Gästekarte Leipzig).

Die Differenzen bei der Firma Reinhard in Connewitz sind, nachdem Verhandlungen stattgefunden haben, beigelegt worden. Die Sperre über den Betrieb ist demnach aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Leipzig).

Achtung, Metallarbeiter! Die über die Deutsche Kugelfabrik in Leipzig-Plagwitz und die Firma Emil Kahle in Leipzig-Reudnitz verhängte Sperre ist mit Zustimmung der beteiligten Kollegen aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Leipzig).

Deutsches Reich.

Ein unhalbares Urteil gegen die Gewerkschaften aufgehoben.

Ein Urteil, das geeignet war, den Gewerkschaften außerordentlichen Schaden zuzufügen, wurde im März d. J. von der 4. Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg gefällt, jetzt aber vom Nürnberger Oberlandesgericht aufgehoben. Die Sache ist folgende: Der Schuhmacher Wilhelm Berg, der seit 1904 Mitglied des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands war, wurde Anfang 1909 auf Antrag der Zahnstelle Frankfurt a. M. des Zentralverbandes der Schuhmacher ausgeschlossen, weil er Kollegen beim Unternehmer denunziert und somit gegen die Grundsätze des Verbandes verstochen hatte. Der Ausschluß wurde, wie das in allen gewerkschaftlichen Zentralverbänden üblich ist, durch das Fachblatt der Organisation bekannt gemacht. Von dem statutengemäßen Beschwerderecht hat Berg nicht Gebrauch gemacht, sondern er beantragte mit Erfolg Gewährung des Armenrechtes und verklagte den Zentralvorstand des Schuhmacherverbandes auf Schadenersatz in der Höhe von 650 Mark sowie auf Anerkennung der Mitgliedschaft. Das Landgericht Nürnberg nahm diese seltsame Klage auch an.

Die Klage war vom Rechtsanwalt des Ausgeschlossenen Berg unter anderem mit folgendem motiviert: In Nr. 8 des Schuhmacherschablattes vom 7. Februar 1909 findet sich unter Bekanntmachung des Zentralvorstandes folgende Veröffentlichung: Auf Grund des § 8 Abs. D aus dem Verband ausgeschlossen: Wilhelm Berg, Buch Nr. 6847. Kläger behauptete nun, er sei bis Mitte April 1909 frisch gewesen. Im März 1909 habe er seine Frau in der Zahnstelle Nürnberg ins Verbandsbüro geschickt, um sein Krankengeld zu holen. Seine Frau wurde abgewiesen mit der Erklärung, daß Berg aus dem Verband ausgeschlossen sei. Bald darauf, im April, habe er dann aufgrund die Fachzeitung in die Hand bekommen und darin seine Ausschlußbekanntmachung gesehen. Irgend eine Mitteilung über seinen Ausschluß sei ihm nicht zugegangen. Die Ausschließung sei zu Unrecht erfolgt. Die Veröffentlichung im Fachblatt wäre gleichbedeutend mit einer Verurteilung. Gleichzeitig sei die Bekanntmachung im Fachblatt eine Aufforderung an sämtliche organisierte Kollegen, dem Ausgeschlossenen die Arbeit in irgendeinem Betrieb unmöglich zu machen. Kläger fände nirgends in seinem Berufe Beschäftigung, er sei zurzeit genötigt, durch Schuhstückarbeit bei Privaten sich durchzuschlagen, wobei er durchschnittlich pro Woche nur 10 M. verdienen, während er früher als Auszubildender 30 M. pro Woche hatte.

Der Rechtsbeistand des Zentralverbandes der Schuhmacher, Dr. Sühlheim, führte unter anderem aus: Die Frage, ob die Ausschließung des Klägers fachlich gerechtfertigt sei, unterstehe nicht der gerichtlichen Nachprüfung. Das Gericht könne sich nur mit der Frage befassen, ob beim Ausschluß die durch Gesetz und Statut vorgeschriebene Form nicht verletzt wurde. Kläger habe sich beim Eintritt in die Organisation den Gesetzen des Verbandes unterworfen. Die Zahnstelle Frankfurt hatte damals Kenntnis davon erlangt, daß Kläger Kollegen denunzierte. Berg sei hierauf vor eine Sitzung geladen worden, sei aber nicht erschienen. Hierauf erfolgte ordnungsgemäß der Ausschluß. Die Form des Ausschlusses verstoße auch nicht, wie bezüglich Ausschluß von Mitgliedern müsse jeder Verein trennen. So verfahren z. B. die Köhner S. C. (Organisation der Körperschüler auf deutschen Universitäten) mit der Veröffentlichung genauso wie der beklagte Verband verfahren. Die Veröffentlichung im Verbandsorgan habe zudem einen ganz bestimmten Zweck, nämlich den, zu verhindern, daß die Zahnstellen ausgeschlossene Mitglieder nicht zu Unrecht wieder in den Verband aufnehmen. Wenn Berg wirklich ein Schaden entstanden sei, so sei daran nicht die Veröffentlichung schuld, sondern seine Denunziation. Ein Stattgebot des Klägers durch das Gericht würde in seinen Konsequenzen dazu führen, daß jeder, der aus eigenem Verschulden aus einem gewerkschaftlichen Verband ausgeschlossen wird, an den Verband noch mit Forderungen herantreten könnte. Es sei zudem gar nicht wahr, daß Berg durch den Ausschluß keine Arbeit in seinem Beruf verlor; es gäbe Fabriken, die Organisate nicht annehmen und solche, in denen es aus anderen Gründen Organisate nicht gibt. Die Klage sei folglich abzuweisen.

Zweit, nämlich den, zu verhindern, daß die Zahnstellen ausgeschlossene Mitglieder nicht zu Unrecht wieder in den Verband aufnehmen. Wenn Berg wirklich ein Schaden entstanden sei, so sei daran nicht die Veröffentlichung schuld, sondern seine Denunziation. Ein Stattgebot des Klägers durch das Gericht würde in seinen Konsequenzen dazu führen, daß jeder, der aus eigenem Verschulden aus einem gewerkschaftlichen Verband ausgeschlossen wird, an den Verband noch mit Forderungen herantreten könnte. Es sei zudem gar nicht wahr, daß Berg durch den Ausschluß keine Arbeit in seinem Beruf verlor; es gäbe Fabriken, die Organisate nicht annehmen und solche, in denen es aus anderen Gründen Organisate nicht gibt. Die Klage sei folglich abzuweisen.

Die 4. Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg erließ im März 1910 folgendes Urteil: I. Es wird festgestellt, daß der Kläger noch Mitglied des Zentralverbandes deutscher Schuhmacher ist. II. Der Anspruch des Klägers gegen den Vertrag auf Schadenerlaß ist dem Grunde nach berechtigt.

In der Urteilsbegründung stellt sich das Gericht im wesentlichen auf den Standpunkt des Vertreters des Klägers, nur trat es der Ansicht, daß die Veröffentlichung gegen die guten Sitten verstößt, nicht bei.

Gegen dieses Urteil legte der Vertreter des beklagten Verbandes Revision beim Oberlandesgericht ein und betonte dort unter anderem, daß dieser seltsame Rechtsstreit wahrscheinlich nicht auf Veranlassung des Klägers durchgeführt wird, sondern daß jedenfalls ein dritter (Unternehmerorganisation) dahintersteckt.

Das Oberlandesgericht zu Altenburg hob das Urteil des Landgerichts in allen Teilen auf und wies den Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig ab.

Zum Lohnkampf der Brauereiarbeiter in Dresden. Die Arbeiter der Brauerei Plauenscher Lagerkeller stehen seit Wochen im Kampf um Anerkennung des Tarifs. Die Brauereileitung möchte gern den Kampf beenden, jedoch will sie keine Verpflichtung zur Einstellung von Streikenden übernehmen. Auf dieser Grundlage ist selbstverständlich eine Einigung nicht zu denken. Die bisher geführten Verhandlungen waren deshalb auch resultlos. Nun ist, wie von Dresdner Gastwirten berichtet wird, diesen vom Syndikat der Brauerei in den letzten Tagen mitgeteilt worden, daß in Verhandlungen mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband der Kampf beendet sei. Wie der Hauptvorstand dieses Verbandes mittelt, ist dies nicht richtig. Der Kampf dauert fort. Es haben auch in letzter Zeit kleinere Verhandlungen stattgefunden; alle dergleichen in Umlauf gebrachten Meldungen sind erfunden.

Als Nachfolger des Oberschärmachers Bueck, des bisherigen Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nennt die rheinisch-westfälische Zeitung, die es schon wissen muss, den Regierungsrat Schweighoffer in Berlin. Es sei allerdings noch keine Entscheidung getroffen; die Besetzung des Postens werde vielmehr endgültig erst in der nächsten Sitzung des Direktoriums beschlossen werden.

Die Schärmacher betrachten dennoch die Regierung als die beste Ausbildungsstelle für ihre Sekretäre. Wie vorsätzlich muß der neue Mann schon die Interessen der Schärmacher wahrnehmen haben, wenn er jetzt würdig befunden wird, bei Nachfolger eines Bueck zu werden. Lebhaft ist es ja schon ständiger Brauch der Ausbeuter geworden, daß sie die Sekretäre für ihre Karriere, ihre Träume u. a. wie auch für ihre Schärmacherverbände aus Regierungskreisen kaufen. Die damit gewonnenen „Verbindungen“ sind nämlich sehr rentabel.

Gerichtsraum.

Schwurgericht.

Die uneheliche Mutter. Unter der Anklage, ihr acht Tage altes Kind entstellt zu haben, stand die 20 Jahre alte Dienstmagd Agnes Elsa Pogold aus Frohburg. Die Angeklagte hat bereits für ein drei Jahre altes Kind von ihrem Vater in Höhe von 270 M. zu sorgen, da der Vater des Kindes verschwunden ist und seinen Alimentationspflichten nicht nachkommt. Sie hat jährlich 150 M. an die Ziehmutter ihres Kindes zu zahlen. Am 28. Juli d. J. wurde die Angeklagte abermals im Trierischen Institut entbunden, und zwar von einem Knaben, den sie Martin Walther nannte. Am 5. August wurde sie aus dem Institut mit ihrem Kind entlassen; sie bezahlt etwa 21 M. bares Geld und kaufte zwei Anzüge für ihren älteren Knaben. Als dann fuhr sie nach Frohburg und versuchte abends 11 Uhr bei ihren Eltern Unterkunft zu finden. Aber anscheinend wurde ihr Klopfen nicht gehört und sie beschloß, eine halbe Stunde weiter nach Wolitz zu gehen, wo sie, wie sie wußte, im Rittergute, wo sie gebettet hat, heringelassen werden würde. Als sie an dem Wirtschaftshaus vorbeilaufte, sah sie sich für einen Augenblick auf den Rasen, um auszuruhen. Nun gingen die beiden Kinder trübe Gedanken durch den Kopf, da auch der Vater ihres zweiten Kindes keine Alimente zahlen würde. Plötzlich sah sie den Entschluß, ihren Knaben ins Wasser zu werfen. Diesen Entschluß legte sie alsbald in die Tat um. Am folgenden Tage hat sie das Bett nicht verlassen; ihren Belannten erzählte sie, daß sie ihr Kind in Leipzig im Kinderheim zurückgelassen habe. Aber etwa 14 Tage später wurde am Fleisch der Leichnam eines Knaben gefunden, der am Händel eines jener Bändchen mit dem Namen Pogold trug, wie sie in der Universitätsklinik den Kindern zur Vermittelung von Verwechslungen beigegeben werden. Die Angeklagte ist vollständig geständig; sie hat sich bis jetzt geweigert, den Vater ihres Kindes zu nennen, weil dieser, der Sohn ihres Dienstherren Semmig, der keinen Lohn empfängt und keine Mittel besitzt, sie in zwei Briefen gebeten hat, ihn zu schonen, weil sonst seine Eltern mit ihm brechen würden. Da aber die Briefe gefunden worden sind, so hat im letzten Augenblick noch die Angeklagte den Vater genannt. Der Staatsanwalt sowohl wie der Verteidiger plädierten für mildernde Umstände. Die Geschworenen entschieden in diesem Sinne und der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Schöffengericht.

Kindermisshandlung. Der Geschäftsführer Friedrich Schmidt in Schönefeld hat im September d. J. sein siebenjähriges Stieftöchterchen mit der Faust und dem Stock derartig roh misshandelt, daß der Arzt Wunden an Stirn und Wangen, Blutunterlaufungen und Abschürfungen, braune und blaue Flecke auf dem Rücken, dem Gesäß und an den Beinen feststellte. Sch. ist bereits wegen gewalttätiger Delikte vorbestraft. Da durch diese rohen Misshandlungen des Kindes Gefahr auf das schwere geschädigt worden ist, schied das Gericht den herzlosen Stiefvater auf acht Monate ins Gefängnis. Bravo!

Bei Tuberkulose, Lungenschwindsucht

der ersten und zweiten Periode, ist Zunahme des Körpergewichts, der Kräfte, Normaltemperatur und Schlaf, Verminderung des Hustens, Auswurfs, Nachtschweiß festgestellt bei Gebrauch von Lecithin, wie es enthalten ist im

##

Abzahlungsgeschäfte	
Liebau, Turnerstr. 27, I.	
Aluminum u. Emaille	
Max Richter & Co., Pl. Zechoch. 12.	Ecke Fröhlerstr.
Apfelweine	

Obstweinschänke	
Bayersche Str. 18, Nähe Bahnhof, Eick Kelterl Joh. Löschampfer. Auschank in Gläsern 10 Pf.	

Bäckereien, Konditoreien	
E. Albrecht, Lü. Henriettenstr. 11.	Hermann Becker, Lü. Albertinerstr. 51b
Hermann Becker, Lü. Albertinerstr. 51b	Alfred Beyer, Co., Bornaisch. Str. 87.
Alfred Beyer, Co., Bornaisch. Str. 87.	P. Brötz, Gauzsch, Oetzscherstr.
P. Brötz, Gauzsch, Oetzscherstr.	Oswin Flick, Juliusstr. 27.

Cacao, Schokol., Kaffee u. Tee	
Ida Arnold, Lind., Kaiserstr. 12.	Kluge Frauen kaufen nur Melonen-Butter

Edelkäse, Käsewaren	
E. Albrecht, Lü. Henriettenstr. 11.	G. Scheffel, Oetzsch, Oststr. 10.

Fischerei, Fischwaren	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	G. Sell, Vo., Kirchstr. 43, Ecke Raben.

Fruchtsäfte, Saftwaren	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	Sophien-Drog., Großsch., Windorf.

Früchte, Obstwaren	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	M. Springer, M., Lü. Gundorf, Str. 37.

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	Friedrich Stock, Stödt., Kreuzstr. 9.

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	Bernhard Stiehl, Nöhl., Markt.

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen	
W. Hesse, Co., Meusdorfer Str. 52.	

Gebäckwaren, Kekse, Kuchen</b	

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Ulbricht, Naumburg, Langstr. 25 b.
Aug. Vogel, Schkeuditz.
W. Weidner, Neusoll, Wurz. Str. 20.
Otto Wille, Elisabethstr. 33.
H. Winkelmann, Stä., Hauptstr. 18.
Spesse-Häuser

Thür. Spesse-Haus, Bürgl. Mittags-

tisch v. 30 Pf. an, Lü., Kanistr. 20b.

Seifenfabrik

Georg Klinger, Petersstr. 48 u.
Sternwartest. 10.
Tel. 13480.

Tapeten, Linoleum, Wachst.

A. Herre, Handelshof, Laden 15.
Reichstr. 1—9.
Strnemann-Krause, Querstr. 1.

Uhren, Goldwaren

Max Albert, Lü., Mersburgerstr. 80b.
Paul Biedermann, Lü., Markt 12.
G. Beckhardt, Nacht., Zwenkau.
Marth. Brief, Zwenkau.

Gg. Bruchmann, Lindenau,
Demmeringstr. 52.

L. Ducksch, Markranstädt.

Ernst Fink, Lü., Moritzburgerstr. 80.

A. Fischer, Möck., Hallese'str. 41.
M. Geldner, Sternw.-Str. 45, Gelegk.
Glänzel, Lothringerstr. 58.
Oswald Gösrich, Salzgäbchen 7.
Arno Haas, Eisenbahnstr. 55.
Otto Haedcke, N. Eisenbahnstr. 9.
Rieh. Hartert, Elsterstr. 14.
H. Henning, Böhlitz-Ehrenberg.
Hilbert, Leutzsch, Hauptstr. 27.
E. Holzmann, Königspl. 4, 10% Rab.
F. Huch, Peterssteinweg 7.

M. Kemski, Nürnberg.
Straße 6.
Abonnenten auf Waren 15%.

Alb. Küß, Wurzener Str. 31.

C. Leuckart, Leutzsch, Hauptstr. 92.

Paul Lenzteritz, N. Eisenbahnstr. 34.

Max Martin, Lü., Henriettensee 1.

Eug. Müller, Windmühlenstr. 34.

Carl Quarck, Promenadenstr. 13.

Fugenlose Trauringe

Zur Trauring-Ecke.

A. Richter, Park—Ecke Hallischenstr.

C. Schmidler, Gerberstraße 64.

Paul Schnauder, Lü., Gund. Str. 33.

G. Schöne, Paunsdorf, opt. Artikel.

W. Schönert, Hospitalstraße 12.

Max Singer, Planensoe Str. 2.
H. Tylisch, Pl. Weissenfelserstr. 36.
Wilsding, Rd., Rathstr. 30, Gelegk.
Vereinigung-Anstalten

Sauerland, Blumeng. 12, T. 10390.

O. Hausmann, Ellzeustr. 45.

Spez. f. Emailierung

P. Lüdecke, Lü., Gutsmuthstr. 49, Hof.

Verkuß. u. Messing.

Vereins-Artikel u. Spielwaren

Fleissbach, Rd., Rat-

hausstr. 31. Q.

R. Langer & Co., Passago Specks Hof.

Lampions, Feuerw.

H. Lintzmeyer, Bayorsche Str. 81.

Rieh. Lipinski, Elsterstr. 14.

Warenhäuser

Markranstädt

Kaufhaus Adolf Bucky.

Adlers Warenhaus, Go., Aou. Halle-

, soho Straße 107.

Rich. Kummer, Hohenholzstr.

Str. 16.

Zahnateliors, Zahnkün der

Hugo Albrecht, Süd-

Herm. Giebler, Promenadenstr. 11.

Fanny Dittrich geb. Ludwig,

Eisenbahnstr. 53, Ecke Hedwigstr.

Otto Göbel, Windmühlenstr. 44b.

Dentist G. Leo, Reichstr. 20/31.

Rich. Kummer, Hohenholzstr.

Str. 16.

Monatsgarderobe

v. Mavallieren, Herrschaften, noch

Wäh gearbeitet, wenig ge-

tragen, Paletots, Jackots,

Rock- u. Frack-Anzüge, alle

Wellen, à 6, 10, 16, 22 Mt.

ebenso moderne Damen-

kleider spottbillig nur bei

Ranzt. Stelnw. 13, I.

Ebel, Gesch. Besuch erbeten.

Ganz Nell

Hochfeine Monatsgarderobe von

feinsten Herrschaften und Kavalier-

innen, wenig getragene

Anzüge, engl. Stoffe, feinst.

Wäsch., die neu bis 100 Mt.

gefotet haben, à 8, 12, 16, 24 Mt. Paletots,

Joppes, w. auch Geschäft. Anzüge

spottbillig, auch leihweise, nur*

Schützenstr. Ecke 32, I.

geose Bitte lesen! ****

Neu! Wirklich billig

verkaufn. verleicht getrag.

Herr-Garder., Jack., Gehr.,

Smoking-u. Gesellsch.-Anz.

Winter-Paletot u. Ld.-Jopp.

nur* Ecke der

Multer Gerber- und

Uferstr. I. Et.

*** Neu! *** Neu! ***

Tel. 1040L Tel. 1040L

Verkauf best. geir. Herrsch.

Damengard., Jadeits, Blus. v.

75a bis zu den elegant. neue

Paletots, Rosilium, Räntel,

Jadeits, Blus., Röte, Kinder-

garberobe, nur Partie- u. Kon-

furswaren, in all. Preislagen,

fast zur Hälfte des reell. Wert.

Eigtaufprobierzimm. Elekt.

w. verglückt. Sporlings-Damen-

Monatsgarderobe, Windmühl-

Strasse 45, I., am Bayrischen Bahnhof.*

Teilzahlungen gern gestattet.

Neugebauer

ab. geb. (nicht approb.) Praktif.

(fr. an Dr. W. Schwabes Pol. II.), be-

hand. u. homopath. u. Lichttherap.

Geschlechts-, Haut-,

Blaen., Nieren., Magen., Darm.,

Drüslein., Gicht., Wasserbrüde.

— Nou Spezial-Lichtbehandl. von

Frauenleiden, befond. Weißfluss.

Langfärbt. Erfahrt., vorz. Erfolge.

Klostergasse 24, Färßlöhnl. Haus.

Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

8-12, 20-22.

Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.

Damen wochentags 10-12, 3-6.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Wester.

Lind., Umlandstr. 4, III. I.,

frdl. Wohn., 2flr. Stb., Ra., Kll. u.

sonst. Zubeh. umfangsh. sof. a. verm.

Lind., Hellmuthstr. 13, I. r., 1. Stb.

sof. od. 1. 12 a. einz. Pers. a. verm.

Lützner Str. 103, I. II. M., frdl.

Stilbchen a. einz. Pers. a. verm.

Verkäufe und Käufe.

Tonwarenlager, gr. Ausw.,

zu Puppen- u. Sportwag.

v. 2.4 an. M. verw. Schindler,

Markranstädt, Schenkbüch. St. 93.

Frack-, Smoking-, Gehrock-

Anzüge verkauft u.

verleiht *

Julius Schmerel's

Geschäfts-

haus für Monats-Garderobe.

Katharinenstr. 8. Telefon 11868.

Kein Laden.

Pelzboas

in großer Mußwahl u. billig.

1 Leipzig, Brühl 15, Vorder. II.

Extra billiger Verkauf von

Kleider- u. Blusenstoffen,

Sammet, Manchester usw.

Kleinzschoch., Ecke Dieskau-

strasse, Eingang Schwartzstr. II.

Puppen-Klinik

sowie sämtliche Ersatzteile.

Eleg. Säul.-Plüschsofa, guterh., f.

30.4. sof.v.Li., Flemmingstr. 10, p. I.

Viträgen

billig, crème und weiss gestreift,

fertige Fenster 3-6 Gardinen.

Nette sehr billig.

Elisabeth Heidorn Dorotheen-

strasse 2.

Bettfedern-

billigst

G. Funke, Neub., Liebeckstr. 7a. *

Bettwäsche

Dowlas-Kissen 1 Mk.

einem der russischen Höhen Kaufstädten am Schwarzen Meer eine Landreise von 2000 bis 4000 Kilometern Lände bis zur Grenze Indiens zu unternehmen. Während er seine spätere Entdeckungsfahrt in Tibet bereits im vorigen Jahr eingehend geschildert hat, holt er die Erfüllung dieser Aufgabe für die persische Reise jetzt in einem zweiten umfangreichen Werk nach, das in zwei Bänden unter dem Titel „Zu Land nach Indien“ erschienen ist. Drei Momente sind es, die dies neue Buch besonders auszeichneten: einmal die lebhafte persönliche Schilderung namentlich der Natur der durchzogenen Landschaften, ferner eine gründliche und zu wichtigen allgemeinen Folgerungen führende Abhandlung über die persischen Wüsten, und drittens eine ungewöhnlich eingehende, durch das hervortragende zehnährige Talent Hedin's unterstützte Beschäftigung mit der Bevölkerung der Dörfer und Städte in diesen Wüsten.

Die Reise begann mit abenteuerlichen Hindernissen, die auch für Hedin noch eine ungewöhnliche Erfahrung darstellten. Wege der Streiks und revolutionären Bewegungen im russischen Kauflande wollte es ihm nicht gelingen, von dort loszukommen. Er musste schließlich seinen Plan, von dieser Kiste aus nach Persien einzubringen, ganz aufgeben und froh sein, mit einem glücklich erhaschten Dampfer nach Trapezunt zu gelangen und von hier die Landstraße durch Armenien nach Tabriz und weiter nach Teheran zu benutzen. Auf dieser Wagenfahrt von 1800 Kilometern Länge kam er durch Erzerum, durch das verwüstete Armenien, an der Euphratquelle und am vulkanischen Hochgipfel des Ararat vorüber, auch besuchte er das übrigens wenig imposante Allerheiligste der Armenier, das Kloster Edschmidin, und später das angebliche Grab Noahs. Nachdem er dann in Tabriz dem damaligen Kronprinzen, jetzt Ex-Schah von Persien, Ali Muhammed Mirza, „mehr aus Neugierde als aus Hochachtung“ einen Besuch abgestattet und mit ihm eine „außerordentlich geistreiche“ Unterredung gehabt hatte, traf er am 12. Dezember in der Hauptstadt Teheran ein, um dort mit freundwilliger Hilfe ansässiger Europäer und der Regierungsbüroden selbst seine Wüstenreise vorzubereiten.

Es ist für die Psychologie Hedin's äußerst bezeichnend, wie leicht seine Schilderung mit einem Schlag sich ändert. Sobald er seine Karawane vor sich sieht und die Glocken der Kamelsküten hört, fühlt er sich in seinem ureigensten Element und wird zum Wüstenpilger, wie er sich selbst mit Vorliebe nennt. Er wußte, daß er auf dieser Vorexpedition nicht viele Gegenden antreffen würde, die noch nie der Fuß eines Europäers betreten hatte, und er betrachtete diese Reise, wie er selbst sagt, eigentlich nur als eine Geographielection. Dennoch hat er auf diesem Weg von 2400 Kilometern Länge, den er von Teheran bis Nischki in Verlustschritten auf Kamelen und Dromedaren zurückgelegt hat, eine Fülle von Forschungen ausgeführt, die auch dieser Leistung, obgleich er sie selbst bezeichnenderweise weniger hoch einschätzt als seine innerasiatischen Pionierfahrten, einen Ruhmestitel in der geographischen Literatur sichern werden. Die Verhältnisse, die er in den persischen Wüsten antraf, waren wenigstens im ersten Teil der Reise ganz andre, als er erwartet hatte. Nicht so sehr mit Bezug auf die Beschaffenheit der Wüsten selbst als auf das in dieser Jahreszeit bis in den März hinein herrschende Klima. Teheran liegt ungefähr in derselben Breite wie die äußerste Südspitze von Europa, und doch hatte die Wüstenkaravane weit mehr von Kälte zu leiden als von Hitze, und auch mit Schneefällen wurde sie vom Himmel gleichermaßen bedacht, obgleich die Wetterhöhe im allgemeinen unter 1000 Metern bleibt. Eine weitere große Merkwürdigkeit der persischen Wüstenform, die den Namen Kewir führt, besteht darin, daß dort die Rogen, den die Wüstenwanderer sonst liberal als ein selteses Labys schwägen, auf höchste Geschicklichkeit wird, weil er diese Wüsten unpassierbar macht und eine Karawane, die sich etwa beim Eintritt eines starken Regenfalls mitten in einer Kewir befindet, geradezu mit dem Untergang bedroht. Die große Kewir, die den westlichen Teil der Provinz Chorassan einnimmt, und vor langen Fahrtausenden ohne Zwischen-Boden eines Binnennetzes gewesen ist, ist jetzt ein See von unergänzlichem, abflüssigem Schlamm, der nur unter einer meist dünnen Salzschicht und einer ebenfalls dünnen Schicht tonigen Bodens verborgen liegt. Wird diese Oberfläche durch andauernden Regen aufgeweicht, so kann sich kein Mensch, geschweige denn ein Kamel, darauf halten. Die zweimalige Durchquerung der großen Kewir durch Hedin war insosfern vom Glück begünstigt, als er in einer bereits regnerischen Jahreszeit gerade einige Tage erwischte, die das Überqueren des Wüstenbodens eben noch gestatteten. Ein besonders fesselndes Kapitel nimmt dann die Schilderung des Aufenthalts in der märchenhaften allseitig von ausgedehnten Wüsten umgebenen Oase Tebbes ein, wo er die durch einen schenflichen Kanalismus ausgezeichneten religiösen Festspiele des moschmedischen Neujahrs erlebte. Dann wurde der Wüstenritus fortgesetzt über die Städte Nisch und Neh bis zur Landschaft Selstan, die an Afghanistan grenzt und damals von einer Pestepidemie heimgesucht war. Auf diesem zweiten Teil der Reise stellte sich dann allmählich das echte Wüstenklima mit schier unerträglichem Sonnenbrand und plötzlichen Sandstürmen ein. Am Schlus des zweiten Bandes gibt Hedin besondere Abhandlungen über die früheren Reisen in den östlichen Wüsten und über die unterscheidenden Charaktere der Kewir und der Sandwüsten. Auch den Heereszug Alexanders des Großen durch die sibirischen Wüsten und der Frage, ob damals die natürlichen Verhältnisse bereits ähnlich gewesen sind oder sich bis auf die Gegenwart noch verschlechtert haben, werden eigene Kapitel gewidmet. Das Werk ist mit mehr als 300 Abbildungen nach Photographien und Skizzen Hedin's geschmückt, unter denen namentlich die Zeichnungen der persischen Einwohner auffallen. Außerdem sind zwei treffliche Karten beigegeben, von denen eine die ganze Kewir darstellt, während die andre eine eingehende Übersicht über die Wüsten zwischen Teheran und der Ostgrenze vermittelt.

Dr. G. Tressen.

Meister Wilhelm Raabe, dessen Phantasie wimmelt von schaurigen Höhlen, die heldenhaft ihre Lebensräder in engen, niedrigen Räumen und durch windige Gassen trugen, der melancholisch-satirische Schnurhübsdichter, der sententienreiche Welt- und Menschenbemoralisierer mit den humoristisch zwielichtigen Augen, hat am Dienstagabend sich sachte davongeschlichen und denen ein Schnipphen geschlagen, die sich jetzt schon rästeten, nächstes Jahr in seinem Braunschweiger Poetenheim seinen wichtigsten Geburtstag zu feiern. Man hat ihn ruhig sterben lassen, die Welt nicht erst lange mit ausführlich schamlosen Berichten über sein Blasenleben geplagt. Und das war gut so; denn er gehörte zu den stillen Poeten, die gern mit den Freunden zusammenfielen und sich mitteilen, aber nicht vor jedem Unbefugten Türen und Fenster aufstun, damit er sieht, wie der Poet aussieht, arbeitet und schlafen geht.

Aber in anderem Sinne war er gar nicht still; es rumorte genug in ihm, und sobald er sich an seine Leser wandte, konnten die Gestalten seiner Phantasie, die Gedanken und Einsätze sich drängen und schieben, daß einem war, als ginge ein Blasenregen nieder. Er war als Erzähler ganz und gar kein zurückhaltender Herr; er mußte heraus mit dem, was er auf dem Herzen hatte. Er stellte nicht nur seine Gedanken hin und ließ sie handeln; er bemoralisierte sie auch und die Welt, in der sie lebten, und gab seine Betrachtungen über der Welt Anfang und Ende obendrein zu. Er war ein ganz gewaltiger Redner, unser stiller Poet, aber freilich eine besondere Art Redner, ein summender, durch Tränen und Lachen philosophierender Redner, der dann plötzlich, wenn er sich recht ausgesprochen, streng und scharf realistisch als Darsteller zusammenfassen konnte, daß einem der Atem stillstand.

Vor zehn Jahren hat der Bayreuther Hans von Wolzogen den alten Raabe in der Weise gesiegt, daß er eine Sammlung von Sentenzen und Betrachtungen aus seinen Werken zusammenstellte. Ein solches Brevier ist in der Regel ein Unsug; aber diese „Raabenweisheit“ war keiner, da der Dichter eine ausgesprochene Neigung zur Sentenz hatte, die Sammlung also eine Eigenheit seines schriftstellerischen Wesens ins rechte Licht rückte. Und die Sammlung fiel glänzend aus; es kann keine bessere Werbeschrift geben als sie. Raabe hat in seinen vielen Romanen und Erzählungen eine unübertreffbare Fülle persönlich gefärbter Betrachtungen und Sentenzen aufgestapelt. Das hängt, wie gesagt, mit seiner Art zusammen. Er kann nicht bloß schildern und darstellen, er muß, muß sich auch freimüthig über das Schicksal seines Helden und das Schicksal im allgemeinen aussprechen. Er geniert sich gar nicht, recht deutlich merken zu lassen, wie großer Anteil er an den Personen nimmt, die er schildert. Er bekannte offen, daß er ein sehr persönliches Verhältnis zu ihnen hat. Einmal wirkt er die Frage auf, warum er, der Erzähler, an wildsrem Menschen, die ihm begegnen, ein einiges, iniges und schmerhaftes Interesse genommen habe, und er antwortet: „Die Schicksale dieser guten Menschen und Sachen schlugen sämtlich Töne in meiner Brust an, die lange auf diesen Fingerdruck von außen gewartet hatten. Mein Gesicht und Bangen, mein Unbehagen in der Zeit kam hier zum Anklange, und so ward mir im tiefsten tragisch das, was jedem andern im Werke steht, wenn auch vielleicht ein wenig betrüblich, so doch im ganzen recht gleichgültig und nicht bedeutend erscheinen mußte.“

Ach ja, Meister Raabe war von Anfang an so organisiert, daß ihn die Leiden und Freuden kleiner Leute, auch verkommenen, auf abschäßige Bahn geraten, im Dunkeln lebender, nicht im entferntesten eine große Rolle im Leben spielender, am tiefsten bewegten. Mustert man die lange Reihe seiner Romane und Erzählungen, von der Chronik der Operngasse an, bis der fünfundzwanzigjährige Student in Berlin schreibt, bis zu den letzten Romanen, die er aus seiner Braunschweiger Kindheit heraustrug, so wird man die Menschen, die er aus seinem Werke gezeichnet hat, als Menschen gesehen, die sehr leichtsinnig, leichtsinnig, leichtsinnig erscheinen.

Für die Unannehmlichkeit hat die Menschheit niemals ein sehr scharfes Auge gehabt, und wir müssen ihr keinen Vorwurf daraus machen; denn die Werte sind kalt, die Kortofeln mißtrauen sehr häufig, und man hat seine Liebe Not mit den Reiterungen, den Weibern und Kindern. Achtung, oder Du erfährst! Achtung, Du verhungern! Achtung, oder man stellt Dich unter polizeiliche Aufsicht! Achtung, oder die Frau zieht den Pantoffel vom Fuß! Achtung, oder Deine Tochter kriegt keinen Mann! — Zum Teufel mit der Innerlichkeit, die arme Menschheit hat wenig Zeit, sich mit ihrem eigenen Wesen zu beschäftigen.“ So heißt es schon in einem der fröhlichsten Werke Raabes, aus dem Gesicht heraus, wie gerade das, was er am meisten schätzt, in der Welt den schwierigsten Stand hat, am schwersten zu kämpfen hat, und immer und immer wieder preist er das einsame, tapfere Herz, das in der Brust einfacher Leute schlägt. Demgegenüber steht er wohl da, was in der modernen Gesellschaft herrscht, mit Bitterkeit hervor, die „Falschheit und freche Selbstlügen, bejammernswerte Schwäche, lächerliche Dummmheit und frömmelnde Hoffart, Leichtsinn, Überhebung, Spott und Übermut auf allen Seiten“, und er ruft: „o, es war wahrlich eine Welt, um darin Hunger zu empfinden, Hunger nach der Unschuld, der Freude, der Sanftmut, der Liebe.“

Muß der, der so denkt, nicht ein Posseist werden? Wohl ist Raabe zu Sitten einem kalben Posseist und nahe gewesen, so vor allem in dem 1870 erschienenen Roman „Schilderdrumpf“, der seinen Titel von dem Pestkarren alter Zeit hat, der in der Erzählung zum Symbol wird. Aber vor trostlosem Verzagen hat ihn immer wieder seine Fähigkeit bewahrt, im Kleinen, Verborgenen, Verachteten einen Fonds von Herzenglanz zu sehen. Raabes Jugend fällt in eine trübe Zeit. Das zweite und dritte Jahrzehnt seines Lebens, die für die Lebensanschauung eines Menschen entscheidend zu werden pflegen, fällt in die Jahre 1841 bis 1861. Die Bewegung des Jahres 1848 mag ihn erregt haben, als er vor die Öffentlichkeit trat (1857), herzte die Reaktion übermäßig. Eine trübe Zeit, die eine sehr organisierte Dichternatur niederrücken und hemmen mußte, eine Zeit ohne Aufschwung, ohne starles, frisches Leben, eine Zeit, die zur Regierungslösung führte. Da war es, daß der Dichter, der kein Heldentum im öffentlichen Leben fand, das Heldentum entdeckte, das im Dunkeln bleibt.

Bezeichnend, wie sich Raabe zu diesen Helden im Verborgenen stellte — wie anders dreißig Jahre später eine junge Dichtergeneration, die dem alten Herrn niemals ihre Verehrung verloren hat. Wenn Raabe verquälte, verkrüppelte, verkommen, verbitterte Gesellen zeichnet, so kommt es ihm darauf an, zu zeigen, daß sie Helden sind, die trotz aller Leiden ihr Leben tragen. Man denkt etwa an die alte Frau Unwirsch in Raabes meistgelesenen und nicht genug zur Deküre zu empfehlenden Roman „Der Hungerpastor“, an die alte Frau, die Ungemach auf Lingemad im Leben erträgt und im Sterben trösten kann wie ein Held, oder an den Armenschullehrer Silberlößel und an eine ganze Reihe Raabescher Gesellen. Überall kommt es dem Dichter darauf an, den Wert dieser Menschen, die oft absonderlichster und lächerlichster Art sind, darzulegen. Die junge Generation, die in den achtzig Jahren kam, beschäftigte sich auch gern mit solchen Existzenzen. Aber sie betrachtete sie unter einem andern Gesichtswinkel; sie stellte die Frage nach der Ursache der Verkümmерung in den Vordergrund und kam so zu Anklagen gegen die Gesellschaft, sie kam zur sozialen Kritik. Diese sieht Raabe fern; er stammt eben aus einer andern Zeit, aber wie er nicht unduldsam gewesen ist gegen die junge Generation, die anders dachte und anders formte, so sind ihm auch die literarischen Feinde unter den Jüngern erstaunlich geblieben, die seine Art gelten ließen als die Art eines eigengearteten, liebenswerten Menschen, der aus der Enge ins Weite blickte, auf das Leben in den Gassen achtete und zugleich nach den Sternen sah und eine mitige Resignation predigte mit einer Innerlichkeit, an deren Echtheit niemand zweifeln konnte.

Ist Raabe Liebe und Verehrung auf seinem Lebenswege gefolgt, der äußerlich sehr einfach gewesen ist, so hat er doch seinen Publikumsfolg gehabt. Dazu war er nicht bloß zureich, reich, reich an Lebensweisheit und reich an Gestaltungskraft, sondern auch zu unbedeutend in der Darstellungskunst. Raabes Bücher sind für ruhige Stunden geschrieben, in denen man bedächtig Zeit für Zeit liest. Nur wer sich Zeit nimmt und mit dem ernsten Willen kommt, sich in die Welt des Dichters zu versetzen, gewinnt einen vollen Genuss vom Hungerpastor, vom Alten Tiefen, vom Schilderdrumpf, den Alten Reitern, Horaz, den Unruhigen Gästen und wie sonst noch seine Werke heißen mögen. „Meine Stoffe und Motive“, hat Raabe einmal mit berechtigtem Stolz gesagt, „sind stets durch Jahre hindurch um- und ausgetragen worden, und ich meine, man sieht es meinen Geschichten an, daß sie gewachsen und nicht handwerklich zusammengestoppt sind.“

Zweites Abonnementkonzert der Musikalischen Gesellschaft. Dr. Göhler ist nicht nur ein Mann der Feder, sondern auch der Tot. Dies bewies er wieder neuerdings in der Programmaufführung des zweiten Abonnementkonzerts der Musikalischen Gesellschaft. Die dem Programm zugrunde liegende Idee, die von Franz Schubert ausgehende Linie deutsch-österreichischer

Sinfoniker in zwei weiteren charakteristischen Erscheinungen Anton Bruckner und als Vertreter der Lebenden Gustav Mahler vorzuführen, ist sehr glücklich; ist doch ungemein gerade Bruckner der Sinfoniker, der an Schubert in mehrfacher Hinsicht, nicht nur gelegentlich in der Themenbildung anknüpft. Außerdem steht der Kosmopolit Mahler wenigstens in seinen ersten Werken sehr auf Bruckners Schultern, in seiner für das fünfte Abonnementkonzert verhiebenen vierten Sinfonie sind meiner Meinung nach auch direkt Schuberts Einflüsse bemerkbar.

Die h-Moll-Sinfonie Schuberts erfuhr eine würdige, durch geläutetes Temperament geführte Wiedergabe. Das mit verständlicher Anfang des ersten Satzes etwas zu langsam, der zweite hingegen eine Nuance zu schnell war, ist ganz subjektive Empfindungsache, denn bei keinem Meister der Tonkunst kann man so verschiedenartige Temporanahmen mit Grund so verteidigen als bei Schubert. In der Herauslösung des architektonischen Aufbaus, in der Großzügigkeit der Wiedergabe ist Dr. Göhler Meister. Dies sehen wir auch in der sehr erwünschten Wiedergabe der zweiten Sinfonie C-Moll von Anton Bruckner. Das Werk, das mehr Verfehlungen als Erfüllungen enthält, dagegen dem mit des Meisters Schöpfungen Vertrauten durch die ehr Bruckner'sche Lobsprache so wohltuend berührt, ist 1872/73 in Wien entstanden. Die erste Aufführung fand unter Bruckners eigener Leitung in einem Kompositionskonzert des Meisters am 26. Oktober 1873 statt. Auch hier hat Dr. Göhler durch sorgfältig durchdachtes Ausbauen das Werk gewiß vielen dem großen Sinfoniker noch fernstehenden näher gebracht. Ganz samsch gelungenen einzelne Partien; wie das zweite Thema des Andante, das prahlende Scherzo und der erste wie die weiteren Einsätze des „Motivs“ im Finale, um mich eines Ausdrucks des Programmbuchs zu bedienen. Da durchdrückt es einen jedesmal, wenn diese zierliche Figur in den Geigen einhergeschüttet kam. Ein Separat-Teil verdeutlicht das wortreiche Winderteinorchester, von einigen Kleinigkeiten bei den Holzbläsern abgesehen, daß einen ganz besonders guten Tag hatte. Ob die neue Aufführung der Sinfonie die im Parkett Eigenten vorzuhasten ist, möchte ich bezieheln, in den Logen ist freilich etwas andres. Bei der ungünstlichen Aufführung der Altersbläser wird es immer Blöße geben, auf denen man einzelne Instrumentalgruppen zu stark oder gar nicht hört, wie z. B. die Geigenfiguren im Andante der Schubert'schen Sinfonie an den Tuttstellen im Parterre kaum zu hören waren. Zwischen den beiden Sinfonien hatte Gustav Mahler das Wort. Es kamen zwei Italienische Orchestergesänge, Kindertotenlieder und Lieder eines fahrenden Gesellen, zur Aufführung. Die siebenreihigen Altersbläser sind das neuere und bedeutendere Opus. Mahler hat hier einmal sein oft überschäumendes Temperament, seine beständige Unruhe, das Zapplige, das seinen Sinfonien meist anhaftet, ausgeschaltet und schreibt eine auch für nicht Mahlerianer genießbare, lebensfeste erstmals ernst gemeinte, wenn auch durchaus nicht originelle Muß. Mahler ist bekanntlich im Punkte der Anklangen der unbefriedigte Komponist unter denen, die Anspruch darauf machen, daß ihre Kunst ernsthaft genommen wird. Auch hier können gelegentliche Trittleitungen mit Leichtigkeit konstatiiert werden, aber Mahler scheint diesmal wirklich ed ernst genommen zu haben, einmal dem Hörer keine „Rüste zum Knaben“ zu geben, sondern eine Stimmung auszukosten. Ich halte sie, trotz ihrer einßürmigen Grundharfe, die in den exotischen Klangoberbindungen mittels überreicher Hasen-, schließlich auch Celesta-Berwendung dargestellt wird, für sein ehrlichstes Werk. Über die Lieder eines fahrenden Gesellen kann ich nicht eine gleiche Meinung teilen. Ich empfand sie recht äußerlich und dabei ziemlich zerfahren. Wie man sich zu diesen Sätzen immer stellen mag; es war interessant, sie kennen zu lernen, und man muß dem Dirigenten Dank wissen, daß er sie brachte. rm.

Neues Theater. Freitag: Die Frau vom Meere. Sonnabend: Der Talmud, Oper in 4 Akten nach Ludwig Fulda, Musik von Adela Maddison (Uraufführung). Sonntag: Lohengrin. Montag: Démétrios; Das Lieb von der Göte. Mittwoch: Alles Theater. Freitag: Eigener Liebe. Sonnabend: Der große Name. Lustspiel in 3 Akten von B. Leon und L. Feld, Musik von R. Stolz (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Alt-Helldberg (ermäßigte Preise), abends 10 Uhr: Führmann Henschel. Montag: Der siede Bauer.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend: Simson und Delila. Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Vorstellung für den Verein Gutenberg (Tafsun), abends 10 Uhr: Simson und Delila. Montag: Simson und Delila. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Freitag: Lord Piccolo. Sonnabend: Der Brüderlein sein; Mytilos der Moderne. Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein H.-D. (Brüderlein sein; Mytilos der Moderne), abends 10 Uhr: Reiche Nächte. Montag: Lord Piccolo.

Battenberg-Theater. Freitag: Der Dornenweg. Sonnabend: Die Else vom Erlenhof. Sonntag: Der Dornenweg im Varieté: Ihre Familie. Montag: Die Else vom Erlenhof. Dienstag: Doktor Klaus. Mittwoch: Der Dornenweg.

Tolstoi ist schwer erkrankt; die Nachricht, daß er gestorben, bestätigt sich nicht. — In Kopenhagen ist der Genremaler Julius Exner gestorben, der Restor der dänischen Maler (geboren 1825), einer der populärsten Künstlerpersönlichkeiten, deren fröhliche Schilderungen dänischen Volkslebens seit etwa 1850 sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten. — Paul Heyse ist der literarische Nobelpreis zugesprochen worden.

Die Entstehung und Behandlung der Migräne. Mit dem Begriff der Migräne wird von der lebenden Menschheit beinahe ebenso viel Unzug getrieben wie mit dem der Neurose. Wenn früher jemand etwas Kopfschmerzen hatte, nannte er das eben so und nicht anders und kümmerde sich weiter nicht darum. Heute sagt man gebüldeter „ich habe Migräne“ und legt sich vielleicht, wenn man es sich leisten kann, ins Bett. Allerdings wäre es falsch, aus diesem unverständigen Gebrauch des Wortes den Schluß zu ziehen, daß es überhaupt keine eigentliche Migräne gäbe. Dagegen fällt es auch den Ärzten immer noch schwer, eine eigentliche Definition für diese Krankheit zu nennen. Nebenfalls sind in dem Begriff der Migräne vielleicht verschiedene Krankheitszustände enthalten. Erst neuerdings ist man dazu gekommen, die eigentliche Migräne, die sich in hartnäckigen und häufig sich wiederholenden Kopfschmerzen äußert, mit dem Begriff der Schildkröte in Beziehung zu setzen. Dieser Verdacht wurde namentlich durch die Erfahrung bestätigt, daß der operativen Beseitigung des Kropfs Migränefälle folgen. Weitere Belege für diesen Zusammenhang führt Dr. Parchom aus Bulaři in der Neurologischen Klinik an. Er knüpft an die Beobachtung an, daß die Migräne häufig mit Kropfleiden verbunden ist, außerdem aber auch mit andern Krankheitszuständen, die neuerdings mit einer ungefundene Beschaffenheit oder teils ungenügenden, teils unmöglichen Tätigkeiten der Schildkröte in Beziehung gebracht werden. Danach empfiehlt Dr. Parchom, den Versuch einer Behandlung der Migräne mit Schildkrötenpräparaten zu machen. Er hat diesen Weg bereits einige Male beschritten und gute Erfolge damit erzielt. Auf diesem schwierigen Gebiet muß jeder neue Fingerzeig beachtet und verwertet werden. Dennoch darf man nicht übersehen, daß die mutmaßliche Verknüpfung der Migräne mit der Schildkröte noch nicht eigentlich erwiesen ist und daß es eben noch an einer Sicherheit der Grundlagen für solche wissenschaftliche Untersuchungen fehlt. —